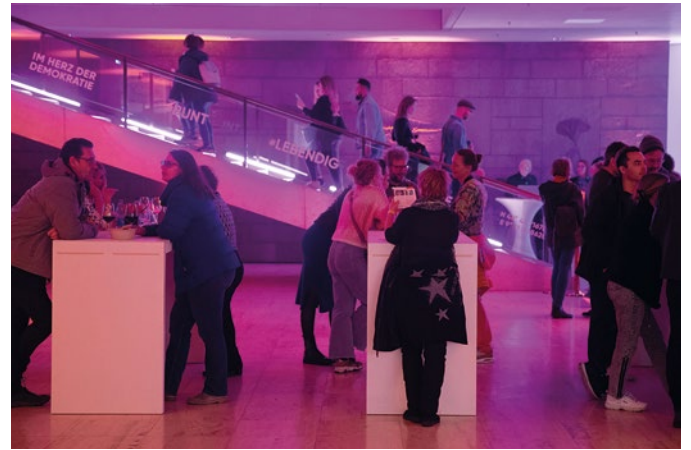




LANDTAGSSPIEGEL 2023

37. Jahrgang



Inhalt

- 01 **Editorial**
Landtagspräsidentin Muhterem Aras
- 02 **Politische Themen, die Schlagzeilen machten**
Bewährungsproben für Grün-Schwarz
- 06 **Forum der Fraktionen**
Meinungsbeiträge von
GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD
- 16 **70 Jahre Landesverfassung**
Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Daniela Winkler
- 20 **„Die Landtagskollegen waren nicht zimperlich“**
Gespräch mit Dr. Renate Hellwig
- 21 **Der Landtag und seine Mitglieder**
- 22 Der Landtag – Aufgaben und Arbeitsweise
- 23 Das Präsidium
- 24 Die Ausschüsse
- 28 Sitzordnung
- 30 Wahlkreiskarte
- 31 Die Abgeordneten
- 39 Die Fraktionen / Berufliche Gliederung
- 40 Das Kabinett
- 41 Landtags-ABC
- 46 **60 Jahre Élysée-Vertrag**
Ein Beitrag von Reinhard Hönle
- 48 **„Ich bin gerne mittendrin bei den Leuten“**
Direktorin Christine Werner im Fokus
- 50 **„Wir zahlen nicht nur ein paar Rechnungen aus“**
Das Haushaltsreferat stellt sich vor
- 52 **Plakate für den Frieden**
Schülerwettbewerb 2023
- 54 **Krisenfeste Gesellschaft**
Bürgerbeteiligung des Landtags
- 56 **Liken, teilen, posten, streamen und tröten**
Der Landtag auf Social Media
- 57 **Veranstaltungen und Begegnungen**
Ein Kaleidoskop
- 65 **Sitzungsplan**
Terminübersicht Juli – Dezember 2023

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist eine große Freude, wieder in allen Teilen unseres schönen Bundeslandes Baden-Württemberg unterwegs zu sein und mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen: Persönlicher Austausch, der uns während der Pandemie gefehlt hat, ist so wichtig, um Politik zu erklären und Parlamentarismus zu stärken.



In welchem langen Prozess Demokratie und Freiheit erkämpft wurden, lehrt uns der Blick auf die Badische Revolution, deren 175. Jubiläum wir dieses Jahr feiern: In Kooperation mit dem Landesverein Badische Heimat e.V. hat der Landtag von Baden-Württemberg dieses epochale Ereignis in Freiburg gewürdigt: Gemeinsam mit mehr als 100 Gästen sind wir auf den Spuren der ersten Demokratiebewegung des Südwestens gewandert und haben auf historischen Pfaden über die Herausforderungen an die Demokratie von heute gesprochen. Auf Seite 57 erfahren Sie mehr über „Demokratie in Bewegung“.

Darüber hinaus stimmen wir Sie in unserem Parlamentsmagazin ein auf das 70. Jubiläum unserer Landesverfassung, das wir am 28. November 2023 feiern wollen. Unsere Gastautorin Prof. Dr. Daniela Winkler weist uns in ihrem Beitrag „70 Jahre Landesverfassung“ ab Seite 16 auf Impulse der Verfassungsentwicklung hin.

Es reicht jedoch nicht aus, unsere Demokratie zu schätzen. Wir müssen sie auch schützen. Gegen Angriffe von außen wie von innen. Laut Studien der Universität Leipzig sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt die Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie in der Bevölkerung ab. Wie aber steigern wir die Begeisterung für demokratische Teilhabe wieder? Laut Untersuchungen der Universität Hohenheim sind die Menschen in Baden-Württemberg zwar zufriedener mit der Demokratie als die Menschen im Bundesdurchschnitt. Auch sind die meisten Befragten dafür, dass gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter die politischen Entscheidungen fällen – aber sie wollen diese nachvollziehen und mitreden können, im Austausch bleiben, beteiligt sein.

Um solchen Verfahren eine Form zu geben, hat der Landtag übrigens 2021 das erste Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung beschlossen. Bürgerräte und Bürgerforen sind weitere, wichtige Bausteine der Beteiligung. Erst kürzlich hat

der Landtag begleitend zur Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wieder Bürgerforen inklusive eines Jugendforums und Kinderbeteiligung durchgeführt. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 54 und 55. Unser zweiter Gastautor, Dr. Rafael Binkowski, zeigt auf, welche Entscheidungen das Parlament in den letzten Monaten getroffen hat und welche Themen beraten wurden (ab Seite 02). Eine kleine Auswahl von Veranstaltungen und Begegnungen im Haus des Landtags finden Sie im Kaleidoskop ab Seite 57. Sehr spannend war am 8. März 2023 die Vorführung des Dokumentarfilms „Die Unbeugsamen“, zu der Dr. Renate Hellwig als Zeitzeugin zu Gast war: Mit ihr habe ich über den Alltag der Abgeordneten in den 70er-Jahren gesprochen, als bei 120 Abgeordneten der Frauenanteil bei 3,3 Prozent lag (ab Seite 20).

Liebe Leserin, lieber Leser, ich lade Sie herzlich ein, unsere Veranstaltungen in Stuttgart und im ganzen Land zu besuchen. Informationen finden Sie auf unserer Homepage und unseren Social-Media-Kanälen – seit letztem Jahr gehört dazu auch die Nutzung des Kurznachrichtendienstes Mastodon. Oder schauen Sie doch mal während des Plenarbetriebs bei uns vorbei – ein Blick auf unsere Besuchsprogramme lohnt sich.

Bis dahin wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und hoffe, dass es uns auch mit diesem Landtagsspiegel gelingt, Ihnen die parlamentarische Arbeit für unser demokratisches Gemeinwesen anschaulich näherzubringen!

Muhterem Aras MdL

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg



Energiekrise folgt auf Corona-Pandemie

Bewährungsproben für Grün-Schwarz



EIN GASTBEITRAG VON DR. RAFAEL BINKOWSKI

Vorsitzender der Landespressekonferenz Baden-Württemberg
und Chefredakteur des „Staatsanzeigers“



Gerade ist die Coronapandemie mit ihrem Wechselspiel von Lockdowns, Maskenregeln und Rettungsschirmen abgeklungen, da trifft die Landespolitik die Energiekrise infolge des Ukraine-Krieges mit voller Wucht. In Berlin werden Rettungspakete geschnürt, und auch das Land überlegt, wie man die hohe Inflation, Gasengpässe und galoppierende Energiepreise einfangen kann. Gleichzeitig bekommt die Legislaturperiode ihren ersten Untersuchungsausschuss zur sogenannten „Polizei-affäre“, die Opposition wittert die Chance, Innenminister Thomas Strobl (CDU) zu stürzen, doch der bleibt fest im Sattel. Die Regierungsfractionen von Grünen und CDU sind einer ernsthaften Bewährungsprobe ausgesetzt – und dann beleben mögliche Volksbegehren zum G-9-Abitur oder dem Landtagswahlrecht die politische Szenerie.



Braucht es einen Landesrettungsschirm für die Unternehmen? Diese Frage wird im Landtag heftig debattiert. Ja, findet der Oppositionsführer und SPD-Fraktionschef Andreas Stoch – und verweist auf das Beispiel Niedersachsen. Nein, sagt der Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) zunächst, um dann doch so etwas Ähnliches vorzuschlagen. Die Wirtschaft im Land krankt an hohen Energiepreisen, die Neubauten brechen dramatisch ein – schon wieder dringen Signale an die Landespolitik, doch dringend zu helfen. Aber kann der Staat alle Krisen auffangen?

In der Haushaltsdebatte im November und Dezember 2022 wird das deutlich. Der Doppelhaushalt umfasst 121 Milliarden Euro. „Unverantwortliche Haushaltspolitik“, wettet der FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und geißelt den Stellenzuwachs in der Landesverwaltung. Doch man ringt um das richtige Maß zwischen Risikovorsorge und drohender Überschuldung. Der grüne Fraktionschef Andreas Schwarz sieht hingegen ein „Drei Wetter Taft“ gegen die Krise – was den SPD-Mann Andreas Stoch zu der Replik veranlasst: „Die Bürger kämpfen ums Überleben, und Sie sprechen über Haarspray.“ Das Parlament wird zum Debattenforum für die drängendsten Probleme im Land, und das mit rhetorischer Brillanz – so zeigt die Demokratie gerade in der Krise, dass sie funktioniert.

Manche fragen sich gar: Ist unser Wohlstand im Südwesten in Gefahr? Die Sozialverbände fordern einen Armutsgipfel, und der Finanzminister Danyal Bayaz sagt: „Wir werden objektiv ärmer.“ Denn nicht nur die Energiekosten steigen, erstmals seit zehn Jahren auch wieder die Zinsen. Da hilft nur Energiesparen – der Ministerpräsident sagt, er benutze statt einer Dusche „auch mal den Waschlappen“ – woraufhin ihm der liberale Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke im Landtag einen „Waschlappenwärmer“ schenkt. Doch für viele Bürger ist es ernst – Betriebe kämpfen um die Existenz, für den Winter rechnen viele mit Gasknappheit – was dann doch nicht eintritt.

Die AfD fordert die Rückkehr zur Atomkraft angesichts der Energiekrise – und findet zumindest ein wenig Nachhall dazu bei CDU und FDP, die gerne die beiden letzten Meiler noch weiterlaufen lassen würden – einen davon in Neckarwestheim. Doch deren Zeit läuft ab – und die Amtszeit von AfD-Fraktionschef Bernd Gögel ebenfalls: Er tritt wegen eines Gerichtsverfahrens zurück. Anton Baron wird sein Nachfolger.



Untersuchungsausschuss zur Polizei-affäre: Und nun wird mit harten Bandagen gerungen. Es geht um Vorwürfe gegen den freigestellten Inspekteur der Landespolizei wegen sexueller Nötigung. Und um einen Brief seines Anwalts an Innenminister Thomas Strobl (CDU), den dieser an die Presse weiterleitet. Dafür erhält der Minister einen Strafbefehl über rund 15.000 Euro. Doch trotz heftiger Kritik der Opposition bleibt Strobl im Amt: Ministerpräsident Winfried Kretschmann lobt ihn als „hervorragenden Innenminister“, und die CDU-Fraktion um Manuel Hagel hält ebenfalls zu ihm. Doch im Untersuchungsausschuss, dem „schärfsten Schwert“ des Parlaments, wird hart um die Wahrheit gerungen, um Missstände aufzuklären. Strobl wird vernommen, ebenso Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Es geht um die Beförderungspraxis in der Polizei und um Strategien gegen sexuelle Gewalt. Sascha Binder (SPD) und Julia Goll (FDP) sind die Chefaufklärer – doch wo die Wahrheit liegt, bleibt heftig umstritten. Im Mai beginnt parallel der Prozess gegen den freigestellten Inspekteur.



Landesplanungsgesetz: Aber trotz Krisen und Machtkämpfen wird auch viel Sachpolitik gemacht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll auch wegen der Energiekrise schneller geschehen – der Landtag verabschiedet ein neues Landesplanungsgesetz, das etwa den Bau von Windrädern beschleunigen soll. Die zwölf Regionalverbände können diese in sogenannten Grünzügen errichten, die bislang tabu waren. Die CDU-Abgeordnete Christine Neumann-Martin sagt: „Wir werden den Ausbau-Turbo zünden.“ Es ist nicht zuletzt ein Herzensanliegen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, den der Vorwurf sichtbar ärgert, dass in Baden-Württemberg in elf Jahren grüner Regierung kaum Windräder gebaut wurden. Nun werden die Planungszeiten halbiert. Das Klimaschutzgesetz schreibt zudem zwei Prozent der Freiflächen für Photovoltaik und Windanlagen fest.



Umstrittenes Turbo-Abitur: Und plötzlich taucht ein Thema aus der Versenkung auf, mit dem niemand noch einmal gerechnet hatte. Angesichts der klaren Ablehnung von Grünen und CDU, wie in anderen Bundesländern wieder zum neunjährigen Abitur zurückzukehren, war die Frage geklärt. Eigentlich – bis zwei engagierte Mütter eine Volksinitiative ins Leben riefen und fleißig Unterschriften sammelten. Hat ihr Antrag Erfolg, muss der Landtag sich mit der Frage beschäftigen – am Ende könnte es sogar zu einem Volksentscheid kommen. Die SPD wittert Morgenluft für ein Thema, das ihr naheliegt, die Sozialdemokraten wollen seit Jahren wieder auf G9 umsteigen.



Und auch bei den Grünen gibt es Bewegung – Vizefraktionschef Thomas Poreski bringt eine „Wahlmöglichkeit“ zwischen G 8 und G 9 ins Gespräch. Verändern vielleicht zwei engagierte Bürgerinnen die Grundfesten der Bildungspolitik? Gibt es möglicherweise sogar Verhandlungen mit der Landesregierung, so wie das die Initiatoren des Bienen-Retten-Volksentscheides erreicht haben? Ein Kompromiss hat damals einen Volksentscheid gar nicht erst nötig gemacht. Das könnte eine Blaupause dafür sein, auch diesen Dauerstreit zu entschärfen. In der Bildungspolitik gibt es ohnehin reichlich Baustellen: Der IQB-Bildungstrend konstatiert, dass noch mehr Grundschüler die Mindeststandards in den Fächern Deutsch und Mathematik nicht erreichen.

Und noch ein Volksentscheid könnte kommen – wenn es etwa nach dem Willen der FDP im Land geht. Die Liberalen befürchten bis zu 200 Abgeordnete nach der nächsten Landtagswahl 2026 – und setzen auf eine Reduzierung der Wahlkreise von 70 auf 38. Ziel ist es, die Größe des Landesparlaments von aktuell 154 wieder auf 120 zu beschränken, auch wenn wieder fünf Fraktionen zustande kommen. Da der FDP/DVP-Fraktion die Mehrheit im Parlament dazu fehlt, startet sie selbst eine Unterschriftenaktion für ein Volksbegehren.

Grüne Politik kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern an

MEINUNGSBEITRAG DER FRAKTION GRÜNE VON ANDREAS SCHWARZ (FRAKTIONS-VORSITZENDER)



Auf dem richtigen Weg zu mehr Solarstrom: Andreas Schwarz, Nadyne Saint-Cast und der Baubürgermeister der Stadt Freiburg, Martin Haag, besuchen PV-Anlagen auf dem Stühlinger Rathausdach.

Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben uns Einiges abverlangt, doch ich blicke zuversichtlich in die Zukunft. Mit unserem Rekordhaushalt von 124 Millionen Euro stellen wir die Weichen für eine generationengerechte, innovative und klimafreundliche Zukunft. Wir nehmen unsere Verantwortung als größte Fraktion im Land wahr und treten den Sorgen der Menschen und den finanziellen Nöten der Unternehmen entschieden entgegen. Einer der wichtigsten Hebel hierbei ist, in Bildung zu investieren.

Bildung als Schlüssel zum Erfolg

Meine Vision ist, dass bei uns in Baden-Württemberg alle die Chance auf gute Bildung haben. Kinder und Jugendliche aus

sozial schwachen Verhältnissen brauchen unsere Unterstützung jetzt ganz besonders, denn sie haben unter der Corona-Krise stark gelitten und viele Stunden Unterricht verpasst. Um diesen Rückstand aufzuholen, schaffen wir über 700 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die von weiteren 250 pädagogischen Assistentinnen und Assistenten unterstützt werden. Wir setzen auf ein breites Spektrum an Pädagogen und Pädagoginnen, Sozialarbeiterinnen und Psychologen, um die individuelle Förderung an unseren Schulen zu gewährleisten.

Insbesondere Mädchen und junge Frauen sollen schon in der Schule darin bestärkt werden, sich an eine technische Ausbildung oder ein Studium der MINT-Fächer zu wagen. Denn um Baden-Württemberg als Industriestandort zu halten und gleichzeitig unsere ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, brauchen wir die geballte Innovationskraft der Jugend.

Dafür braucht es motivierte Lehrkräfte. Deswegen erhalten fortan auch befristet angestellte Lehrerinnen und Lehrer über die Sommerferien ihr Gehalt. Das ist ein Novum in der bildungspolitischen Geschichte des Landes – und mir persönlich schon lange ein großes Anliegen. Dass der Sommerlohn nun kommt, ist ein Meilenstein, der den Lehrerberuf künftig noch attraktiver macht.

Für die Steuereinnahmen von morgen

Wir müssen alles daransetzen, den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg an der Spitze zu halten. Zielgerichtete Investitionen in Forschung und Entwicklung sind hierbei entscheidend.

Künstliche Intelligenz, Nachhaltigkeit, Quantentechnologie, Mobilität und Gesundheit der Zukunft sind Themen, auf die es dabei schon jetzt ankommt. Um Innovationen in diesen Bereichen voranzutreiben, haben wir sogenannte Innovationscampus-Modelle geschaffen. Darunter versteht man interdisziplinäre Netzwerke, die Forscherinnen, Gründer, Unternehmerinnen und Bürger zusammenbringen. Diese Strukturen aus praktischem Know-how und wissenschaftlichem Forschergeist entwickeln schon jetzt brillante Ideen und werden in naher Zukunft noch größere internationale Strahlkraft erlangen.

Unterstützung für Firmen und die Gesellschaft

Wir stehen für eine Haushaltspolitik, die zielgerichtet und spürbar bei den Menschen und Unternehmen ankommt. Durch



GRÜNE

gruene-landtag-bw.de

[gruenelandtagbw](https://www.facebook.com/gruenelandtagbw) [FraktionGruenBW](https://twitter.com/FraktionGruenBW) [fraktiongruenbw](https://www.instagram.com/fraktiongruenbw)

Maßnahmen wie das Liquiditätsprogramm der L-Bank, das Tilgungskostenzuschüsse und verbilligte Zinsen für Kredite bietet, unterstützen wir Unternehmen in krisenhaften Zeiten. Wir bringen viele Selbstständige und mittelständische Unternehmerinnen, die unter den Nachwehen der Pandemie und den hohen Energiekosten leiden, über die finanzielle Durststrecke.

Krisen meistern wir jedoch nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem, indem wir als Gesellschaft zusammenhalten. Wir haben daher ein zusätzliches Förderpaket im Haushalt verankert, das mit mehr als 35 Millionen Euro soziale Einrichtungen und Beratungsstellen unterstützt. Wir fördern Tafeln und Hilfestellen für Wohnungslose und schaffen Angebote für Familien in finanziellen Schieflagen.

Klimaschutz vorantreiben

Gleichzeitig arbeiten wir jeden Tag daran, Baden-Württemberg bis 2040 klimaneutral zu machen. Unmittelbar nach der Regierungsbildung hat die Landesregierung zu diesem Zweck



Mehr Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik – dafür stehen wir Grüne in Baden-Württemberg ein.



Die Vision von Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz: „Alle Orte auf dem Land sollen durchgängig mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein.“

ein Klimaschutz-Sofortprogramm beschlossen, eine Taskforce zum Ausbau der Windenergie eingerichtet und einen Klima-Sachverständigenrat berufen, der die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes begleitet.

Das Sofortprogramm zielt darauf ab, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und schädliche Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren. Mit beschleunigten Genehmigungsverfahren und der Erschließung neuer Standorte machen wir Tempo beim Windkraftausbau und bleiben für die ansässige Industrie ein verlässlicher Partner.

Auch unsere Regeln für Photovoltaik sind bundesweit am fortschrittlichsten. 2022 haben wir eine PV-Pflicht umgesetzt: für Firmendächer, Hallen und große Parkplätze genauso wie für Neubauten und für Gebäude, bei denen eine Dachsanierung ansteht. Auch auf allen Landesliegenschaften installieren wir Solaranlagen, ebenso auf vielen Grünstreifen bei Autobahnausfahrten.

Keine Zeit verlieren

Bei der Mobilität steuern wir ebenfalls um. Wir erweitern das Radwegenetz und fördern fahrradfreundliche Kommunen im großen Stil. Bus und Bahn haben wir mit der Kofinanzierung für das 49-Euro-Ticket erschwinglicher und attraktiver gemacht. Nun gilt es sicherzustellen, dass die Angebote des ÖPNV verlässlich und rund um die Uhr funktionieren – auch auf dem Land.

Besonders stolz sind wir auf das Jugendticket. Für nur einen Euro am Tag können nun junge Leute Bus und Bahn im ganzen Land nutzen. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch eine wahre Entlastung der Familienkasse. Das Ticket gilt auch für den Weg zur Schule, zur Ausbildung und für das Studium.

Wir sind uns bewusst: Um das Ruder im Kampf gegen den Klimawandel herumzureißen, braucht es viele Maßnahmen wie diese. Wir müssen das Tempo beim Klimaschutz in allen Bereichen auch in Zukunft weiter erhöhen!

Die Baden-Württemberg-DNA!

MEINUNGSBEITRAG DER CDU-FRAKTION



Rettungskräfte zu Gast beim Bürgerfest der CDU-Landtagsfraktion in Freudenstadt.



CDU-Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel MdL.

Baden-Württemberg: das Land mit dem großen Plus

Seit gut 70 Jahren stellt Baden-Württemberg unter Beweis, dass Tüchtigkeit, Klugheit, Fleiß und Beharrlichkeit die Grundlagen für Wohlstand, Innovationskraft, neue Technologien, Bildung, Wissenschaft und Sicherheit sind. Karge Böden, harte Arbeit und die Erkenntnis, dass die größten Schätze in den Köpfen der Menschen sind, haben unser Land zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, starke Arbeitnehmerinnen und Arbeiter, Handwerkerinnen und Handwerker, Landwirtinnen und Landwirte, der starke Mittelstand unseres Landes, die unzähligen ehrenamtlich und politisch Engagierten, unsere Gewerkschaften und so viele mehr bilden das Mosaik eines tollen, eines starken und vor allem zukunftsfreundlichen Landes. Ein Land, das aus dem Bindestrich im Namen ein starkes Plus gemacht hat: urbane Zentren plus innovative ländliche Räume, gelebte Heimatverbundenheit plus innovative Avantgarde. Herkunft und Zukunft. Tradition und Moderne.

Das prägt das Miteinander, die Kultur und die Geisteshaltung der Menschen. Das hat Baden-Württemberg zum Ehrenamtsland Nummer eins gemacht, in dem sich fast jeder Zweite bei Feuerwehr, Musikverein, Gesangverein, Sportverein, Nachbarschaftshilfe, im Brauchtum oder wo auch immer ehrenamtlich einbringt. Das hat aus einem bettelarmen Agrarstaat ein High-techland gemacht, das mit fast sechs Prozent seines BIPs mehr in Forschung und Entwicklung investiert als jede andere Region in Europa. Das hat unser Land zum Land der Hidden Champions gemacht mit mehr als 302 heimlichen Weltmarktführern.

Unsere Erfolgsgeschichte muss jeden Tag aufs Neue geschrieben werden

Um uns herum hat sich die Welt in den letzten Jahren rasant verändert. Das Ende des friedlichen Miteinanders in Europa, das Streben der Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern nach Wohlstand, die Entwicklung hin zu neuen Machtblöcken, die Herausforderungen neuer Technologien wie die Künstliche Intelligenz und die Frage, wie wir global der Klimaveränderung begegnen, haben konkrete Folgen für jede und jeden von uns. Zu lange haben wir uns wie im Auge eines Hurrikans verhalten. Wie gelähmt haben wir diesen Veränderungen nur zugeschaut. Spätestens jetzt muss klar sein: Wir haben Wohlstand, Sicherheit und Freiheit nicht gepachtet.

Die Erfolgsgeschichte unseres Landes schreibt sich nicht von allein, wir müssen sie uns jeden Tag aufs Neue erarbeiten. Das Absacken bei den Bildungsstandards kommt nicht von ungefähr. Es ist auch die Folge davon, dass sich weite Teile der Politik vom Leistungsgedanken verabschiedet haben. Und auch die Diskussion rund ums Bürgergeld hat gezeigt, dass sich weite Teile der Politik vom Gedanken der Leistungsgerechtigkeit verabschiedet haben. Ohne diese Basics aber wird es nicht mehr gehen. Unser Ansporn muss sein, der nächsten Generation ein Land zu übergeben, das man immer ein Stück weit besser gemacht hat, als man es selbst übergeben bekommen hat.

Von der letzten zur nächsten Generation

Deshalb gilt für uns: Wir kleben uns nicht fest! Nicht an Straßen, nicht an vermeintlich alten Gewissheiten oder an irgendeiner




CDU

[cdufraktion-bw.de](https://www.cdufraktion-bw.de)

 CDUFraktionBW

 CDU_FraktionBW

 CDUFraktionBW

 cdu_fraktion_bw



Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion während einer Landtagssitzung im Plenarsaal.

Ideologie. Wir setzen auf Cleverle statt auf Kleberle. Statt der Letzten Generation müssen wir die nächste Generation sein, die sich mit Innovation, mit Mut und mit Tatkraft den Herausforderungen unserer Zeit stellt. Baden-Württemberg hatte schon immer die Fähigkeit, sich anzupassen. Es liegt im Wesen der Menschen bei uns im Land, ihre Freiheit in Verantwortung wahrzunehmen. Nutzen wir doch diese Stärke, für die Baden-Württemberg steht wie kaum eine andere Region in Europa: Setzen wir auf Innovation und Technologie, setzen wir auf unseren Mittelstand und unser Handwerk, setzen wir auf die Talente und Fähigkeiten der Menschen!

Klare Prioritäten für unser Land, strategische Investitionen in die Zukunftsfähigkeit

Wir wissen, dass nur mit einer starken Wirtschaftsleistung Wohlstand, soziale Sicherheit, kulturelle Vielfalt und die Bewältigung der Klimaveränderung möglich sind. Deshalb ist für uns als CDU-Fraktion klar: Wir müssen Wertschöpfung im Land halten. Dazu braucht es neue Arbeitsplätze in den entscheidenden Zukunftsfeldern, in der Lasertechnologie, in der modernen Medizintechnik, in der Energie- und Wasserstofftechnologie, bei IT und Digitalisierung, in der Kultur- und Kreativwirtschaft, in der Bioökonomie, aber eben auch nach wie vor im Maschinenbau und in der Automobilindustrie.

Dazu braucht es strategische Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Für uns ist es deshalb für die Jahre 2023 und 2024 von entscheidender Bedeutung, in eine starke Wirtschaft zu investieren – mit einem Gesamtvolumen von zusätzlich rund 120 Millionen Euro unterstützen wir Start-ups,



Die Ministerpräsidenten a. D. Stefan Mappus, Erwin Teufel und Günther H. Oettinger und der Fraktionsvorsitzende Manuel Hagel beim Festakt 70 Jahre CDU-Landtagsfraktion im Landtag.

Handel und Handwerk, den Ausbau der Wasserstofftechnologien, die Luft- und Raumfahrt, die Forschung im Bereich der Quantentechnologie, bauen den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg aus und stoßen Investitionen in den Unternehmen mit der Fortführung des Förderprogramms Invest BW an. Besonders aber setzen wir auch auf Schlüsseltechnologien und Innovation – mit zusätzlichen rund 60 Millionen Euro für das Cyber Valley, die beiden Innovationscampus Health and Life Science Alliance und Mobilität der Zukunft.

Müssen Scheuklappen ablegen und Blockaden lösen

Um Industrieland zu bleiben und klimaneutral zu werden, müssen wir den Realitäten ins Auge blicken. Alle Klimaneutralitätsstudien gehen davon aus, dass Klimaneutralität ohne CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Usage) nicht möglich ist. Der Einsatz von CCS ist beispielsweise fester Bestandteil unserer landesweiten Strategie zur Klimaneutralität. Die Infrastruktur und die rechtlichen Voraussetzungen, die es für CCS braucht, sind aktuell jedoch nicht verfügbar. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Einsatz von CCS in Baden-Württemberg schnell zu ermöglichen. Unser künftiger Wohlstand und der soziale Frieden hängen davon entscheidend ab.

Zugleich hindern zu viele Vorschriften und ein Übermaß an Regulierungen die Entfaltungskräfte der Menschen. Eigeninitiative, Unternehmergeist und ein gesunder Pragmatismus bei Entscheidungen sind regelrecht gefesselt. Wir brauchen deshalb eine echte Durchforstung des Paragraphenschungels, damit wieder etwas wachsen kann. Wir brauchen eine umfassende Aufgaben- und Leistungskritik, die sich am Machbaren orientiert. Ermöglichen statt verhindern – das muss die Haltung und die Herangehensweise sein in Politik und Verwaltung.

Stark im Team

Das gehen wir als Team aus jungen Startern und erfahrenen Köpfen in unserer Fraktion gemeinsam an. Frauen und Männer. Jüngere und Ältere. Handwerker und Akademiker. Wir führen unterschiedlichste Perspektiven und Lebenswirklichkeiten zusammen, verbinden Themen mit Köpfen und erdenken eine neue kreative und zukunftsfreundliche Politik. Das geht nur mit Ihnen zusammen. Kommen Sie daher jederzeit gern auf uns zu. Wir freuen uns auf Sie!

Die SPD-Landtagsfraktion stellt sich vor

Unser Land hat mehr verdient

MEINUNGSBEITRAG DER SPD-FRAKTION



19 Abgeordnete machen die SPD zur größten Oppositionsfraktion im Landtag. Politisch fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem mehr Tatkraft ein. Sie werfen der Landesregierung vor, beim Klimaschutz oder Wohnungsmangel, schlechten Zügen oder fehlenden Lehrkräften mehr zuzuschauen als zuzupacken.

Die SPD steht für die Idee eines handlungsfähigen und aktiven Staats, der eine gute Zukunft nicht einfach abwartet, sondern sie gestaltet. Und immer wieder wirft die SPD als Oppositionsführerin der Landesregierung und insbesondere den Grünen gar nicht vor, falsche Ziele zu haben – wohl aber, diese Ziele nicht entschlossen genug zu verfolgen und sie deswegen auch nicht zu erreichen. Für die SPD ist gute Politik aber nicht nur Wollen, sondern Wirken.

Mehr für Klima und Umwelt

Ein typisches Beispiel sind Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende. Hier teilt die SPD ihre Ziele fast völlig mit den Grünen. Doch die SPD kritisiert, dass die grün-schwarze Landesregierung auf diesem Feld kaum vorankommt und Baden-Württemberg bei der Energiewende ein Schlusslicht unter den Ländern ist. Die SPD fordert einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien

Bundestanzler Olaf Scholz empfängt die SPD-Landtagsfraktion in Berlin.

und erheblich mehr Anstrengungen für eine Verkehrswende mit einem deutlich attraktiveren öffentlichen Verkehr – erst recht, seit die von der SPD geführte Bundesregierung mit dem 49-Euro-Ticket eine wichtige Vorlage liefert. Baden-Württemberg könnte die Probleme im Bahnverkehr deutlich mildern, wenn es handeln würde.

Schon lange vor den aktuellen Energiekrisen war die SPD für ein Tempolimit auf Autobahnen. Das spart nicht nur Energie, sondern auch Nerven.

Mehr für beste Bildung

In den vergangenen Jahren ist Baden-Württemberg in Bildungsvergleichen immer weiter abgerutscht. Es fehlen Fachkräfte an Kitas und Schulen, es fehlen eine gute digitale Ausstattung und Ganztagsangebote. Für die SPD ein untragbarer Zustand, denn wenn Baden-Württemberg ein Spitzenstandort bleiben will, braucht es eine Spitzenbildung. Die SPD setzt sich für die Einstellung von erheblich mehr Fachkräften ein und will die Schulen auch durch Sozialarbeiter, Assistenten und Helfer aus der Gesellschaft stärken, also zum Beispiel durch Freiwillige aus Sport-



SPD

spd-landtag-bw.de

f [spdlandtagbw](#)

t [spdlandtagbw](#)

▶ [spdlandtagbw](#)

📷 [spdlandtag_bw](#)

oder Musikvereinen. Die SPD ist für kostenlose und lebenslange Bildung, also für kostenlose Kitas ebenso wie die Abschaffung aller Ausbildungsgebühren (im Handwerk ebenso wie an Hochschulen), und will zudem, dass berufliche Weiterbildung ein selbstverständliches Recht für alle ist.

Mehr für die Zukunft der Wirtschaft

Ob der Wechsel zum E-Mobil, die Digitalisierung oder veränderte Märkte für den Maschinenbau: Gerade Baden-Württemberg ist von der Transformation der Wirtschaft ganz besonders betroffen. Darum sieht die SPD das Land in der Pflicht, ganz besonders viel zu tun, um diesen Wandel zu begleiten. Es geht darum, gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft Baden-Württembergs als Top-Wirtschaftsstandort zu ermöglichen. Wichtig sind Strategien für angewandte Forschung und Industrieansiedlung, Programme zur Weiterbildung für alle Beschäftigten sowie eine effiziente Start-up-Förderung. Unverzichtbar ist für die SPD auch ein großer Transformationsfonds. Und gerade Baden-Württemberg braucht eine Strategie für die Zuwanderung von Fachkräften. Dass die SPD die Gebühren für ausländische Studierende ablehnt, erklärt sich darum von selbst.

Mehr für bezahlbares Wohnen

Baden-Württemberg ist eines der teuersten Bundesländer geworden, wenn es um das Wohnen geht. Selbst Normalverdiener geraten an ihre Grenzen, und immer mehr Menschen wohnen nicht mehr dort, wo es für sie sinnvoll wäre, sondern dort, wo sie es sich noch leisten können. Der Effekt sind gewaltige Pendlerströme, Staus und eine ungeheure Verschwendung von Energie und Zeit. Für die SPD ist längst bewiesen, dass der Immobilien-



Großer Zuspruch für SPD-Gesetzentwurf: Dorothea Kliche-Behnke (vorne, Mitte) wirbt für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser im Land.



Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Andreas Stoch im Landtag.

markt alleine dieses Problem nicht lösen kann. Die Fraktion fordert darum massive staatliche Programme für den Wohnungsbau. Und einmal mehr kritisiert sie die Landesregierung. Die hat ein eigenes Ministerium geschaffen, doch das produziert aus Sicht der SPD bisher vor allem neue Kosten und kaum neue Wohnungen.

Mehr Handeln ist möglich

Die Debatte wiederholt sich praktisch bei jedem Thema: Die SPD fordert tatkräftiges Handeln, Grüne und CDU lehnen es ab. Gerne mit dem Hinweis, es sei gar kein Geld da oder das Land könne sowieso nichts bewirken. Die SPD weist darum immer wieder darauf hin, dass Baden-Württembergs Landesregierung über ganz erhebliche finanzielle Reserven verfügt – und man gerade in schlechten Zeiten dringend in die Zukunft des Landes investieren muss, statt das Sparschwein zu füllen. Zudem verweist die SPD gerne auf andere Bundesländer, in denen die Regierungen das vormachen, was laut Grün-Schwarz gar nicht geht: erfolgreich anpacken, statt Ausreden zu suchen.

Mehr Ideen selbst aus der Opposition

Anpacken und gestalten – das gilt für die SPD sogar aus der Opposition heraus. Und auch das kann gelingen. Immer wieder setzt die Fraktion Impulse, die am Ende von der Regierung aufgegriffen werden. Das kann eine Wahlrechtsreform sein oder Auflagen für den Wechsel von Regierungsmitgliedern in Wirtschaftsunternehmen. Oder die Erkenntnis, dass moderne Schulen genauso professionelle IT-Unterstützung brauchen wie jeder Betrieb. Gerade in Krisenzeiten arbeitet die SPD auch mit allen demokratischen Fraktionen zusammen. Damit mehr herauskommt für unser Land.



„Seit 70 Jahren für Dich im Landtag“: Jubiläumsfeier der SPD-Fraktion im Oktober 2022 (v. l. n. r.: Daniel Born, Sascha Binder, Ute Vogt, Wolfgang Drexler, Saskia Esken, Bärbel Bas, Andreas Stoch und Claus Schmiedel).

In Krisenzeiten sollte der Landtag bei sich selbst sparen

MEINUNGSBEITRAG DER FDP/DVP-FRAKTION



Die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg mit ihrem Vorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Als liberale Fraktion gestalten wir schon seit Jahrzehnten die Politik in Baden-Württemberg kontinuierlich mit. Der Landtag als Ort der Diskussion, der Entscheidungen und der Kontrolle der Regierung muss dabei thematisch, technisch und personell auf der Höhe der Zeit sein. **In Krisenzeiten sollte der Landtag bei sich selbst sparen! Weniger Wahlkreise für adäquate Parlamentsgröße.**

Im Frühjahr 2022 hat eine Parlamentsmehrheit aus Grünen, CDU und SPD ein neues Wahlrecht beschlossen. Teile desselben finden wir als FDP-Fraktion sehr gut. Die Umstellung vom Einstimmen- auf das Zweistimmenwahlrecht halten wir für richtig, denn wir unterstützen die Ziele, die damit verwirklicht werden sollen: ein Landtag, der jünger, weiblicher und vielfältiger ist. Ebenfalls gut finden wir die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre.

Hochgradig bedenklich ist hingegen die Wahrscheinlichkeit eines XXL-Landtags, die durch die Möglichkeit des Stimmensplittings

noch einmal zusätzlich gewachsen ist. Um einen Landtag mit mehr als 200 Abgeordneten zu vermeiden – wo es eigentlich nur 120 sein sollten –, ist die nächstliegende Lösung eine Reduktion der Wahlkreise und Direktmandate, um Überhang- und Ausgleichsmandate nicht entstehen zu lassen. Das haben wir in Verhandlungen eingebracht, die anderen demokratischen Fraktionen wollten das aber nicht. Von Sachverständigenseite hieß es, eine Reduktion von 70 auf 60 Wahlkreise sei nicht hinreichend; von Grünen, CDU und SPD wurde die fehlende Definition der Wahlkreiszuschnitte moniert sowie unterstellt, die zehn Wahlkreise würden wir am liebsten dort gestrichen sehen, wo keine FDP-Abgeordneten betroffen seien. Wir haben deshalb im Herbst 2022 einen Gesetzentwurf eingebracht, der all diese Kritikpunkte aufgreift: Durch die Übernahme der Struktur der 38 Bundestagswahlkreise für die Landtagswahlen entstünden höchstwahrscheinlich gar keine Überhangmandate mehr und die Wahlkreisstrukturen wären vollständig ausdefiniert. 10 der 18 aktuellen Abgeordneten der FDP-Fraktion wären direkt von der Reform betroffen. Am 8. März 2023 haben aber nur die Abgeordneten der FDP-Fraktion für diesen Gesetzentwurf gestimmt, obwohl es kein valides Gegenargument gab und gibt.

Alles in allem lässt sich festhalten: Einzig die FDP-Abgeordneten sind dazu bereit, durch eine Rückführung der Landtagsgröße



FDP/DVP

www.fdp-landtag-bw.de



Informations- und Diskussionsveranstaltung der FDP/DVP-Fraktion zum Thema „XXL-Landtag vermeiden“.

auf den eigentlichen Sollwert das Risiko des Mandatsverlusts in Kauf zu nehmen – alle anderen nicht. Jetzt ist die Bevölkerung am Zug: Die Landespartei der FDP hat auf Vorschlag der FDP-Fraktion ein Volksbegehren auf den Weg gebracht, das darüber entscheidet, ob der Landtag wieder kleiner wird.

Klimaschutz, Mobilität, Energie, Wärmeversorgung – politische Entscheidungen wirken direkt

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Klimaneutralität bis zum Jahr 2040, wie Baden-Württemberg sie anstrebt, bedeutet eine enorme Herausforderung für jedes einzelne Unternehmen und jeden einzelnen Haushalt.

Im Bereich Automobil wurde Ende März 2023 auf Druck der Freien Demokraten in Brüssel von den EU-Mitgliedsstaaten eine Neuregelung der CO₂-Flottengrenzwerte beschlossen. Diese macht den Weg frei für Verbrennungsmotoren in Autos nach dem Jahr 2035, die ausschließlich mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betankt werden. Denn die Transformation der Mobilität bedeutet auch einen Umbau der Wirtschaft. Der Einsatz von E-Fuels bietet die Chance, den Verbrennungsmotor als spezifische Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft zu erhalten und somit Wertschöpfung, Know-how und Arbeitsplätze zu sichern. Parallel dazu können Alternativen – Elektromobilität, aber auch der Einsatz von Wasserstoff – aufgebaut werden.

Sehr ähnlich sieht es im Bereich Wärmeversorgung aus: Rund 80 Prozent der Menschen hierzulande heizen mit Öl und Gas – sie sind im Großen und Ganzen damit sehr zufrieden. Statt die Bürger aus individuellen Angeboten frei wählen zu lassen, subventioniert die Regierung aus Grünen und CDU aber einseitig die Wärmepumpe. Für das Stromnetz, für Handwerksbetriebe und Heimbewohner bedeutet diese Politik Belastung, für den Klimaschutz Stillstand, für die Energiewende Akzeptanzverlust. Als Freie Demokraten wollen wir für die Millionen Öl- und Gaskunden im Land einen aufwandsarmen Umstieg auf klimaneutrale Brennstoffe möglich machen. Für uns ist dabei klar: Verbote verhindern Fortschritt. E-Fuels, Biomethan und Was-

serstoff dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen, Öl- und Gaskunden nicht einseitig diskriminiert werden. Als Freie Demokraten stehen wir für Wahlfreiheit in der Wärmeversorgung.

Bildung: Wege aus der Dauerkrise

In unserem Land hat jedes Kind ein Recht auf eine seinen Begabungen entsprechende Ausbildung und Erziehung – ganz unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Das setzt eine differenzierte und vielfältige Bildungslandschaft voraus. Deshalb stehen wir hinter allen Schularten und möchten diese gleichermaßen stärken. Ein vielfältiges Schulsystem braucht ein adäquates Instrument, um einer falschen Wahl der weiterführenden Schulart und damit Über- und Unterforderungen bei Kindern vorzubeugen. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung.

Zudem hat die Corona-Pandemie gezeigt, woran es vielen Schülerinnen und Schülern mangelt: Zeit. Aus diesem Grund fordern wir eine Rückkehr zu neunjährigen Zügen an allen Gymnasien in der Regelform. Weltbeste Bildung geht nicht ohne engagierte Lehrkräfte, weshalb wir den gravierenden Lehrkräftemangel beheben müssen. Aus Sicht der Freien Demokraten ist das nur mit einer deutlichen Erhöhung der Anzahl der Studienplätze an den pädagogischen Hochschulen inklusive Abschaffung des dortigen Numerus clausus möglich. Unser bildungspolitisches Credo lautet: Höchste Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit gehen Hand in Hand. Um das zu erreichen, müssen wir weg von einer ideologiegetriebenen und hin zu einer an der Wissenschaft und Praxis orientierten Bildungspolitik.



Bildung: Dauerkrise?



Wir wollen Wahlfreiheit bei der Wärmeversorgung.

Baden-Württemberg rutscht ab

MEINUNGSBEITRAG DER AfD-FRAKTION



Die konservative Kraft im Südwesten.

Staatliche Beamte und Angestellte schaffen keinen Wohlstand, nur Bürokratie. Wohlstand kommt vom Verkauf guter Produkte. Gute Produkte werden von der Wirtschaft entwickelt, die Luft zum Atmen hat. Eine Wirtschaft, die nicht durch Flatterstrom, Rekordsteuern, Rekordenergiekosten, Rekordbürokratie, bildungsferne Lehrlinge, Datenschutzwahnwitz sowie Fachkräfteauswanderung erdrosselt oder ins Ausland vertrieben wird.

Auf dem Index der wirtschaftlichen Attraktivität stehen die USA auf Platz 1. Deutschland präsentiert sich dagegen nur noch auf Platz 18 und ist damit weiter nach unten durchgereicht worden. Das ist ein verheerendes Ergebnis für unseren einst so stolzen Wirtschaftsstandort und ganz besonders bedrohlich für das Wirtschaftsland Baden-Württemberg.

Seit die Grünen den Marsch durch die Institutionen vollendet haben, setzen sie alles daran, die Fundamente unseres Wohlstandes und unserer Wirtschaft zum Einsturz zu bringen. Baden-Württemberg rutscht ab.

Dank der EU rutscht Baden-Württemberg ab

Würde sich der Ministerpräsident die EU-Richtlinien und -verordnungen einmal etwas genauer ansehen, dann sähe er gleich, woher die Bürokratie hierzulande kommt: von der Unterwerfung unter die Vorgaben der EU. Baden-Württemberg braucht schlanke Vorschriften, wie früher. Die Unternehmen brauchen Ellbogenfreiheit, keine Knebelung durch die hundertste Sicherheitsvorschrift, die tausendste Ausnahmereverordnung, das hunderttausendste Verbot und Überwachungsvorschriften.

Bestes Beispiel dafür derzeit: der Green Deal der EU. Diese unsägliche EU-Verordnung hat sich das hehre Ziel gesetzt, unseren Kontinent als ersten überhaupt bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Folgen für die hiesige Wirtschaft sind dem fernen Brüssel dabei vollkommen egal. So sieht der Green Deal eine höhere Bepreisung fossiler Energieträger sowie verschärfte CO₂-Grenzwerte vor. Unserer Wirtschaft wird also sprichwörtlich der Gar-



AfD

afd-fraktion-bw.de



aus gemacht zugunsten irgendwelcher ohnehin unerreichbarer Klimaziele. Unsere Wettbewerbsfähigkeit wird sich weiter verschlechtern, wodurch die EU die bereits laufende Deindustrialisierung noch weiter vorantreibt. Denn eins ist klar: Wenn Unternehmen im gründerdominierten Europa nicht mehr wirtschaften können, dann werden sie woandershin gehen.

Ähnlich ist es beim von der EU beschlossenen Verbrenneraus. Ohne Rücksicht auf die Automobilindustrie im Land, ja mit völligem Desinteresse für die individuelle Mobilität der Bürger wurde das Aus für benzinbetriebene Motoren schon für 2035 beschlossen. Daneben berücksichtigt die Entscheidung weder den völlig unzureichenden Ausbau der Ladeinfrastruktur, die drohenden Rohstoffabhängigkeiten und vor allem, ob ausreichend erneuerbare Energien erzeugt werden. Die EU zerstört unsere Automobilindustrie und obendrein die individuelle Mobilität. Baden-Württemberg rutscht ab.

Auch in der Bildung rutscht Baden-Württemberg ab

Wenn man sich die grüne Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte anschaut, kommt man aus dem Staunen nicht mehr heraus: eine Bildungsreform nach der anderen, und eine verheerender als die andere. Zu Buche steht eine immer schlechtere Bildung hierzulande, die sogar statistisch nachweisbar ist: Das einst stolze Bildungsland Baden-Württemberg stürzt in den bundesweiten Bildungsvergleichen seit Jahren ab und belegt derzeit nur mehr den sechsten Platz. Wir ersparen uns an dieser Stelle eine endlose Aufzählung der Abstürze baden-württembergischer Schüler im Bildungsranking.

Bringen wir den Kindern einfach wieder fünf Jahre lang nichts anderes als Lesen, Schreiben, Rechnen, Singen, Schwimmen, Turnen und Heimatkunde bei. Bilden wir besondere Ausländerklassen, damit die Talentierte nicht gebremst werden. Fordern wir Leistung. Helfen wir schwachen Schülern durch Wiederholung von Klassen. Und verhelfen wir diesen nicht zu Misserfolgen auf dem Gymnasium, wenn ihre Talente nicht im Studium, sondern im Handwerk liegen. Das ist das Rezept für eine erfolgreiche Bildungspolitik: Weg mit der Ideologie, her mit bildungspolitischem Pragmatismus!

Warum waren baden-württembergische Schüler einst so erfolgreich? Weil die Schülerschaft damals noch homogen war. Weil es kaum „benachteiligte“ Kinder gab. Sprich: Kinder aus illegal zugewanderten Familien in Millionenzahl, die Parallelgesellschaften



Die AfD-Fraktion bei der Arbeit.

bilden, denen Schulbildung schnuppe und die freie Gesellschaft zuwider ist und deren Zuwanderung dennoch von den Grünen bejubelt wird. Da könnte die Landesregierung noch so klotzen, sie erreicht Hunderttausende Schüler und Eltern aus bildungsfernen Elendsstaaten nicht. Das und nur das ist – neben Bildungsreformen mit dem Ergebnis der Halbbildung – der hauptsächliche Grund des Bildungsnotstands in unserem Land.

Dank grüner Politik wird Wohnen unbezahlbar

Auf fast allen Zukunftsfeldern werden die tüchtigen Bürger Baden-Württembergs durch eine fortschrittsfeindliche, bildungsfeindliche, technologiefeindliche, sicherheitsfeindliche, wirtschaftsfeindliche, ausschließlich ideologiegetriebene Politik in die Knie gezwungen. Diese macht selbst vor Bauen und Wohnen nicht Halt. Das Land der Häuslebauer wird es bald schon nicht mehr geben.

So hat die Landesregierung vergangenes Jahr eine Solardachpflicht für Neubauten beschlossen. Ab diesem Jahr wurde diese noch ausgeweitet: Auch bereits bestehende Gebäude müssen bei einer Erneuerung des Daches mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Die dadurch entstehenden Zusatzkosten für die Bürger lassen die Landesregierung dabei vollkommen kalt.

Selbiges gilt für die von der EU beschlossene Sanierungspflicht für ältere Immobilien. Die EU zwingt Eigentümer per Verordnung, ältere Häuser und Wohnungen besser zu isolieren. Mal ganz abgesehen von dem Eingriff in die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen, bedeutet diese Verordnung enorme Kosten für die Eigentümer. Hinzu kommen noch die exorbitanten Energiepreise dank der sogenannten Energiewende. Auch beim Thema Wohnen rutschen wir ab.



Frischer Wind im AfD-Fraktionsvorstand.



Impulse in der Verfassungsentwicklung

70 Jahre Landesverfassung



EIN GASTBEITRAG VON PROF. DR. DANIELA WINKLER

Die Juristin ist Abteilungsleiterin im Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht an der Universität Stuttgart, Abteilung für Rechtswissenschaft

(Landes-)Verfassungen sind immer Kinder ihrer Zeit: In der bundesrepublikanischen Geschichte lässt sich die Entstehung der Landesverfassungen in zwei „Schüben“ beobachten: Die westdeutschen Landesverfassungen ergingen in zeitlicher Nähe zum Entstehungsprozess des Grundgesetzes. Zeitlich gingen sie diesem entweder vor, konnten somit Vorbildwirkung erzielen und waren zugleich noch von Unsicherheiten über die neue Staats- und Gesellschaftsordnung geprägt oder sie waren zeitlich nachgeordnet und hierdurch ungleich deutlicher von den Inhalten der neuen gesamtdeutschen Verfassung geprägt.

In beiden Fällen manifestierte sich in diesen Verfassungen der Wille, die nationalsozialistische Willkürherrschaft aufzuarbeiten und für die Zukunft eine freiheits- und würdewahrende Gesellschaftsordnung zu garantieren. In den frühen Neunzigerjahren entstanden dann die ostdeutschen Landesverfassungen – erkennbar in einem anderen zeitlich-politischen Kontext. Das unmittelbare Erleben der Bürgerrechtsbewegung im Widerstand gegen das DDR-Regime führte hier etwa dazu, dass Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen explizite Erwähnung im Verfassungstext fanden. Auch neuere Diskurse und Entwicklungen (wie Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit) wurden bereits in die Verfassungstexte aufgenommen.

Die am 19. November 1953 in Kraft getretene baden-württembergische Verfassung, die in diesem Jahr ihren siebzigsten Geburtstag begeht, nimmt in gewisser Weise eine Sonderstellung in der westdeutschen Verfassungsentwicklung ein. Sie erging in Folge der Zusammenführung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern auf der Grundlage des Art. 118 GG im Jahre 1952. Obwohl sie zu dem ersten „Schub“ in der gesamtdeutschen Verfassungsentwicklung gehörte, ist ihr Entstehungszeitpunkt aufgrund der Sondersituation der Gebietszusammenführung zeitlich dem Grundgesetz und den übrigen westdeutschen Verfassungen nachgeordnet, von deren „Verfassungserfahrung“ sie profitieren konnte. Dennoch mussten auch bei der Entstehung der



Festredner beim 60. Jubiläum im Jahre 2013 war Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts. Er sprach zum damals hochaktuellen Thema „Der Bürger will gehört werden – Wege zur direkten Demokratie“. Zwei Jahre später wurde durch eine Verfassungsänderung die Einflussnahme des Volkes auf das Parlament durch die Einführung eines Volksantrags erweitert. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre neuen Möglichkeiten.



Auf einer Streuobstwiese am Sonnenberg: Wabenrahmen von Honigbienen. Zur Rettung der Bienen wurde 2019 ein Volksbegehren auf den Weg gebracht.



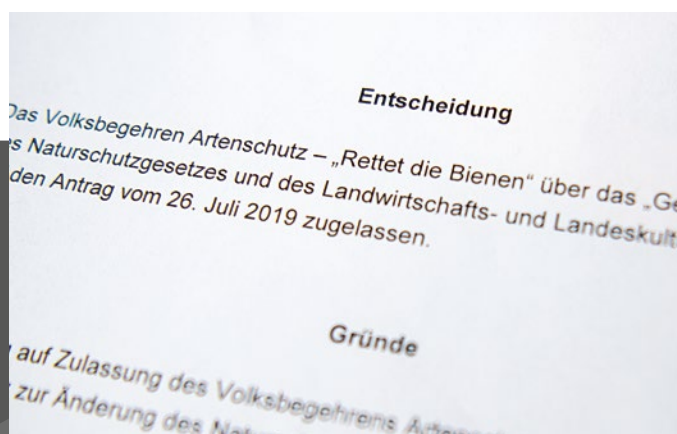


Am 19. November 1953 wurde zur feierlichen Taufe des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg in das Große Haus der Württembergischen Staatstheater geladen. Erstmals wurden bei der Verkündung der Verfassung Flaggen mit den neuen Landesfarben Schwarz-Gold gehisst. Ehrengäste waren Innenminister Wilhelm Hoegner (Bayern), Landtagsvizepräsident Rudolf Gehring (Baden-Württemberg), Ministerpräsident Hinrich Kopf (Niedersachsen), Ministerpräsident Gebhard Müller (Baden-Württemberg), Ministerpräsident und Bundesratspräsident Georg August Zinn (Hessen), Landtagspräsident Carl Neinhaus, Bundestagspräsident Hermann Ehlers und weitere Mitglieder der Landesregierung von Baden-Württemberg.

baden-württembergischen Landesverfassungen grundlegende Fragen (wie etwa die Stellung des Ministerpräsidenten, die Gestaltung der Volksvertretung, die Aufnahme von Grundrechten oder direktdemokratischer Elemente) neu diskutiert und entschieden werden. Nicht alle in der Verfassungsgebung getroffenen Entscheidungen haben bis heute Bestand: Insgesamt wurde die baden-württembergische Landesverfassung im Laufe der Jahrzehnte 25 Mal, zuletzt im April 2022, geändert.

Hierdurch hat die Verfassung auf unterschiedliche Arten Impulse in der Verfassungsentwicklung gesetzt: Im Verfassungsausschuss war es angesichts des zuvor in Kraft getretenen

Grundgesetzes umstritten, ob die Landesverfassung eigene Grundrechte aufnehmen sollte. Der Verfassungsgeber entschied sich stattdessen dafür, auf den grundgesetzlichen Grundrechtskatalog zu verweisen. Die Rezeption der grundgesetzlichen Grundrechte schließt jedoch nicht aus, dass auch diese Geltungskraft entfalten: Der Verfassungsgerichtshof (vormals: Staatsgerichtshof) vertritt den Anspruch, dass es sich bei den transformierten Grundrechten um eigenständige Grundrechte der Landesverfassung handelt, die (in den Grenzen des Art. 142 GG) vom Verfassungsgerichtshof selbstständig ausgelegt werden können. Bei diesem können seit dem 05.12.2015 auch Verfassungsbeschwerden gegen die Verletzung der in der Landesverfassung verbürgten Grundrechte



Das Schreiben des Innenministeriums von Baden-Württemberg für die Zulassung des Volksbegehrens Artenschutz „Rettet die Bienen“ liegt 2019 auf dem Tisch. Das Volksbegehren für stärkeren Artenschutz in Baden-Württemberg ist damit rechtlich zulässig.



Die Bauernverbände sammelten rund 90.000 Unterschriften für ihren Volksantrag „Gemeinsam unsere Umwelt schützen“ als Antwort auf das Volksbegehren für mehr Artenschutz. Landtagspräsidentin Muhterem Aras (2. v. l.) nimmt ihn am 6. März 2020 entgegen. Überreicht wurde er von Klaus Mugele (l.), Vizepräsident des Landesbauernverbands Baden-Württemberg, Werner Rappke (3. v. l.), Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands, Franz Josef Müller, Präsident des Landesverbands für Erwerbsobstbau in Baden-Württemberg, und Kilian Schneider, Präsident des Badischen Weinbauverbands.



erhoben werden. Aus dem Staatsgerichtshof wurde demnach ein Verfassungsgerichtshof. Zugleich sind in der Landesverfassung vereinzelte grundrechtliche Verbürgungen, wie etwa das Recht auf Heimat (Art. 2 Abs. 2 LV), das Recht auf Erziehung und Ausbildung (Art. 11 Abs. 1 LV) und das Recht auf unentgeltlichen Unterricht sowie namentlich die praktisch bedeutsame Garantie der Lernmittelfreiheit (Art. 14 Abs. 2 LV), enthalten.

Ergänzungen hat die Verfassung auch durch die Einführung verschiedener Staatszielbestimmungen erfahren: In Art. 3a LV ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, in Art. 3b LV der Tierschutz verankert. Ehrenamt, Sport und Denkmalschutz finden in Art. 3c LV Erwähnung. Anders als bei den Grundrechten ist der Staat zum Schutz dieser Rechtsgüter verpflichtet, ohne dass hieraus ein subjektiver Rechtsanspruch erwächst, was bei Schutzgütern ohne Rechtssubjektivität folgerichtig ist. Auch ein Kinderrecht hat in Gestalt einer Staatszielbestimmung Eingang in die Verfassung gefunden: Mit Verfassungsänderung vom 05.12.2015 wurde in Art. 2a LV „Kinder(n) und Jugendliche(n) ... als eigenständige(n) Persönlichkeiten ein Recht auf Achtung ihrer Würde, auf gewaltfreie Erziehung und auf besonderen Schutz“ zuerkannt.

Außerdem werden Fortentwicklungen des demokratischen Verständnisses auf der landesverfassungsrechtlichen Ebene erprobt. Auch innerhalb des Homogenitätsprinzips des Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG, wonach die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern „den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes“ entsprechen muss, verbleibt den Ländern ein beträchtlicher Spielraum, den auch die baden-württembergische Verfassung genutzt hat:



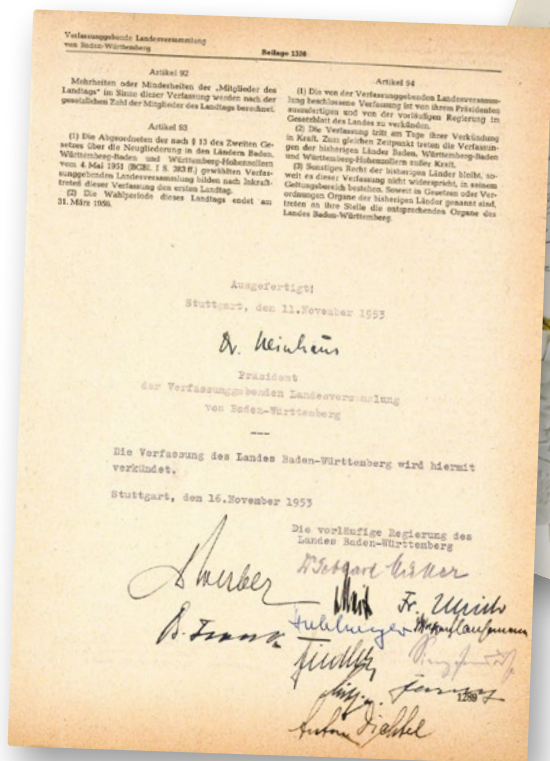
Feiert dieses Jahr 70. Geburtstag: die Landesverfassung.

Durch eine Verfassungsänderung im Jahre 2022 wurde die passive Wahlberechtigung auf 18 Jahre (Art. 28 LV) und die aktive Wahl- und Stimmberechtigung auf 16 Jahre abgesenkt (Art. 26 LV). Solche begrüßenswerten landesverfassungsrechtlichen Regelungen können eine Vorbildfunktion für die Bundesebene entfalten. So hat auch der Bundestag das Mindestalter für die Teilnahme an der Europawahl von 18 auf 16 Jahre abgesenkt.

Auch direktdemokratische Verfahren werden (bislang noch ausschließlich) auf der Landesebene erprobt: Während das Grundgesetz keine im engeren Sinne direktdemokratischen Verfahren kennt, sind auf der Landesebene repräsentative und direktdemokratische Verfahren regelmäßig eng miteinander verzahnt. Durch zwei Verfassungsänderungen in den Jahren 1974 und 2015 wurde eine deutliche Stärkung der direkten Demokratie auf der Landesebene und der kommunalen Ebene vorangetrieben: Erst 1974 wurde die Möglichkeit eines Volksbegehrens eingeführt, während Volksabstimmungen

Schon gewusst?

Die Verfassung Baden-Württembergs fußt nicht nur auf dem Grundgesetz, sondern gleichermaßen auf den älteren Verfassungen der Vorgängerländer Württemberg-Baden (November 1946), Württemberg-Hohenzollern (Mai 1947) und Baden (Mai 1947). Diese hatten schon beachtliche Impulse für das Grundgesetz gegeben. Man denke nur an das konstruktive Misstrauensvotum, das Carlo Schmid (SPD) in der Verfassung von Württemberg-Baden verankert hatte. Mit ihrem ersten Hauptteil – Vom Mensch und seinen Ordnungen – stellt die Verfassung Baden-Württembergs mit starkem christlichen Bezug und vor dem Erfahrungshorizont des NS-Terrors die Menschen in den Mittelpunkt. Hier stehen die Achtung vor der Freiheit des Einzelnen und die Bindung des Staates an Normen im Mittelpunkt, die über ihm stehen und auch ihn verpflichten. Hier werden zudem die landespolitischen Kernkompetenzen „Erziehung und Unterricht“ beschrieben. Im zweiten Hauptteil wird dann der Aufbau der politischen Institutionen geregelt. (LpB)



Links das schlichte Original der Verfassung vom 11. November 1953, fünf Tage später von den Mitgliedern der vorläufigen Regierung unterzeichnet, rechts die repräsentative Ausführung auf Pergament und mit Präsesiegel, die erst 1955 angefertigt wurde.



zur Auflösung des Landtags und in den Fällen des Art. 60 II, III (heutige Fassung) bereits zuvor vorgesehen waren. 2015 wurde die Einflussnahme des Volkes auf das Parlament durch die Einführung eines Volksantrags erweitert und die Möglichkeit zur unmittelbaren Entscheidung durch Volksbegehren und Volksentscheid – insbesondere durch Absenkung der notwendigen Quoren (jeweils um 40 v. H. des ursprünglichen Quorums) – erleichtert. Diese Änderungen ergingen in Reaktion auf die anhaltende Kritik an der vorherigen Gesetzesfassung, die hohe Hürden für die Durchführung einer Volksabstimmung aufstellte.

Die dargestellten Verfassungsentwicklungen reagieren auf gesellschaftspolitische Forderungen und bilden Änderungen der politischen Wirklichkeit ab. Dies ist der baden-württem-

bergischen Landesverfassung in der Vergangenheit gut gelungen. Für die Zukunft sei es ihr angeraten, sich noch stärker auf ihren ursprünglichen Gestaltungsauftrag zu besinnen, mehr zu agieren als zu reagieren. Wie möchte die Gesellschaft mit künftigen Herausforderungen (wie Digitalisierung oder Klimakrise) und hieraus auch resultierenden Verteilungskonflikten umgehen? Wie erfolgt eine bessere Integration der Gesellschaft (etwa durch Stärkung der Kinderrechte und durchgängige Berücksichtigung der Interessen künftiger Generationen oder durch Erweiterungen des Wahlrechts über Staatsangehörige hinaus)? Wie gelingt eine Stärkung des politischen Bewusstseins (etwa durch neue Formen der Bürgerbeteiligung)? Zusammenfassend: Welches Gesellschafts- und Menschenbild möchte die Landesverfassung zeichnen?

Der Landtag feiert

Am **19. November 1953** ist die Verfassung des Landes Baden-Württemberg in Kraft getreten. **70 Jahre Landesverfassung** werden im Rahmen einer Veranstaltung am **Dienstag, 28. November 2023**, in der Lobby im Haus des Landtags gewürdigt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht natürlich das Geburtstagskind Landesverfassung und deren Genese unter Würdigung der drei „Vorgängerlande“ des heutigen Baden-Württemberg und deren Verfassungen. Neben diesem wichtigen geschichtlichen Aspekt wird der Blick aber auch auf die Gegenwart bzw. auf die Auswirkungen der Landesverfassung auf das heutige Leben gerichtet. Angefragt sind Prof. Dr. Philipp Gassert, Zeithistoriker an der Universität Mannheim, für eine Impulsrede zu den drei Verfassungen im Südwesten und ihrem Einfluss auf Landesverfassung und Grundgesetz; für eine Podiumsrunde Prof. Dr. Daniela Winkler (Universität Stuttgart), Landesbischofin Prof. Dr. Heike Springhart sowie Schülerinnen und Schüler vom Landes-schülerbeirat und Studierende.





„Die Landtagskollegen waren nicht zimperlich“

Die CDU-Politikerin Dr. Renate Hellwig gehört zu den unbeugsamen Frauen der Bonner Republik, deren Geschichte im Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen“ – eine Produktion von 2020 – von Regisseur Torsten Körner erzählt wird. Mutig und unerschrocken haben sich die Frauen ihr Recht auf demokratische Beteiligung erkämpft. Im Gespräch mit Präsidentin Muhterem Aras spricht Dr. Renate Hellwig über ihren Kampf für Gleichberechtigung auch in der Politik – und über harte Lehrjahre im Landtag von Baden-Württemberg.

Präsidentin: Liebe Frau Dr. Hellwig, Sie waren unser Gast im Landtag, als wir anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2023 auf Initiative der frauenpolitischen Sprecherinnen den Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen“ gezeigt haben. Wenn man den Film anschaut, dann ist man wirklich erschrocken über die absolut frauenfeindliche Stimmung im Bundestag. Woher haben Sie und Ihre Kolleginnen die Kraft genommen, stark und unbeugsam zu bleiben?

Hellwig: Wir haben uns gegenseitig ermutigt. Wenn die eine signalisiert hat, sie lässt sich nichts gefallen, dann hat die andere das als Beispiel genommen. Das funktionierte über Parteigrenzen hinweg. Wir waren ja alle gebrannte Kinder. Wir alle hatten seit Beginn unserer Karrieren Frauenfeindlichkeit im

politischen Alltag erlebt, ich persönlich seit 1972 im Landtag von Baden-Württemberg und später dann im Bundestag. Die Landtagskollegen waren nicht zimperlich. Als ich die frauenfeindliche Stimmung in meiner Fraktion einmal heftig kritisiert hatte – ich weiß gar nicht mehr, um welches Thema es ging –, da stand einer der Herren auf und gab mir eine Ohrfeige. Ich habe ihm sofort eine zurückgegeben.

Präsidentin: Mutige Reaktion! Man könnte also sagen, der Landtag von Baden-Württemberg war eine gute Schule, um sich als Frau auch auf der männerdominierten Bundesbühne zu behaupten.

Hellwig: Ja, das kann man so sagen.

Präsidentin: Ich bewundere Ihren Mut und Ihre Kraft, die Sie in vielen Parla-

mentsreden gezeigt haben. Und dann haben Sie, ungeachtet der vielen Kämpfe für die Sache der Frauen, auch Ihren Humor nicht verloren. Wie haben Sie das geschafft?

Hellwig: Ich habe die Politik immer wie ein großes Spiel gesehen. Mal gewinnt man, mal verliert man. Dann steht man auf und kämpft weiter. Aber den Humor darf man niemals verlieren.

Präsidentin: Ich finde diese Haltung wunderbar. Vielen Dank, dass Sie Ihren reichen Schatz an Lebenserfahrung mit uns teilen. Gibt es rückblickend ein Erlebnis, an das Sie besonders gerne zurückdenken?

Hellwig: Hausfrauen benötigten vor 50 Jahren eine Genehmigung vom Ehemann, um ein eigenes Konto einzurichten,



Zu Gast beim Internationalen Frauentag 2023 im Landtag:
Dr. Renate Hellwig.



Die CDU-Abgeordnete Renate Hellwig bei einer Sitzung des Bundestags im Jahr 1981. Vor ihr im Gespräch (v. l.) Oppositionsführer Helmut Kohl, Norbert Blüm und Theodor Waigel.



Der Landtag und seine Mitglieder

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes.“

„Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung.“

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

– Artikel 27 der Landesverfassung –

→ **Redaktionschluss**

25. Mai 2023 (Innenteil)

Der Landtag



„Das Parlament ist nicht nur Träger der gesetzgebenden Gewalt, also der Legislative, es ist auch Kontrolleur der Regierung.“

Wesentliches Merkmal des parlamentarischen Regierungssystems ist die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung. Sie kommt in erster Linie zum Ausdruck in der Kompetenz des Parlaments, den Regierungschef zu wählen und ihn zu stürzen. Das Letztere, die Abwahl des Ministerpräsidenten, ist nach der Landesverfassung – entsprechend dem Vorbild des Grundgesetzes – nur in der Form des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums möglich, das heißt in der Weise, dass der Landtag einen Nachfolger für den Ministerpräsidenten wählt, den er ablösen will. Überhaupt bedarf jede Berufung eines Ministers/einer Ministerin durch den Ministerpräsidenten der Bestätigung durch den Landtag. Außerdem kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten den Ministerpräsidenten zwingen, ein Mitglied seiner Regierung zu entlassen. Dem Landtag ist von der Verfassung damit – anders als dem Bundestag – eine unmittelbare Mitsprache auch bei der Zusammensetzung der Regierung eingeräumt.

Der Landtag kontrolliert das Handeln der Regierung. Dieser Verfassungsauftrag macht einen wesentlichen Teil des Alltagsgeschehens im Landesparlament aus. Dem Landtag steht hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung. Genannt sei etwa das Recht des Plenums und der Landtagsausschüsse, Regierungsmitglieder herbeizuzitieren, damit diese dem Parlament Rede und Antwort stehen. So kann jede und jeder Abgeordnete in der Fragestunde vor dem Plenum des Landtags kurze Mündliche Anfragen an die Regierung richten. Solche Anfragen – sie müssen der Präsidentin spätestens drei Tage vor der Sitzung vorliegen – werden von der Regierung vor dem Plenum kurz beantwortet. Darüber hinaus haben die Abgeordneten die Möglichkeit, im Rahmen einer Regierungsbefragung an die Landesregierung Fragen von aktuellem Interesse zu richten. Das Thema einer Frage und das für die Beantwortung zuständige Ministerium müssen die Fraktionen bis 17 Uhr am Vortag der Sitzung benennen.

Jedes Mitglied des Parlaments kann außerdem schriftlich sogenannte Kleine Anfragen einbringen, die von der Präsidentin an die Landesregierung weitergeleitet und von dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich beantwortet werden. Große Anfragen werden von mindestens 15 Abgeordneten oder einer Fraktion zu politisch bedeutsamen Themen eingebracht und können – nach vorheriger schriftlicher Stellungnahme der Regierung – zu einer Debatte im Plenum führen.

Zu Themen von aktuellem und allgemeinem Interesse kann von einer Fraktion oder Gruppe eine Aktuelle Debatte vor dem Plenum beantragt werden. Ein Mittel, aktuelle Themen im Parlament schnell zur Sprache zu bringen, ist auch der Dringliche Antrag, der in der jeweils nächsten Plenarsitzung behandelt werden muss. Dringlich sind Anträge, die Immunität einer/eines Abgeordneten aufzuheben, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, einen Minister oder eine Ministerin zu entlassen oder einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Andere Anträge können vom Präsidium durch einen einmütigen Beschluss oder vom Landtagsplenum durch Mehrheitsbeschluss für dringlich erklärt werden. Gebräuchliche Mittel der Einwirkung auf das Handeln der Regierung sind außerdem Anträge aus der Mitte des Hauses, die darauf abzielen, die Regierung um bestimmte Maßnahmen zu ersuchen. Zum Bereich der Regierungskontrolle gehören schließlich Untersuchungsausschüsse und die Beschlüsse des Landtags zu Petitionen.

Das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen (Gesetzesinitiativrecht), steht der Regierung und den Abgeordneten zu, prinzipiell aber auch dem Volk. In der Praxis macht die Regierung von ihrem Initiativrecht in größerem Umfang Gebrauch als die Abgeordneten. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Landtags müssen von mindestens acht Abgeordneten oder einer Fraktion unterzeichnet sein. Die Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei oder drei Beratungen (Lesungen) behandelt.

Das Präsidium

Zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan

Das Präsidium fungiert als zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan des Parlaments. Die Sitzungstermine des Plenums, der Ausschüsse sowie der Fraktionen und deren Arbeitskreise werden hier auf ein Jahr im Voraus festgelegt. Auch die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen werden vom Präsidium erstellt und die Redezeiten vereinbart. Das Präsidium erörtert alle grundsätzlichen Fragen in den Beziehungen des Parlaments zur Landesregierung. Ferner legt es den Haushaltsentwurf für Sach- und Personalausgaben des Landtags vor. Dem Präsidium gehören 22 Mitglieder an.



Präsidium



Präsidentin:
Muhterem Aras,
GRÜNE



Vizepräsident:
Dr. Wolfgang
Reinhart,
CDU



Vizepräsident:
Daniel Born,
SPD

GRÜNE

Aras
Erikli
Hildenbrand
Holmberg
Krebs
Lede Abal
Poreski
Schwarz, Andreas

CDU

Blenke
Deuschle
Hagel
Hartmann-Müller
Dr. Reinhart
Schweizer

SPD

Binder
Born
Stoch

FDP/DVP

Haußmann
Dr. Kern
Dr. Rülke

AfD

Baron
Lindenschmid

Die Ausschüsse

Im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und gründlichen Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse setzt der Landtag eine ganze Reihe von Ausschüssen ein. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für das Finanzwesen, die Bildungspolitik oder den Umweltschutz. Die Ausschüsse befassen sich mit den Angelegenheiten, die ihnen – in

der Regel vom Plenum – im Einzelfall überwiesen worden sind, und geben Beschlussempfehlungen. Darüber hinaus können die Ausschüsse auch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 22.



Ständiger Ausschuss



Vorsitzender:
Guido Wolf, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Ruben Rupp, AfD

GRÜNE

Cataltepe
Evers
Häusler
Hentschel
Kern
Lede Abal
Schwarz,
Andrea
Tuncer

CDU

Blenke
Deuschle
von Eyb
Dr. Löffler
Stächele
Wolf

SPD

Binder
Weber
Dr. Weirauch

FDP/DVP

Goll
Scheerer
Weinmann

AfD

Klos
Rupp

Der Ständige Ausschuss wahrt als sogenanntes Zwischenparlament nach Ablauf der Wahlperiode oder nach einer vorzeitigen Landtagsauflösung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung. Während der Wahlperiode hat der Ständige Ausschuss die Aufgaben eines Fachausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen sowie für Medienpolitik und Datenschutz.



Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen



Vorsitzender:
Ulli Hockenberger, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Schwarz, GRÜNE

GRÜNE

Cataltepe
Häffner
Hildenbrand
Lede Abal
Schwarz,
Andrea
Seimer
Sperling
Tuncer

CDU

Blenke
Gehring
Hockenberger
Huber
Mayr
Dr. Miller

SPD

Binder
Hoffmann
Ranger

FDP/DVP

Goll
Karrais
Weinmann

AfD

Goßner
Lindenschmid

Das Aufgabengebiet des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen umfasst insbesondere die sogenannte Innere Sicherheit, also Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz. Daneben befassen sich die Ausschussmitglieder unter anderem mit der Digitalisierung, dem Kommunal- und Sparkassenwesen sowie der Entwicklung der Landesverwaltung.



Ausschuss für Finanzen



Vorsitzender:
Martin Rivoir, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Sarah Schweizer, CDU

GRÜNE

Erikli
Evers
Knopf
Pix
Dr. Rösler
Saebel
Salomon
Seimer

CDU

Hockenberger
Mack
Dr. Reinhart
Dr. Schütte
Schweizer
Wald

SPD

Fink
Gruber
Rivoir

FDP/DVP

Bonath
Brauer
Fischer

AfD

Dr. Hellstern
Dr. Podeswa

Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand – damit setzt sich der Ausschuss für Finanzen auseinander. Hier werden alle Fragen erörtert, die den Landeshaushalt und somit die Finanz- und Steuerpolitik betreffen.



Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport



Vorsitzende:
Petra Häffner, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Katrín Steinhülb-Joos, SPD

GRÜNE

Dr. Aschhoff
Bauer
Häffner
Mettenleiter
Nentwich
Poreski
Saint-Cast
Wehinger

CDU

Dr. Becker
Gehring
Hailfinger
Dr. Miller
Staab
Sturm

SPD

Born
Dr. Fulst-Blei
Steinhülb-Joos

FDP/DVP

Birstock
Dr. Kern
Trauschel

AfD

Dr. Balzer
Hörner

Alles, was mit schulischer Bildung und dem Schulwesen zusammenhängt, wird im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beraten. Daneben gehören zu seinem Zuständigkeitsbereich unter anderem Kleinkindbetreuung, Kindergärten, vorschulische Bildung, Angelegenheiten des Sports sowie die Beziehungen zu den Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften.



Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst



Vorsitzende:
Nese Erikli, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Rainer Balzer, AfD

GRÜNE

Dr. Aschhoff
Erikli
Joukov
Knopf
Köhler
Saint-Cast
Salomon
Seemann

CDU

Dr. Becker
Deuschle
Dr. Preusch
Dr. Schütte
Sturm
Wolf

SPD

Dr. Kliche-
Behnke
Rivoir
Rolland

FDP/DVP

Birnstock
Brauer
Dr. Kern

AfD

Dr. Balzer
Bamberger

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst befasst sich in erster Linie mit dem Hochschulwesen, also Universitäten und anderen Hochschulen. Dabei geht es besonders um die Förderung der Forschung und Lehre. Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs zählen aber auch zu seinem Aufgabenbereich. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Pflege der Kunst, also etwa die Unterstützung von Museen und Theatern.



Ausschuss für Umwelt, Klima, und Energiewirtschaft



Vorsitzender:
Daniel Karrais, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzender:
Alexander Schoch, GRÜNE

GRÜNE

Behrens
Krebs
Mettenleiter
Niemann
Nüssle
Dr. Rösler
Schoch
Sperling

CDU

Hailfinger
Haser
Dr. Pfau-
Weller
Dr. Schütte
Schuler
Vogt

SPD

Gruber
Rolland
Steinhül-
Joos

FDP/DVP

Bonath
Hoher
Karrais

AfD

Dr. Hellstern
Steyer

Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energiepolitik, Immissionsschutz sowie Wasser- und Abfallwirtschaft sind die Themen, mit denen sich der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beschäftigt. Von zentraler Bedeutung ist die Energiewende. Deshalb sind die erneuerbaren Energien sowie die Entsorgung radioaktiver Stoffe und die Atom-
aufsicht häufig Gegenstand der Beratungen.



Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus



Vorsitzender:
Dr. Erik Schweickert, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Schindele, CDU

GRÜNE

Bauer
Frey
Grath
Häusler
Herkens
Niemann
Schoch
Tok

CDU

Dörflinger
Hailfinger
Mack
Dr. Reinhart
Schindele
Vogt

SPD

Dr. Fulst-Blei
Wahl
Dr. Weirauch

FDP/DVP

Reith
Scheerer
Dr. Schweickert

AfD

Gögel
Rupp

Zentrale Themen sind Wirtschafts-, Mittelstands-, Innovations- und Standortpolitik sowie Wirtschaftsförderung. Wichtig sind ebenso die Bereiche Geld- und Kreditwesen, Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Außenwirtschaft sowie der Tourismus in Baden-Württemberg.



Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration



Vorsitzender:
Florian Wahl, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Dorothea Wehinger,
GRÜNE

GRÜNE

Hildenbrand
Knopf
Köhler
Krebs
Poreski
Seemann
Tuncer
Wehinger

CDU

Bückner
Huber
Mayr
Dr. Preusch
Sturm
Teufel

SPD

Kenner
Dr. Kliche-
Behnke
Wahl

FDP/DVP

Fischer
Haußmann
Reith

AfD

Eisenhut
Wolle

Das Themenspektrum im Ausschuss für Soziales und Integration ist breit gefächert: von Sozialversicherung über Gesundheitswesen, Pflege sowie Kinder- und Jugendpolitik bis hin zu Chancengleichheit und Familienpolitik. Außerdem befasst sich das Gremium vor allem mit den Grundsatzfragen der Integrationspolitik.



Ausschuss für Verkehr



Vorsitzender:
Rüdiger Klos, AfD
Stellv. Vorsitzender:
August Schuler, CDU

GRÜNE

Achterberg
Braun
Gericke
Hentschel
Joukov
Katzenstein
Marwein
Nüssle

CDU

Bückner
Dörflinger
Hartmann-
Müller
Mayr
Dr. Pfau-
Weller
Schuler

SPD

Hoffmann
Röderer
Storz

FDP/DVP

Haag
Dr. Jung
Scheerer

AfD

Klauß
Klos

Ob Auto, Bahn, Schiff oder Flugzeug – Mobilität ist ein wichtiges Thema im Ausschuss für Verkehr. Damit einhergehend spielen in den Ausschussberatungen Straßenbau und Lärmschutz eine große Rolle.



Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz



Vorsitzender:
Martin Hahn, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Klaus Hoher, FDP/DVP

GRÜNE

Behrens
Bogner-
Uden
Braun
Hahn
Holmberg
Nentwich
Pix
Waldbüßer

CDU

Burger
Epple
von Eyb
Haser
Schweizer
Teufel

SPD

Röderer
Storz
Weber

FDP/DVP

Fischer
Heitlinger
Hoher

AfD

Eisenhut
Stein

Die Förderung des ländlichen Raums, Tierschutz, Landschaftspflege und -entwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft sind zentrale Themen im Ausschuss für Ländlichen Raum. Ebenso zählen Ernährung und der Verbraucherschutz zum Themengebiet des Gremiums.



Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen



Vorsitzende:
Christiane Staab, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Christian Jung,
FDP/DVP

GRÜNE

Achterberg
Gericke
Grath
Häusler
Hahn
Holmberg
Saebel
Tok

CDU

Burger
Neumann-
Martin
Dr. Pfau-
Weller
Schindele
Staab
Wald

SPD

Born
Hoffmann
Ranger

FDP/DVP

Haag
Dr. Jung
Dr. Schweickert

AfD

Goßner
Klauß

Landesentwicklung und Wohnen sind zentrale Inhalte des Gremiums. Außerdem spielen Raumordnung und Bautechnik eine große Rolle.



Ausschuss für Europa und Internationales



Vorsitzender:
Willi Stächele, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Bogner-Uden,
GRÜNE

GRÜNE

Bogner-
Uden
Frey
Herken
Joukov
Kern
Marwein
Mettenleiter
Nüssle

CDU

Hartmann-
Müller
Dr. Löffler
Schuler
Schweizer
Stächele
Vogt

SPD

Cuny
Fink
Steinhülb-
Joos

FDP/DVP

Goll
Heitlinger
Trauschel

AfD

Bamberger
Sänze

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschäftigt sich insbesondere mit den für das Land relevanten Vorhaben der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er für Fragen der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zuständig.



Petitionsausschuss



Vorsitzender:
Thomas Marwein, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Andreas Kenner, SPD

GRÜNE

Achterberg
Herken
Katzenstein
Marwein
Salomon
Seimer
Waldbüßer
Wehinger

CDU

Bückner
Epple
Gehring
Dr. Miller
Neumann-
Martin
Schindele

SPD

Cuny
Kenner
Ranger

FDP/DVP

Birnstock
Heitlinger
Dr. Jung

AfD

Hörner
Stein

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, sich mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die sich durch eine Behörde des Landes ungerecht behandelt fühlen. Der Petitionsausschuss darf – im Unterschied zu den Gerichten – nicht nur die Rechtmäßigkeit einer behördlichen Entscheidung überprüfen, sondern auch deren Zweckmäßigkeit.



Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft



Vorsitzender:
Alexander Salomon, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Dr. Natalie Pfau-Weller,
CDU

GRÜNE

Dr. Aschhoff
Cataltepe
Köhler
Krebs
Salomon

CDU

Dr. Miller
Dr. Pfau-
Weller
Dr. Preusch
Staab

SPD

Dr. Kliche-
Behnke
Wahl

FDP/DVP

Karrais
Reith

AfD

Wolle

Als externe Mitglieder wurden gewählt:

Prof. Dr. Marius R. Busemeyer, Universität Konstanz, Leiter der Arbeitsgruppe für Vergleichende Politische Ökonomie, Prof. Dr. Astrid Elsbernd, Hochschule Esslingen, Leiterin des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Marco Krüger, Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (Wahlvorschläge der Grünen-Fraktion); Dr. Christoph Müller, Hauptgeschäftsführer Netze BW GmbH, und Joachim Walter, Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg und Landrat des Landkreises Tübingen (Wahlvorschläge der CDU-Fraktion); Dr. Daniela Harsch, Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur Tübingen (Wahlvorschlag der SPD-Fraktion); Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg (Wahlvorschlag der Fraktion FDP/DVP); Wahlvorschlag der AfD: N. N.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ soll Handlungsempfehlungen erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. Dabei soll sie sich insbesondere auf die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.



Untersuchungsausschuss „IdP & Beförderungspraxis“



Vorsitzende:
Daniela Evers, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Boris Weirauch,
SPD

GRÜNE

Evers
Häffner
Hentschel
Hildenbrand
Sperling

CDU

Gehring
Dr. Löffler
Staab
Stächele

SPD

Binder
Weirauch

FDP/DVP

Goll
Weinmann

AfD

Goßner

Untersuchungsausschuss „Handeln des Innenministers und des Innenministeriums im Fall des Verdachts der sexuellen Belästigung gegen den Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg und Beurteilungs-, Beförderungs- und Stellenbesetzungsverfahren in der Polizei Baden-Württemberg (UsA IdP & Beförderungspraxis)“



Die Abgeordneten und ihre 70 Wahlkreise

1 Stuttgart I

Muhterem Aras **GRÜNE**

2 Stuttgart II

Winfried Hermann **GRÜNE**
Friedrich Haag **FDP/DVP**

3 Stuttgart III

Oliver Hildenbrand **GRÜNE**
Dr. Reinhard Löffler **CDU**

4 Stuttgart IV

Petra Olschowski **GRÜNE**
Katrin Steinhilb-Joos **SPD**

5 Böblingen

Thekla Walker **GRÜNE**
Dr. Matthias Miller **CDU**
Florian Wahl **SPD**

6 Leonberg

Peter Seimer **GRÜNE**
Sabine Kurtz **CDU**
Hans Dieter Scheerer **FDP/DVP**

7 Esslingen

Andrea Lindlohr **GRÜNE**
Andreas Deuschle **CDU**
Nicolas Fink **SPD**

8 Kirchheim

Andreas Schwarz **GRÜNE**
Dr. Natalie Pfau-Weller **CDU**
Andreas Kenner **SPD**

9 Nürtingen

Winfried Kretschmann **GRÜNE**
Dennis Birstock **FDP/DVP**

10 Göppingen

Ayla Cataltepe **GRÜNE**
Sarah Schweizer **CDU**
Hans-Jürgen Gofner **AfD**

11 Geislingen

Nicole Razavi **CDU**
Sascha Binder **SPD**

12 Ludwigsburg

Silke Gericke **GRÜNE**

13 Vaihingen

Dr. Markus Rösler **GRÜNE**
Konrad Epple **CDU**

14 Bietigheim-Bissingen

Tayfun Tok **GRÜNE**
Tobias Vogt **CDU**

15 Waiblingen

Swantje Sperling **GRÜNE**
Siegfried Lorek **CDU**
Julia Goll **FDP/DVP**

16 Schorndorf

Petra Häffner **GRÜNE**
Christian Gehring **CDU**
Jochen Haußmann **FDP/DVP**

17 Backnang

Ralf Nentwich **GRÜNE**
Gernot Gruber **SPD**
Daniel Lindenschmid **AfD**

18 Heilbronn

Gudula Achterberg **GRÜNE**
Nico Weinmann **FDP/DVP**

19 Eppingen

Erwin Köhler **GRÜNE**
Dr. Michael Preusch **CDU**
Dr. Rainer Podeswa **AfD**
Georg Heitlinger **FDP/DVP**

20 Neckarsulm

Armin Waldbüßer **GRÜNE**
Isabell Huber **CDU**
Carola Walle **AfD**
Klaus Ranger **SPD**

21 Hohenlohe

Catherine Kern **GRÜNE**
Arnulf Freiherr von Eyb **CDU**
Anton Baron **AfD**

22 Schwäbisch Hall

Jutta Niemann **GRÜNE**
Stephen Brauer **FDP/DVP**
Udo Stein **AfD**

23 Main-Tauber

Dr. Wolfgang Reinhart **CDU**

24 Heidenheim

Martin Grath **GRÜNE**
Andreas Stoch **SPD**

25 Schwäbisch Gmünd

Martina Häusler **GRÜNE**
Tim Bückner **CDU**
Ruben Rupp **AfD**

26 Aalen

Winfried Mack **CDU**

27 Karlsruhe I

Dr. Ute Leidig **GRÜNE**

28 Karlsruhe II

Alexander Salomon **GRÜNE**

29 Bruchsal

Ulli Hockenberger **CDU**
Dr. Rainer Balzer **AfD**

30 Bretten

Andrea Schwarz **GRÜNE**
Ansgar Mayr **CDU**
Dr. Christian Jung **FDP/DVP**

31 Ettlingen

Barbara Saevel **GRÜNE**
Christine Neumann-Martin **CDU**
Alena Trauschel **FDP/DVP**

32 Rastatt

Thomas Hentschel **GRÜNE**
Dr. Alexander Becker **CDU**
Jonas Weber **SPD**

33 Baden-Baden

Hans-Peter Behrens **GRÜNE**
Tobias Wald **CDU**

34 Heidelberg

Theresia Bauer **GRÜNE**

35 Mannheim I

Dr. Susanne Aschhoff **GRÜNE**
Dr. Stefan Fulst-Blei **SPD**

36 Mannheim II

Elke Zimmer **GRÜNE**
Dr. Boris Weirauch **SPD**

37 Wiesloch

Norbert Knopf **GRÜNE**
Christiane Staab **CDU**

38 Neckar-Odenwald

Peter Hauk **CDU**

39 Weinheim

Fadime Tuncer **GRÜNE**
Sebastian Cuny **SPD**

40 Schwetzingen

Dr. Andre Baumann **GRÜNE**
Andreas Sturm **CDU**
Daniel Born **SPD**



41 Sinsheim

Hermann Katzenstein **GRÜNE**
Dr. Albrecht Schütte **CDU**
Jan-Peter Röderer **SPD**

42 Pforzheim

Felix Herkens **GRÜNE**
Dr. Hans-Ulrich Rülke **FDP/DVP**
Alfred Bamberger **AfD**

43 Calw

Thomas Blenke **CDU**
Miguel Klauß **AfD**

44 Enz

Stefanie Seemann **GRÜNE**
Dr. Erik Schweickert **FDP/DVP**
Bernd Gögel **AfD**

45 Freudenstadt

Katrin Schindele **CDU**
Dr. Timm Kern **FDP/DVP**
Dr. Uwe Hellstern **AfD**

46 Freiburg I

Daniela Evers **GRÜNE**

47 Freiburg II

Nadyne Saint-Cast **GRÜNE**
Gabriele Rolland **SPD**

48 Breisgau

Reinhold Pix **GRÜNE**
Dr. Patrick Rapp **CDU**

49 Emmendingen

Alexander Schoch **GRÜNE**

50 Lahr

Sandra Boser **GRÜNE**
Marion Gentges **CDU**

51 Offenburg

Thomas Marwein **GRÜNE**
Volker Schebesta **CDU**

52 Kehl

Bernd Mettenleiter **GRÜNE**
Willi Stächele **CDU**

53 Rottweil

Stefan Teufel **CDU**
Daniel Karrais **FDP/DVP**
Emil Sänze **AfD**

54 Villingen-Schwenningen

Martina Braun **GRÜNE**
Frank Bonath **FDP/DVP**

55 Tuttlingen-Donaueschingen

Guido Wolf **CDU**
Nikolai Reith **FDP/DVP**
Rüdiger Klos **AfD**

56 Konstanz

Nese Erikli **GRÜNE**

57 Singen

Dorothea Wehinger **GRÜNE**
Hans-Peter Storz **SPD**
Bernhard Eisenhut **AfD**

58 Lörrach

Josef Frey **GRÜNE**
Jonas Hoffmann **SPD**

59 Waldshut

Niklas Nüssle **GRÜNE**
Sabine Hartmann-Müller **CDU**

60 Reutlingen

Thomas Poreski **GRÜNE**

61 Hechingen-Münsingen

Cindy Holmberg **GRÜNE**
Manuel Hailfinger **CDU**
Rudi Fischer **FDP/DVP**
Joachim Steyer **AfD**

62 Tübingen

Daniel Ledé Abal **GRÜNE**
Dr. Dorothea Kliche-Behnke **SPD**

63 Balingen

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut **CDU**
Hans-Peter Hörner **AfD**

64 Ulm

Michael Joukov **GRÜNE**
Martin Rivoir **SPD**

65 Ebingen

Manuel Hagel **CDU**

66 Biberach

Thomas Dörflinger **CDU**

67 Bodensee

Martin Hahn **GRÜNE**
Klaus Hoher **FDP/DVP**

68 Wangen

Petra Krebs **GRÜNE**
Raimund Haser **CDU**

69 Ravensburg

Manfred Lucha **GRÜNE**
August Schuler **CDU**

70 Sigmaringen

Andrea Bogner-Unden **GRÜNE**
Klaus Burger **CDU**



Andreas Schwarz

Als Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion ist Andreas Schwarz Generalist in allen landespolitischen Themen. Er spricht für seine Fraktion im Landtag und vor den Medien. Er ist direkt gewählter Abgeordneter aus Kirchheim unter Teck (Wahlkreis 8). Geboren wurde er 1979, er ist verheiratet und lebt mit Frau und Tochter in seiner Heimatstadt Kirchheim. Andreas Schwarz ist studierter Wirtschaftsjurist und hält zudem einen Master of Business Administration. Privat fährt er leidenschaftlich Rennrad und engagierte sich in jungen Jahren sowohl bei der Freiwilligen Feuerwehr als auch als Stadt- und Kreisrat in der Kommunalpolitik.



Achterberg, Gudula, geboren 1965, Diplom-Betriebswirtin (FH), MdL seit 01.02.2022, Wahlkreis 18, Heilbronn



Aras, Muhterem, geboren 1966, Diplom-Ökonomin, Steuerberaterin, Landtagspräsidentin, MdL seit 2011, Wahlkreis 1, Stuttgart I



Dr. Aschhoff, Susanne, geboren 1971, Tierärztin, MdL seit 2021, Wahlkreis 35, Mannheim I



Bauer, Theresia, geboren 1965, Ministerin a. D., MdL seit 2001, Wahlkreis 34, Heidelberg



Dr. Baumann, Andre, geboren 1973, Staatssekretär, Dipl.-Biologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 40, Schwetzingen



Behrens, Hans-Peter, geboren 1961, Dipl.-Ing. (FH) Elektro-/ Nachrichtentechnik, MdL seit 2019, Wahlkreis 33, Baden-Baden



Bogner-Unden, Andrea, geboren 1955, Oberstudienrätin, MdL seit 2016, Wahlkreis 70, Sigmaringen



Boser, Sandra, geboren 1976, Staatssekretärin, Diplom-Betriebswirtin, MdL seit 2011, Wahlkreis 50, Lahr



Braun, Martina, geboren 1960, Biobäuerin, PTA, MdL seit 2016, Wahlkreis 54, Villingen-Schwenningen



Cataltepe, Ayla, geboren 1972, Parlamentarische Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen



Erikli, Nese, geboren 1981, Projektleiterin, MdL seit 2016, stv. Fraktionsvorsitzende, Wahlkreis 56, Konstanz



Evers, Daniela, geboren 1971, Rechtsanwältin, MdL seit 2021, Wahlkreis 46, Freiburg I



Frey, Josef, geboren 1959, Diplom-Sozialpädagoge (FH), MdL seit 2011, Wahlkreis 58, Lörrach



Gericke, Silke, geboren 1974, Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 12, Ludwigsburg



Grath, Martin, geboren 1960, Bäckermeister, Betriebswirt des Handwerks, MdL seit 2016, Wahlkreis 24, Heidenheim



Häffner, Petra, geboren 1964, Heilpraktikerin, Physiotherapeutin, MdL seit 2011, Wahlkreis 16, Schorndorf



Häusler, Martina, geboren 1964, Betriebswirtin (VWA), MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd



Hahn, Martin, geboren 1963, Landwirtschaftsmeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 67, Bodensee



Hentschel, Thomas, geboren 1964, Rechtsanwalt, MdL seit August 2016, Wahlkreis 32, Rastatt



Herkens, Felix, geboren 1995, Student, MdL seit 2021, Wahlkreis 42, Pforzheim



Hermann, Winfried, geboren 1952, Minister für Verkehr, MdL 1984–1988 und seit 2016, Wahlkreis 2, Stuttgart II



Hildenbrand, Oliver, geboren 1988, Psychologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 3, Stuttgart III



Holmberg, Cindy, geboren 1975, Wirtschaftskorrespondentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen



Joukov, Michael, geboren 1981, Dipl.-Wirtschaftswissenschaftler, MdL seit 2021, Wahlkreis 64, Ulm



Katzenstein, Hermann, geboren 1969, Diplom-Physiker, wissenschaftlicher Angestellter, MdL seit 2016, Wahlkreis 41, Sinsheim



Kern, Catherine, geboren 1961, freiberufliche Sprachdozentin und Übersetzerin, MdL seit 2021, Wahlkreis 21, Hohenlohe



Knopf, Norbert, geboren 1967, Sozialversicherungsangestellter, MdL seit 2021, Wahlkreis 37, Wiesloch



Köhler, Erwin, geboren 1995, Kunst- und Kulturmanager, MdL seit 2021, Wahlkreis 19, Eppingen



Krebs, Petra, geboren 1969, Krankenschwester, MdL seit 2016, Wahlkreis 68, Wangen



Kretschmann, Winfried, geboren 1948, Ministerpräsident, MdL 1980–1984, 1988–1992 und seit 1996, Wahlkreis 9, Nürtingen



Lede Abal, Daniel, geboren 1976, Geschäftsführer, MdL seit 2011, Wahlkreis 62, Tübingen



Dr. Leidig, Ute, geboren 1963, Staatssekretärin, Psychologin, MdL seit 2019, Wahlkreis 27, Karlsruhe I



Lindlohr, Andrea, geboren 1975, Staatssekretärin, Politikwissenschaftlerin, MdL seit 2011, Wahlkreis 7, Esslingen



Lucha, Manfred, geboren 1961, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration, MdL seit 2011, Wahlkreis 69, Ravensburg



Marwein, Thomas, geboren 1958, Bauingenieur, Vermessungstechniker, MdL seit 2011, Wahlkreis 51, Offenburg



Mettenleiter, Bernd, geboren 1971, Lehrer, MdL seit 2021, Wahlkreis 52, Kehl



Nentwich, Ralf, geboren 1982, Realschullehrer, MdL seit 2021, Wahlkreis 17, Backnang



Niemann, Jutta, geboren 1970, Diplom-Physikerin, MdL seit 2016, Wahlkreis 22, Schwäbisch Hall



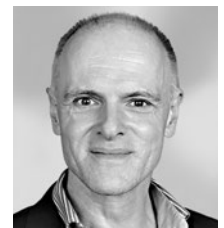
Nüssle, Niklas, geboren 1994, Chemie- und Bioingenieur, MdL seit 2021, Wahlkreis 59, Waldshut



Olschowski, Petra, geboren 1965, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, MdL seit 2021, Wahlkreis 4, Stuttgart IV



Pix, Reinhold, geboren 1955, Diplom-Forstwirt, Weingutsinhaber, MdL seit 2006, Wahlkreis 48, Breisgau



Poreski, Thomas, geboren 1963, Diplom-Pädagoge, Diplom-Sozialarbeiter, Geschäftsführer, MdL seit 2011, Wahlkreis 60, Reutlingen



Dr. Rösler, Markus,
geboren 1961,
Landschaftsökologe,
Landschaftsökonom,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen



Saebel, Barbara,
geboren 1959,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen



Saint-Cast, Nadyne,
geboren 1979,
Politikwissen-
schaftlerin M.A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 47,
Freiburg II



Salomon, Alexander,
geboren 1986,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 28,
Karlsruhe II



Schoch, Alexander,
geboren 1954,
Politologe, Geograf,
Diplom-Pädagoge,
Gewerkschaftssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 49,
Emmendingen



Schwarz, Andrea,
geboren 1957,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 30,
Bretten



Seemann, Stefanie,
geboren 1959,
Soziologin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz



Seimer, Peter,
geboren 1993,
Steuerfahnder,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg



Sperling, Swantje,
geboren 1983,
Politikwissen-
schaftlerin M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen



Tok, Tayfun,
geboren 1986,
Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen



Tuncer, Fadime,
geboren 1969,
Politologin,
MdL seit 21.02.2022,
Wahlkreis 39,
Weinheim



Waldbüßer, Armin,
geboren 1960,
selbstständiger
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm



Walker, Thekla,
geboren 1969,
Ministerin für Umwelt,
Klima und Energie-
wirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 5,
Böblingen



Wehinger, Dorothea,
geboren 1953,
Erzieherin, Fort-
bildnerin, Coach,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 57,
Singen



Zimmer, Elke,
geboren 1966,
Staatssekretärin,
Diplom-Handels-
lehrerin,
MdL seit Dezember
2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

Fraktion GRÜNE im Landtag

Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-6000
E-Mail: post@gruene.landtag-bw.de
www.gruene-landtag-bw.de



Manuel Hagel

Direktmandat Wahlkreis 65, Ehingen; geboren 1988, verheiratet, zwei Kinder; nach der Ausbildung zum Bankkaufmann folgte 2009 eine Weiterbildung zum Bankfachwirt und anschließend ein Studium zum Dipl.-Bankbetriebswirt an der Frankfurt School of Finance & Management. Bis zu seinem Einzug in den Landtag war er Filialdirektor der Sparkasse in Ehingen. Hagel trat 2006 der CDU bei, seit 2010 ist er Mitglied des Kreisvorstands der CDU Alb-Donau-Ulm und seit 2019 dessen Vorsitzender. Von 2016 bis 2021 war er Generalsekretär der Südwest-Union. Am 4. Mai 2021 wählte ihn die Landtagsfraktion zu ihrem Vorsitzenden.



Dr. Becker, Alexander, geboren 1972, Musikwissenschaftler, MdL seit 2019, Wahlkreis 32, Rastatt



Blenke, Thomas, geboren 1960, Volljurist, MdL seit 2001, Wahlkreis 43, Calw



Bückner, Tim, geboren 1983, Kreisgeschäftsführer, MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd



Burger, Klaus, geboren 1958, Bankkaufmann, Geschäftsstellenleiter, MdL seit 2012, Wahlkreis 70, Sigmaringen



Deuschle, Andreas, geboren 1978, Rechtsanwalt, MdL seit 2011, Wahlkreis 7, Esslingen



Dörfinger, Thomas, geboren 1969, Bankkaufmann, Dipl.-Betriebswirt (FH), MdL seit 2016, Wahlkreis 66, Biberach



Epple, Konrad, geboren 1963, Schlossermeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 13, Vaihingen



Freiherr von Eyb, Arnulf, geboren 1955, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, MdL seit 2011, Wahlkreis 21, Hohenlohe



Gehring, Christian, geboren 1979, Kriminalhauptkommissar, MdL seit 2021, Wahlkreis 16, Schorndorf



Gentges, Marion, geboren 1971, Rechtsanwältin, Ministerin der Justiz und für Migration, MdL seit 2016, Wahlkreis 50, Lahr



Hailfinger, Manuel, geboren 1982, Justiziar, MdL seit 2021, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen



Hartmann-Müller, Sabine, geboren 1962, Dipl.-Betriebswirtin (FH), MdL seit Oktober 2017, Wahlkreis 59, Waldshut



Haser, Raimund, geboren 1975, Dipl.-Betriebswirt (BA), Wirtschaftsredakteur, Autor, Verleger, MdL seit 2016, Wahlkreis 68, Wangen



Hauk, Peter, geboren 1960, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, MdL seit 1992, Wahlkreis 38, Neckar-Odenwald



Hockenberger, Ulli, geboren 1956, Bürgermeister a. D., MdL seit 2016, Wahlkreis 29, Bruchsal



Dr. Hoffmeister-Kraut, Nicole, geboren 1972, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, MdL seit 2016, Wahlkreis 63, Balingen



Huber, Isabell, geboren 1987, Master of Arts Public Management, MdL seit Januar 2019, Wahlkreis 20, Neckarsulm



Kurtz, Sabine, geboren 1961, Staatssekretärin, MdL seit 2006, Wahlkreis 6, Leonberg



Dr. Löffler, Reinhard, geboren 1954, Rechtsanwalt, MdL seit 2021, Wahlkreis 3, Stuttgart III



Lorek, Siegfried, geboren 1977, Polizeioberrat a. D., Staatssekretär, MdL seit 2016, Wahlkreis 15, Waiblingen



Mack, Winfried, geboren 1965, Diplom-Verwaltungswissenschaftler, MdL seit 2001, Wahlkreis 26, Aalen



Mayr, Ansgar, geboren 1972, Dipl.-Betriebswirt (BA), MdL seit 2021, Wahlkreis 30, Bretten



Dr. Miller, Matthias, geboren 1991, Notarassessor, MdL seit 2021, Wahlkreis 5, Böblingen



Neumann-Martin, Christine, geboren 1986, Master of Arts der Erwachsenenbildung, MdL seit 2016, Wahlkreis 31, Ettlingen



Dr. Pfau-Weller, Natalie, geboren 1987, wiss. Mitarbeiterin, MdL seit 2021, Wahlkreis 8, Kirchheim



Dr. Preusch, Michael, geboren 1975, Arzt, MdL seit 2021, Wahlkreis 19, Eppingen



Dr. Rapp, Patrick, geboren 1969, Dipl.-Forstwirt, Staatssekretär, MdL seit 2011, Wahlkreis 48, Breisgau



Razavi, Nicole, geboren 1965, Parlamentsrätin a. D., Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, MdL seit 2006, Wahlkreis 11, Geislingen



Dr. Reinhart, Wolfgang, geboren 1956, Rechtsanwalt, stellv. Landtagspräsident, MdL seit 1992, Wahlkreis 23, Main-Tauber



Schebesta, Volker, geboren 1971, Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, MdL seit 2001, Wahlkreis 51, Offenburg



Schindele, Katrin, geboren 1987, Entwicklungsingenieurin, MdL seit 2021, Wahlkreis 45, Freudenstadt



Dr. Schütte, Albrecht, geboren 1970, Dipl.-Physiker, MdL seit 2016, Wahlkreis 41, Sinsheim



Schuler, August, geboren 1957, selbstständiger Gastronom, MdL seit 2016, Wahlkreis 69, Ravensburg



Schweizer, Sarah, geboren 1983, Rechtsanwältin, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen



Staab, Christiane, geboren 1968, Bürgermeisterin a. D., MdL seit 2021, Wahlkreis 37, Wiesloch



Stächele, Willi, geboren 1951, Minister a. D., Rechtsanwalt, MdL seit 1992, Wahlkreis 52, Kehl



Sturm, Andreas, geboren 1986, Studienrat, MdL seit 2021, Wahlkreis 40, Schwetzingen



Teufel, Stefan, geboren 1972, Industriekaufmann, Betriebswirt (GA), MdL seit 2006, Wahlkreis 53, Rottweil



Vogt, Tobias, geboren 1985, Kfz-Technikermeister, Betriebswirt M. A., MdL seit 2021, Wahlkreis 14, Bietigheim-Bissingen



Wald, Tobias, geboren 1973, Bankkaufmann, Diplom-Betriebswirt (FH), MdL seit 2011, Wahlkreis 33, Baden-Baden



Wolf, Guido, geboren 1961, Minister a. D., MdL seit 2006, Wahlkreis 55, Tuttlingen-Donaueschingen

CDU-Landtagsfraktion

Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-8013
E-Mail: post@cdu.landtag-bw.de
www.cdufraktion-bw.de



Andreas Stoch

Wahlkreis 24, Heidenheim; geboren 1969, verheiratet, vier Kinder; seit Mai 2016 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Der Rechtsanwalt (Anwaltstätigkeit ruht) trat 1990 in die SPD ein, 1987 bis 1991 war er Juso-Kreisvorsitzender. Mitglied des Landtags seit 1. April 2009, Parlamentarischer Geschäftsführer von Mai 2011 bis Januar 2013; Minister für Kultus, Jugend und Sport von Januar 2013 bis Mai 2016. Seit November 2018 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.



Binder, Sascha, geboren 1983, Rechtsanwalt, MdL seit 2011, Wahlkreis 11, Geislingen



Born, Daniel, geboren 1975, Landtagsvizepräsident, MdL seit 2016, Wahlkreis 40, Schwetzingen



Cuny, Sebastian, geboren 1978, Politikwissenschaftler, MdL seit 2021, Wahlkreis 39, Weinheim



Fink, Nicolas, geboren 1976, Diplom-Verwaltungswirt (FH), MdL seit Januar 2019, Wahlkreis 7, Esslingen



Dr. Fulst-Blei, Stefan, geboren 1968, Berufsschullehrer, MdL seit 2011, Wahlkreis 35, Mannheim I



Gruber, Gernot, geboren 1963, Diplom-Mathematiker, Politikwissenschaftler, MdL seit 2011, Wahlkreis 17, Backnang



Hoffmann, Jonas, geboren 1985, Wirtschaftsinformatiker B. Sc., MdL seit 2021, Wahlkreis 58, Lörrach



Kenner, Andreas, geboren 1956, Altenpfleger, MdL seit 2016, Wahlkreis 8, Kirchheim



Dr. Kliche-Behnke, Dorothea, geboren 1981, Referentin der Geschäftsleitung, MdL seit 2021, Wahlkreis 62, Tübingen



Ranger, Klaus, geboren 1961, Bankfachwirt, MdL seit 2021, Wahlkreis 20, Neckarsulm



Rivoir, Martin, geboren 1960, Diplom-Ingenieur, MdL seit 2001, Wahlkreis 64, Ulm



Röderer, Jan-Peter, geboren 1986, Molekularbiologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 41, Sinsheim



Rolland, Gabriele, geboren 1963, Diplom-Verwaltungswirtin (FH), MdL seit 2011, Wahlkreis 47, Freiburg II



Steinhül-Joos, Katrin, geboren 1966, Schulleiterin, MdL seit 2021, Wahlkreis 4, Stuttgart IV



Storz, Hans-Peter, geboren 1960, Religionslehrer, MdL seit 2021, Wahlkreis 57, Singen



Wahl, Florian, geboren 1984, lfd. Angestellter, MdL seit 2021, Wahlkreis 5, Böblingen



Weber, Jonas, geboren 1982, Politikwissenschaftler, MdL seit 2018, Wahlkreis 32, Rastatt



Dr. Weirauch, Boris, geboren 1977, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, MdL seit 2016, Wahlkreis 36, Mannheim II

SPD-Landtagsfraktion

Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-719
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
www.spd-landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw
www.instagram.com/spdlandtag_bw



Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wahlkreis 42, Pforzheim, ist Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP. Geboren 1961 in Tuttlingen, verheiratet, drei Kinder. Studiendirektor (beurlaubt), von 2001 bis 2006 Fachberater für Politik beim Oberschulamt Karlsruhe. Mitglied des Landtags seit 2006. Seit 1999 im Pforzheimer Gemeinderat, seit 2001 Vorsitzender der FDP-Gemeinderatsfraktion und seit 2019 Erster Ehrenamtlicher Gemeinderätlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Pforzheim. Stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Mitglied im Bundespräsidium der FDP.



Birnstock, Dennis, geboren 1991, Biotechnologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 9, Nürtingen



Bonath, Frank, geboren 1972, Dipl.-Volkswirt, MdL seit 2021, Wahlkreis 54, Villingen-Schwenningen



Brauer, Stephen, geboren 1970, Dipl.-Handelslehrer, MdL seit 2018, Wahlkreis 22, Schwäbisch Hall



Fischer, Rudi, geboren 1954, Maschinenbautechniker und technischer Betriebswirt, MdL seit Juli 2019, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen



Goll, Julia, geboren 1964, Richterin am Landgericht a. D., MdL seit 2021, Wahlkreis 15, Waiblingen



Haag, Friedrich, geboren 1989, Unternehmer, Landwirt im Nebenerwerb, MdL seit 2021, Wahlkreis 2, Stuttgart II



Haußmann, Jochen, geboren 1966, Diplom-Betriebswirt (DH), MdL seit 2011, Wahlkreis 16, Schorndorf



Heitlinger, Georg, geboren 1970, Landwirt, MdL seit 2021, Wahlkreis 19, Eppingen



Hoher, Klaus, geboren 1968, Landwirt, MdL seit 2016, Wahlkreis 67, Bodensee



Dr. Jung, Christian, geboren 1977, Historiker, Studiendirektor a. D., MdL seit 2021, Wahlkreis 30, Bretten



Karrais, Daniel, geboren 1990, Maschinenbauingenieur, MdL seit 2018, Wahlkreis 53, Rottweil



Dr. Kern, Timm, geboren 1972, Gymnasiallehrer, MdL seit 2011, Wahlkreis 45, Freudenstadt



Reith, Nikolai, geboren 1969, Versicherungsmakler, MdL seit 2021, Wahlkreis 55, Tuttlingen-Donauesschingen



Scheerer, Hans Dieter, geboren 1958, Rechtsanwalt, MdL seit 2021, Wahlkreis 6, Leonberg



Dr. Schweickert, Erik, geboren 1972, Professor für Internationale Weinwirtschaft, MdL seit 2016, Wahlkreis 44, Enz



Trauschel, Alena, geboren 1999, Studentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 31, Ettlingen



Weinmann, Nico, geboren 1972, Rechtsanwalt, MdL seit 2016, Wahlkreis 18, Heilbronn

FDP/DVP-Landtagsfraktion

Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de



Anton Baron

Wahlkreis 21, Hohenlohe; geboren 1987, verheiratet. Wirtschaftsingenieur, B. Eng., Produktmanager. Sprecher des AfD-Kreisverbands Hohenlohe/Schwäbisch Hall. Mitglied des Gemeinderats der Stadt Öhringen, AfD-Gruppensprecher im Kreistag des Hohenlohekreises; seit Januar 2023 Fraktionsvorsitzender der AfD.



Dr. Balzer, Rainer, geboren 1959, Ingenieur, Studiendirektor, MdL seit 2016, Wahlkreis 29, Bruchsal



Bamberger, Alfred, geboren 1957, Dipl.-Informatiker, MdL seit 05.01.2022, Wahlkreis 42, Pforzheim



Eisenhut, Bernhard, geboren 1958, Kaufmann, MdL seit 2021, Wahlkreis 57, Singen



Gögel, Bernd, geboren 1955, selbstständiger Speditionskaufmann und Geschäftsführer, MdL seit 2016, Wahlkreis 44, Enz



Goßner, Hans-Jürgen, geboren 1970, Angestellter, MdL seit 2021, Wahlkreis 10, Göppingen



Dr. Hellstern, Uwe, geboren 1960, Dipl.-Chemiker, MdL seit 2021, Wahlkreis 45, Freudenstadt



Hörner, Hans-Peter, geboren 1951, Oberstudienrat a. D., MdL seit 2021, Wahlkreis 63, Balingen



Klauß, Miguel, geboren 1986, techn. Betriebswirt, MdL seit 2021, Wahlkreis 43, Calw



Klos, Rüdiger, geboren 1960, Landtagsabgeordneter, MdL seit 2016, Wahlkreis 55, Tuttlingen-Donaueschingen



Lindenschmid, Daniel, geboren 1992, Fachinformatiker für Systemintegration, MdL seit 2021, Wahlkreis 17, Backnang



Dr. Podeswa, Rainer, geboren 1957, Physiker, MdL seit 2016, Wahlkreis 19, Eppingen



Rupp, Ruben, geboren 1990, wiss. Referent, MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd



Sänze, Emil, geboren 1950, Geschäftsführer, MdL seit 2016, Wahlkreis 53, Rottweil



Stein, Udo, geboren 1983, Kaufmann im Einzelhandel, MdL seit 2016, Wahlkreis 22, Schwäbisch Hall



Steyer, Joachim, geboren 1966, Gas- und Wasserinstallateurmeister, MdL seit 2021, Wahlkreis 61, Hechingen-Münsingen



Wolle, Carola, geboren 1963, Dipl.-Kauffrau, MdL seit 2016, Wahlkreis 20, Neckarsulm

AfD-Landtagsfraktion

Haus der Abgeordneten
Urbanstr. 32
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-5629
www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW

Die Fraktionen

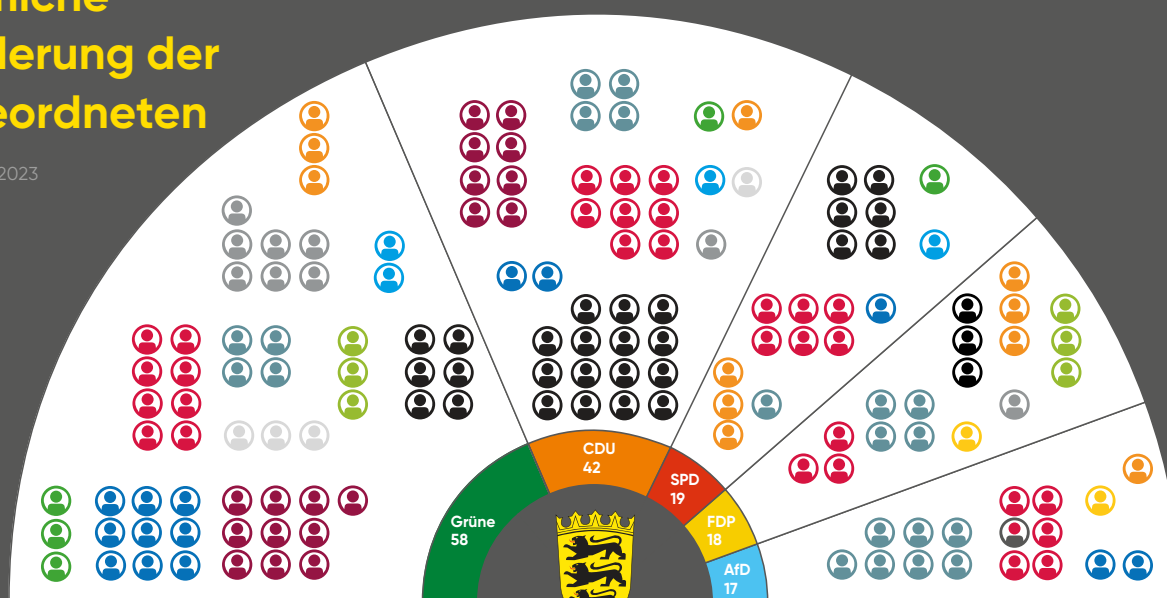
Die Fraktionen sind die politischen Gliederungen, in denen die Abgeordneten derselben Partei zusammengeschlossen sind. In den Fraktionen formiert sich die politische Haltung der Abgeordneten einer Partei zu den im Plenum und in den Ausschüssen anstehenden Entscheidungen und Debatten.

Aus den Fraktionen kommt ein großer Teil der politischen Initiativen für die Parlamentsarbeit. Auch in organisatorischer Hinsicht sind die Parlamentsfraktionen wichtige Einheiten, ohne die das Parlament nicht arbeitsfähig wäre. Die Planung und Steuerung der Parlamentsarbeit beruht weithin auf Absprachen unter den Parlamentsfraktionen. Auch der Ablauf der Debatten im Plenum ist in weitgehendem Maße nach Fraktionen geordnet, etwa wenn dort das Wort der Rednerin oder dem Redner für eine Fraktion oder im Rahmen des Redezeitkontingents ihrer/seiner Fraktion erteilt wird.

Die Fraktionen haben das Vorschlagsrecht oder Benennungsrecht bei einer Vielzahl von Personalentscheidungen, zum Beispiel für die Besetzung der Landtagsausschüsse, für den Vorsitz in den Ausschüssen und für die Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten. Sie sind selbstständig initiativberechtigt, das heißt, sie können Gesetzentwürfe und andere Anträge einbringen, die vom Vorsitzenden der Fraktion unterzeichnet sind. Für die verschiedenen Sachgebiete der Landespolitik haben die Fraktionen Arbeitskreise gebildet, die vor allem Initiativen der Fraktion vorbereiten und die Beratungen der Ausschüsse begleiten. Die Fraktionen verfügen über einen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beraterinnen und Beratern.

Berufliche Gliederung der Abgeordneten

Stand: April 2023



Häufigste Berufsgruppen im Landtag (Sitze insgesamt: 154)

- | | | | | | |
|----------------------|----------------------|--|-------------------------|--|------------------------------------|
| Recht und Verwaltung | Lehrer/-innen | Landesbehörden, Polizei | Medizinisch Tätige | Sozialer Bereich | Verbände, Parteien, Gewerkschaften |
| Privatwirtschaft | Regierungsmitglieder | Unternehmer/-innen, selbstständig Tätige, Gewerbetreibende | Landwirtschaft, Weinbau | Pensionäre/ Pensionärinnen, Rentner/-innen | Andere Berufe |



Das Kabinett

Die Landesregierung besteht aus dem **Ministerpräsidenten, Ministerinnen** und **Ministern** sowie einem **Staatssekretär** für Medienpolitik und einer **Staatsrätin** für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, jeweils mit Stimmrecht in der Regierung. Drei **Staatssekretäre** sowie 10 **politische Staatssekretäre** unterstützen die Landesregierung in ihrer Arbeit.

Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
(GRÜNE), MdL

Stellv. Ministerpräsident,
Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen
Thomas Strobl
(CDU)

Minister für Finanzen
Dr. Danyal Bayaz
(GRÜNE)

Ministerin für Kultur,
Jugend und Sport
Theresa Schopper
(GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst
Petra Olschowski
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
Thekla Walker
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
(CDU), MdL

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration
Manfred Lucha
(GRÜNE), MdL

Minister für Ernährung, Ländlichen
Raum und Verbraucherschutz
Peter Hauk
(CDU), MdL

Ministerin der Justiz
und für Migration
Marion Gentges
(CDU), MdL

Minister für Verkehr
Winfried Hermann
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Landes-
entwicklung und Wohnen
Nicole Razavi
(CDU), MdL

Landtags-ABC

A

→ Abgeordnete/Abgeordneter

Gewähltes Mitglied des Parlaments. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Art. 27 Abs. 3 der Landesverfassung).

→ Anhörung (Hearing)

Öffentliche Anhörungen werden von Ausschüssen zur Information über ein bestimmtes Thema veranstaltet. Indem Sachverständige hinzugezogen werden, sollen die Abgeordneten umfassend informiert werden. Es gibt Anhörungen auch im Rahmen der Gesetzgebung, die zum Teil sogar von der Verfassung (Art. 71 Abs. 4) vorgeschrieben sind (Beispiel: Anhörung der kommunalen Landesverbände bei Änderungen der Gemeindeordnung).

→ Ausschüsse

Parlamentsausschüsse haben die Aufgabe, die Beschlüsse des Plenums vorzubereiten. Sie sind der Ort für eine gründliche und detaillierte Beratung. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für Finanzen und Wirtschaft, Bildung oder Umweltschutz. Die Zahl der Mitglieder beträgt in allen Fachausschüssen 22.

B

→ Bannmeile

Ein abgegrenztes Gelände rund um das Landtagsgebäude in der Konrad-Adenauer-Straße 3 wurde in einem Gesetz zur Bannmeile erklärt; dort sind Versammlungen und Demonstrationen grundsätzlich verboten. Der Sperrbezirk soll physischen und psychischen Druck vom Parlament abwenden.

D

→ Demokratie

Volksherrschaft (griechisch: Demokratie) bedeutet, die Staatsleitung liegt in den Händen des Volkes. Nach der Form der Beteiligung des Volkes – direkt oder indirekt – unterscheidet man a) direkte Demokratie und b) indirekte Demokratie (auch: repräsentative Demokratie) durch die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten (Abgeordneten) in die Parlamente. Bei uns wird die Herrschaft des Volkes vorwiegend indirekt ausgeübt. Die vom Volk frei gewählten Abgeordneten im Landtag wählen die Regierung; der Landtag, das Parlament, besitzt somit eine herausragende Stellung (parlamentarische Demokratie).

→ Diäten/Abgeordnetenbezüge

Die Abgeordnetenbezüge, auch Diäten genannt, sind das berufliche Einkommen der Abgeordneten aus ihrer Mandatsstätigkeit. Sie sichern zugleich die Unabhängigkeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Eine Landtagsabgeordnete/Ein Landtagsabgeordneter erhält ab 1. Juli 2023 eine steuerpflichtige Entschädigung von monatlich 8.383 Euro. Die Anpassung erfolgt jedes Jahr zum 1. Juli. Hinzu kommt eine steuerfreie Aufwandsentschädigung zur Bestreitung der mandatsbedingten Aufwendungen.

→ Drucksachen

Schriftliche Vorlagen in gedruckter Form an das Parlament, zum Beispiel Anfragen oder Gesetzentwürfe, werden Drucksachen genannt. Sie tragen eine Nummer und werden an alle Abgeordneten verteilt.

E

→ Enquetekommission

Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, beantragt wird. Der Enquetekommission können auch sachverständige Personen angehören, die nicht Mitglied des Landtags sind. Die Enquetekommission erstattet dem Landtag einen abschließenden schriftlichen Bericht.

→ Exekutive

Die staatlichen Funktionen (Gewalten) sind gemäß dem Grundgesetz und der Landesverfassung in drei Bereiche zu teilen: Gesetzgebung (Legislative), vollziehende Gewalt (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Die Exekutive, also Regierung und Verwaltung, ist an Gesetz und Recht gebunden und hat die von der Legislative beschlossenen Gesetze auszuführen.

F

→ Föderalismus

Nach dem Prinzip des Föderalismus werden mehrere Gliedstaaten zu einem Gesamtstaat (Bund) zusammengefasst. Der Bund ist für Angelegenheiten zuständig, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einheitlich im Bundesgebiet gestaltet werden müssen. Die übrigen Aufgaben werden von den Gliedstaaten – den Ländern – erfüllt.



F

→ Fraktion

Die Abgeordneten des Parlaments, die derselben Partei angehören, schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Der Fraktionsstatus wird bei einer Mindestzahl von sechs Abgeordneten zuerkannt. Derzeit gibt es im Landtag fünf Fraktionen (GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD). Fraktionen können zum Beispiel Gesetzentwürfe, Anträge oder Große Anfragen einbringen.

→ Fünfprozentklausel

Bei der Verteilung der Mandate auf die Parteien im Verhältnis ihrer Stimmen werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der in Baden-Württemberg abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Auch bei Bundestagswahlen gibt es eine Fünfprozentklausel (für die Zuteilung von Sitzen über die Landeslisten).

G

→ Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung regelt die Organisation und den Ablauf der dem Landtag übertragenen Geschäfte (zum Beispiel Gesetzgebungsverfahren, Wahlen im Landtag, Überwachung der Regierungstätigkeit durch Anfragen, Anträge und anderes mehr).

→ Gesetz

Unter einem Gesetz versteht man die für jede Bürgerin/jeden Bürger verbindlichen generellen Anordnungen, die vom Parlament beschlossen werden.

→ Gewaltenteilung

Gewaltenteilung soll die Zusammenballung von staatlicher Macht in einer Hand (bei einer Person oder einem Staatsorgan) verhindern, um einem Missbrauch der Macht vorzubeugen. Der französische Staatsphilosoph Montesquieu schlug im 18. Jahrhundert vor, die Staatsgewalt in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt) aufzuteilen. Dementsprechend sieht sowohl das Grundgesetz (in Artikel 20) als auch die Landesverfassung (in Artikel 25) die Aufteilung auf drei Staatsgewalten vor. Gewaltenteilung bedeutet aber keine strikte Trennung der drei Gewalten voneinander; diese sind zum Teil voneinander abhängig (Beispiel: Wahl des Ministerpräsidenten und der Richter/-innen des Verfassungsgerichtshofs durch den Landtag).

H

→ Haushalt (Budget, Etat)

Der Haushalt des Landes legt vorab alle voraussichtlichen Einnahmen und geplanten Ausgaben des Landes fest. Er wird vom Landtag jeweils für ein oder für zwei Jahre (Doppelhaushalt) beschlossen. Bestandteile des Haushalts sind das Haushaltsgesetz sowie der Haushaltsplan. Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes durch den Landtag beschlossen. Die Feststellung des Haushalts (Budgetrecht) ist eines der ältesten Rechte der Parlamente.

I

→ Immunität

Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht ohne Genehmigung des Landtags strafrechtlich verfolgt oder festgenommen werden. Dies gilt nicht, wenn die Abgeordnete/der Abgeordnete auf frischer Tat oder am darauffolgenden Tag festgenommen wird. Dieses Recht dient dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten (Art. 38 der Landesverfassung).

→ Indemnität

Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht wegen einer Äußerung oder wegen ihres/seines Abstimmungsverhaltens im Landtag gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden, auch nicht mit Genehmigung des Landtags. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrer/seiner Abgeordnetentätigkeit. Dieses Recht dient dazu, die Rede- und Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten speziell bei der Ausübung des Parlamentsmandats zu sichern (Art. 37 der Landesverfassung).

→ Inkompatibilität

Die Regelung, dass eine Abgeordnete/ein Abgeordneter nicht gleichzeitig verschiedene Ämter ausüben kann, bezeichnet man als Inkompatibilität (Unvereinbarkeit). Mitglieder des Landtags können nicht zugleich als Richter/-innen, Staatsanwälte/-anwältinnen, Landräte/-rätinnen, Bürgermeister/-innen oder Beamte/Beamtinnen mit leitenden Aufgaben tätig sein.

J

→ Judikative

Die dritte, rechtsprechende Gewalt (Judikative) tritt im Rahmen der Gewaltenteilung neben Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Exekutive (vollziehende Gewalt). Sie ist unabhängig, nur dem Gesetz unterworfenen Richterinnen und Richtern anvertraut.

K

→ Koalition

Wenn nach einer Wahl keine Partei die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, können sich zwei oder mehr Fraktionen zusammenschließen, um mit der Mehrheit der Mandate einen Regierungschef zu wählen. Eine Koalition unterstützt das Regierungsprogramm und tritt in der Regel bei Abstimmungen im Parlament geschlossen auf. Die Bildung einer Koalition erfordert von den beteiligten Fraktionen Kompromissbereitschaft; jede Fraktion muss in ihren Entscheidungen Rücksicht auf den oder die Koalitionspartner nehmen. Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es seit 2016 eine Koalition zwischen GRÜNEN und CDU.

K

→ Kontrolle

Der Landtag überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt und kontrolliert die Regierung. Kontrollinstrumente sind vor allem: Fragerecht (Anfragen, Regierungsbefragung) und parlamentarische Debatten, Zitierrecht (der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung verlangen, es herbeizutieren), Untersuchungsrecht (ein Viertel aller Abgeordneten oder zwei Fraktionen können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen, der ein weitgehendes Recht auf Auskunft hat und gerichtsähnlich arbeitet) und Misstrauensvotum (hat die Regierung das Vertrauen der Mehrheit verloren, kann der Ministerpräsident durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden; Art. 54 Abs. 1 der Landesverfassung).

L

→ Landesregierung

Der Ministerpräsident, die Landesminister sowie die Staatssekretäre mit Kabinettsrang und die ehrenamtlichen Staatsräte bilden die Landesregierung. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, die weiteren Regierungsmitglieder werden vom Ministerpräsidenten berufen und durch den Landtag bestätigt. Die Mitglieder der Landesregierung sind zumeist gleichzeitig Abgeordnete. Die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich. Durch Misstrauensvoten kann der Landtag sowohl dem Ministerpräsidenten als auch (mit Zweidrittelmehrheit) einzelnen Mitgliedern der Regierung das Vertrauen entziehen. Regierung und Verwaltung bilden die Exekutive.

→ Legislative

Als Legislative bezeichnet man im Rahmen der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt. Sie ist auf Landesebene dem Landtag übertragen.

→ Legislaturperiode

Bei der Legislaturperiode handelt es sich um die durch Wahl legitimierte Amtszeit eines Parlaments. Die Legislatur- oder auch Wahlperiode dauert in Baden-Württemberg fünf Jahre.

→ Lesungen

Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei Beratungen (Lesungen) behandelt. Besonders wichtige Vorhaben wie Verfassungsänderungen oder Haushaltsgesetze benötigen drei Lesungen.

→ Lobby

In der Lobby, dem Vorraum des Plenarsaals, finden Besprechungen unter den Abgeordneten und mit Regierungsvertretern statt, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern und Interessenvertreterinnen/-vertretern.

M

→ Mandat

Auftrag (auch Sitz) der/des Abgeordneten im Parlament: In der Bundesrepublik spricht man von einem „freien“ Mandat, da die Abgeordnete/der Abgeordnete nicht an Weisungen ihrer/seiner Partei oder ihrer/seiner Wählerinnen und Wähler gebunden ist – das wäre ein „imperatives“ Mandat.

→ Mehrheit

Der Landtag fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit. In der Regel genügt eine einfache Mehrheit, bei der die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigen muss. Die relative Mehrheit ist oftmals bei Wahlen entscheidend, sie ist etwa bei Landtagswahlen maßgebend für die Erstauszählung der Stimmen in den Wahlkreisen. Dabei gilt die Kandidatin/der Kandidat als gewählt, auf die/den im Verhältnis (Relation) zu den anderen Kandidatinnen/Kandidaten die meisten Stimmen entfallen. Die/Der so Gewählte erringt das Direktmandat. Von der absoluten Mehrheit spricht man, wenn mehr als die Hälfte aller Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen muss, etwa bei Art. 46 Abs. 1 der Landesverfassung: Der Ministerpräsident bedarf zu seiner Wahl der Mehrheit der Mitglieder des Landtags. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags ist erforderlich, um einem Mitglied der Landesregierung das Misstrauen auszusprechen.

N

→ Nachtragshaushalt

Wenn nach Verabschiedung des Haushalts wesentliche Änderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben des Landes notwendig werden, holt die Landesregierung dazu in einem Nachtragshaushalt die Zustimmung des Landtags ein.

O

→ Offenlegungsregeln

Die Offenlegungsregeln verpflichten die Abgeordneten, ihre beruflichen Verhältnisse, ihre Tätigkeit in Organen von Unternehmen sowie ihre Funktionen in Interessenverbänden auf Landes- oder Bundesebene zur Veröffentlichung im amtlichen Handbuch des Landtags anzugeben. Außerdem haben Parlamentarier/-innen der Landtagspräsidentin unter bestimmten Voraussetzungen eine entgeltliche Beratungstätigkeit anzuzeigen. Dasselbe gilt, wenn Abgeordnete Gutachten erstatten, publizistisch tätig sind oder Vorträge halten, sofern die Einnahmen hieraus 511 Euro im Einzelfall und 5.113 Euro jährlich übersteigen. Anzuzeigen sind der Landtagspräsidentin ferner Spenden, die Abgeordnete als Kandidatin oder als Kandidat für eine Landtagswahl oder als Mitglied des Landtags erhalten, wenn diese Zuwendungen 1.534 Euro je Spender/-in pro Jahr übersteigen. Schließlich ist es Abgeordneten untersagt, in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten auf die Mitgliedschaft im Landtag hinzuweisen.



O

→ Opposition

Die Opposition ist wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Sie hat die Aufgabe, Kritik am Regierungsprogramm öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit. Im Landtag gibt es gegenwärtig drei Oppositionsfractionen: SPD, FDP/DVP und AfD.

P

→ Partei

Unter Parteien versteht man Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf die politische Willensbildung im Bereich des Bundes oder eines Landes Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen. Die Gründung von Parteien ist frei.

→ Petition

Als Petition bezeichnet man Eingaben der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltung und Parlament; so bestimmt das Grundgesetz: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Das Petitionsrecht gehört zu den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger (Grundgesetz Art. 17).

R

→ Rechnungshof

Als unabhängige Einrichtung (den Gerichten vergleichbar) hat der Rechnungshof die ordnungsgemäße Führung des Haushalts des Landes zu überprüfen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung über das Ergebnis der Rechnungsprüfung; dabei werden auch Vorschläge zur Wirtschaftsführung gemacht.

U

→ Untersuchungsausschuss

Ein Viertel der Abgeordneten des Landtags oder zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen. Ein Untersuchungsausschuss ist die schärfste Möglichkeit der Regierungskontrolle durch das Parlament. Ihm stehen gerichtsähnliche Befugnisse zu, so zum Beispiel die Zeugenvernehmung (gegebenenfalls unter Eid) oder die Einsichtnahme in Akten (vergleiche auch Art. 35 der Landesverfassung).

V

→ Verfassung

Die Verfassung enthält die grundlegenden Vorschriften für das Funktionieren eines Staates und das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern. In der Verfassung sind auch Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landtags sowie die Wahl seiner Mitglieder festgelegt. Die Verfassung des Landes steht im Rang über allen anderen Landesgesetzen. Landesgesetze, die nicht mit der Verfassung vereinbar sind, kann der Verfassungsgerichtshof auf Antrag für nichtig erklären.

→ Verfassungsgerichtshof

Der Verfassungsgerichtshof (ehemals Staatsgerichtshof) für das Land Baden-Württemberg wacht als Verfassungsgericht über die Auslegung der Landesverfassung. Ihm gehören neun Mitglieder an: Drei sind Berufsrichter/-innen, drei nichtrichterliche Juristinnen/Juristen und drei Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt. Die Mitglieder werden vom Landtag auf neun Jahre gewählt.

→ Volksabstimmung

Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt in Art. 25: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ Im Unterschied zum Bund besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, Volksabstimmungen über Gesetze, über Verfassungsänderungen sowie über die Auflösung des Landtags durchzuführen. Näheres steht in den Artikeln 43, 60 und 64 der Landesverfassung.

→ Volksbegehren

Nach einer Verfassungsänderung von 1974 können in Baden-Württemberg Gesetzentwürfe nicht nur durch die Abgeordneten und durch die Regierung beim Landtag eingebracht werden, sondern auch durch das Volk selbst: mit Volksbegehren. Seit Dezember 2015 ist es möglich, dass ein Volksbegehren auch per Volksantrag beantragt werden kann. Innerhalb eines Jahres müssen 0,5 Prozent (ca. 39.000) der Wahlberechtigten den Volksantrag unterzeichnen, damit sich der Landtag damit befassen muss. Ist das Volksbegehren erfolglos und stimmt der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zu, findet anschließend eine Volksabstimmung statt.

W

→ Wahlrecht

Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) sind ab der kommenden Landtagswahl alle Deutschen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihre Hauptwohnung in Baden-Württemberg haben. Die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) erhält man erst mit 18 Jahren. Nach Art. 28 der Landesverfassung werden in Baden-Württemberg die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl (Bewerbung in einem der 70 Wahlkreise) mit den Grundsätzen der Verhältniswahl (Zuteilung der Mandate an die Parteien nach Stimmenproporz) verbindet. Künftig hat jeder Wähler zwei Stimmen, eine für die Wahl eines Kreiswahlvorschlags (Erststimme) und eine für die Wahl einer Landesliste (Zweitstimme). Mit der Erststimme wird eine Abgeordnete/ein Abgeordneter in einem der 70 Wahlkreise persönlich gewählt, die Zweitstimme bestimmt über die Verteilung der Sitze auf die Parteien im Landtag. Insgesamt setzt sich der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen.

weil sie ja über kein eigenes Einkommen verfügten. Das hatte mir ein Banker in Stuttgart erzählt. Auf einem Landesparteitag der CDU, die ja damals die Hausfrau in besonderen Ehren hielt, habe ich dann folgenden Antrag gestellt: Wir machen ein Gesetz, wonach das Einkommen der Ehepartner zu gleichen Teilen beiden Ehepartnern gehört. Eben um die Hausfrauen zu ehren. Bei der Abstimmung waren 80 Prozent der Delegierten nicht anwesend – sie konnten ja nicht offen dagegen sein. Das war wirklich sehr amüsant.

Präsidentin: Wie ging die Abstimmung aus?

Hellwig: Der Antrag fiel knapp durch. Aber dank Heiner Geißler, damals Generalsekretär, wurde der Vorschlag nochmals auf einem Bundesparteitag vorgestellt und verbessert angenommen. Leider wurde daraus am Ende kein Gesetz.

Präsidentin: Sie gehörten ab 1972 drei Jahre lang dem Landtag von Baden-Württemberg an, bevor Sie als Staatssekretärin nach Rheinland-Pfalz wechselten, in das von Heiner Geißler geführte Sozialministerium der Landesregierung unter Helmut Kohl. Gab es ein Herzensanliegen, das Sie im Landtag besonders verfolgt haben?

Hellwig: Bevor ich in den Landtag einzog, war ich Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kultusministerium. Es gab damals einen Run auf das Abitur, der auch stark vom Ministerium unterstützt wurde. Eine ungute Entwicklung, weil dadurch die Ausbildung in den praktischen Berufen sehr benachteiligt wurde. Ich habe darauf gedrungen, entsprechende Statistiken zu bekommen, die das belegten. Die Statistiken zeigten übrigens auch, dass es für viele Abiturienten nach dem Studium keine Jobs geben würde.

Präsidentin: Was haben Sie getan?

Hellwig: Als hochschulpolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich dafür gekämpft, die Abiturienten in den prak-

tischen Beruf umzuleiten. Mein Vorschlag war die Schaffung der Berufsakademien. Die habe ich im Landtag durchgesetzt. Lothar Späth hat sich das natürlich auf seine Fahnen geschrieben, er musste es als Ministerpräsident ja auch realisieren. Auch die Eingrenzung der Studienzeiten durch die Kontrolle der Inhalte war ein Erfolg, den ich verbuchen konnte.

Präsidentin: Ich finde, das ist eine grandiose Bilanz für drei Jahre im Landtag. Und die Berufsakademien haben sich großartig entwickelt.

Hellwig: Ja, das freut mich immer noch sehr.

Präsidentin: Als Sie dem Landtag angehörten, gab es 120 Abgeordnete, der Frauenanteil lag bei 3,3 Prozent. Wie hat sich das angefühlt?

Hellwig: Ich war in meiner Fraktion die Jüngste, meine einzige Kollegin die Älteste. Wir waren Randfiguren. Die Männer duzten sich untereinander, uns siezten sie. Wir haben ihnen dann einfach das Du angeboten. Das wurde angenommen. Damit waren wir einigermaßen als gleichberechtigt anerkannt. Aber wenn ich erklärt habe, dass wir für mehr Frauen im Landtag sorgen müssen, stieß das auf großes Unverständnis. Natürlich auch deshalb, weil die Männer um ihre Mandate fürchteten. Meine Hauptaufgabe sehe ich bis heute noch darin, Frauen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren – und auch durchzusetzen, dass die Politik menschlicher wird und familiäre Bedürfnisse berücksichtigt.



Gruppenbild mit Landtagspräsidentin Aras, Dr. Hellwig und den frauenpolitischen Sprecherinnen Dorothea Kliche-Behnke (SPD, v. l.), Stefanie Seemann (Grüne), Alena Trauschel (FDP/DVP) und Isabell Huber (CDU).

Präsidentin: Heute haben wir im Landtag einen Frauenanteil von immerhin knapp 30 Prozent. Das haben wir auch Ihnen zu verdanken. Ich bin froh, dass wir fraktionsübergreifend das Landtagswahlrecht geändert haben.

Hellwig: Ich finde das großartig!

Präsidentin: Jetzt liegt es an den Parteien, ihre Listen diverser aufzustellen, damit der nächste Landtag tatsächlich weiblicher, jünger und diverser wird. Ich bin gespannt, wie die Parteien damit umgehen. Zum Schluss noch eine letzte Frage. Wie stehen Sie zur verbindlichen Quote?

Hellwig: Dafür habe ich lange gekämpft. Ich bin davon überzeugt, dass wir die 50-Prozent-Quote brauchen. Wenn Frauen erklären, sie würden es schon aus eigener Kraft schaffen, ist das eine Selbstüberschätzung.

Präsidentin: Vielen Dank für das tolle Gespräch, liebe Frau Dr. Hellwig, ich wünsche Ihnen alles Gute!

Hellwig: Ich bedanke mich ebenfalls. Es hat mir großen Spaß gemacht.

Dr. Renate Hellwig gehört ab 1972 dem 6. Landtag von Baden-Württemberg an. Die Juristin legt im Oktober 1975 ihr Mandat als direkt gewählte Abgeordnete des Landtagswahlkreises Stuttgart IV nieder, weil sie als Staatssekretärin nach Rheinland-Pfalz wechselt. 1980 zieht sie in den Bundestag ein und holt bis 1998 jeweils das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Neckar-Zaber. Viele Jahre ist sie zudem Mitglied des Bundesvorstands der Frauen-Union und des Bundesvorstands der CDU.



Meilenstein in Paris: Bundeskanzler Adenauer (l.) und Staatspräsident de Gaulle (r.) umarmen sich nach der Vertragsunterzeichnung am 22. Januar 1963.



Grundstein der deutsch-französischen Freundschaft 60 Jahre Élysée-Vertrag



EIN BEITRAG VON REINHARD HÖNLE

Referatsleiter Europäische Angelegenheiten, Petitionen

Die deutsch-französische Freundschaft kann man angesichts der Geschichte der leidvollen Beziehungen der beiden Länder mit Fug und Recht als Wunder bezeichnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem das Naziregime Europa in ein Schlachtfeld verwandelt hatte, schien eine Versöhnung oder gar ein freundschaftliches Verhältnis der beiden Nachbarländer schwer vorstellbar.

Und heute? Gerade jüngere Menschen, etwa am Oberrhein von Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz, haben erstmals durch die Grenzschließungen zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 überhaupt bemerkt, dass es noch Grenzen zwischen den Nachbarn gibt.

Seit Jahrzehnten arbeiten Deutschland und Frankreich partnerschaftlich zusammen und sind Motoren des europäischen Einigungsprozesses.

Grundstein der deutsch-französischen Freundschaft bildet der Élysée-Vertrag zwischen beiden Ländern, dessen 60-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert werden konnte. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer den Vertrag. Vorbote für eine Versöhnung war wenige Monate zuvor die berühmte auf Deutsch gehaltene Rede von de Gaulle an die deutsche Jugend am 9. September 1962 in Ludwigsburg.

Was regelt der Élysée-Vertrag und wie konnte er zu der inzwischen engen Partnerschaft zwischen beiden Ländern in den nachfolgenden Jahrzehnten führen?

Auf politischer Ebene sieht der Vertrag regelmäßige Treffen der beiden Staats- und Regierungschefs vor. Auch verpflichten sich die Regierungen, sich in Fragen der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik, aber auch in Fragen von Bildung und Jugend eng abzustimmen. Seit der Unterzeichnung des Vertrags kommen die beiden Staatsoberhäupter regelmäßig zusammen, ungeachtet der politischen Konstellation in beiden Ländern.

Für den Erfolg des Vertrags war mit entscheidend, dass die Unterzeichner den Austausch nicht auf die politischen Akteure beschränkten, sondern die Bürgerinnen und Bürger beider Länder miteinbeziehen wollten, die sich begegnen, sich kennen und schätzen lernen sollten.

Mit Leben erfüllt wurde der Vertrag durch die Unterzeichnung zahlreicher Städte- und Gemeindeparterschaften, allein zwischen Baden-Württemberg und Frankreich entstanden rund 460 derartige Partnerschaften.

Um die Beziehungen gerade auch zwischen jungen Menschen zu verstärken und das Erlernen der Partnersprache zu erleichtern, wurde ebenfalls 1963 das Deutsch-Französische Jugendwerk



Corona hat die Grenze zwischen Baden-Württemberg und Frankreich wieder ins Bewusstsein der Menschen gerückt.



Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2019 bei der Unterzeichnung des neuen Vertrags von Aachen.

gegründet, das bis heute Millionen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Austauschprogrammen ermöglicht hat.

Der bilaterale Prozess hin zu einer engen und freundschaftlichen Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich diente aber seither auch als Motor für den europäischen Einigungsprozess, der mit den Römischen Verträgen und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 begonnen hatte.

Das deutsch-französische Tandem blieb nicht stehen, sondern rückte mit dem neuen Vertrag von Aachen, der den Élysée-Vertrag ergänzt, noch näher zusammen. Mit dem Vertrag, den Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron im Jahr 2019 unterzeichneten, soll die Abstimmung gerade auch in Fragen der Europäischen Union vertieft werden. Zudem liegt der Fokus auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die mit konkreten Projekten unterlegt ist, wie etwa dem Wiederaufbau einer Rheinbrücke für den Zugverkehr bei Breisach.

Baden-Württemberg als direktem Nachbarn Frankreichs mit einer gemeinsamen Grenze von rund 180 Kilometern Länge ist aufgrund von Geographie und Geschichte besonders an einer guten Partnerschaft mit Frankreich gelegen.

Das Land pflegt deshalb eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den französischen Nachbarn am Oberrhein. Dort hat sich in

den letzten Jahrzehnten ein gemeinsamer Lebensraum entwickelt, zu dem auch die Nordwestschweiz gehört. Dort wird Europa im Kleinen im besten Sinne gelebt. Den Gremien der trinationalen politischen Zusammenarbeit ist daran gelegen, die aufgrund der unterschiedlichen nationalen Rechtsordnungen noch bestehenden Hindernisse im Grenzraum abzubauen.

Bereits seit dem Jahr 1975 arbeiten die Regierungen und Verwaltungen am Oberrhein zusammen. Im Jahr 1997 wurde mit der Gründung des Oberrheinrates aus gewählten Regional- und Kommunalpolitikern, in dem auch Mitglieder des Landtags mitarbeiten, die demokratische Komponente der Zusammenarbeit gestärkt.

Sicher, im deutsch-französischen Verhältnis ist seit 60 Jahren viel erreicht worden. Aber gerade für die weitere Entwicklung der Europäischen Union ist der deutsch-französische Motor auch künftig unersetzlich. Landtagspräsidentin Muhterem Aras hat dies anlässlich eines Besuchs des französischen Botschafters am 16. Dezember 2022 in Stuttgart zum Ausdruck gebracht: **„Wir brauchen den deutsch-französischen Schulterchluss, um die gemeinsamen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, zu bewältigen.“** Die Europäische Union hat nur dann eine gute Zukunft, wenn sie, – wie gegen die russische Aggression und solidarisch mit der Ukraine – stark ist und geht auftritt.“



Im Gespräch:
Landtagspräsidentin
Muhterem Aras und der
französische Botschafter
François Delattre.



IM FOKUS

Christine Werner – Direktorin beim Landtag von Baden-Württemberg

Ich bin gerne mittendrin bei den Leuten



#ÜBERBLICK ⁰¹

Seit 20 Monaten – genau gesagt seit 22. September 2021 – ist die Juristin Christine Werner Direktorin beim Landtag von Baden-Württemberg. Im Auftrag der Landtagspräsidentin führt sie die Landtagsverwaltung. „Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich mich beruflich noch einmal neu orientieren konnte“, so die Juristin über ihren Wechsel von der Justiz ins Haus des Landtags. Werner studierte nach einem sozialen Jahr Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg. 1994 legte sie ihr zweites Staatsexamen in Bayern ab und trat im selben Jahr in die baden-württembergische Justiz ein. Nach Verwendungen beim Landgericht und bei der Staatsanwaltschaft Ellwangen war sie bei den Amtsgerichten Heidenheim und Ulm und später beim Landgericht Ulm (Zivilrecht) tätig, dort auch als Referendarausbilderin. Auf die Stationen Bundesverfassungsgericht (wissenschaftliche Mitarbeiterin 1. Senat bei Dr. h. c. Renate Jaeger und später bei Dr. Reinhard Gaier) und Oberlandesgericht Stuttgart (Präsidentialrichterin beim Präsidenten Eberhard Stolz) folgte eine Tätigkeit als Vorsitzende einer Strafkammer am Landgericht Ulm. Von Dezember 2008 bis November 2017 war Werner Direktorin des Amtsgerichts Heidenheim und von Dezember 2017 bis Oktober 2020 Direktorin des Amtsgerichts Schwäbisch-Gmünd. Bis zu ihrem Wechsel in den Landtag war sie Direktorin des Amtsgerichts Ulm. Christine Werner lebt mit ihrer Familie und ihren Tieren auf der Ostalb.



Darf manchmal mit ins Büro: Hündin Akira.

#RÜCKBLICK ⁰²

Wer eine neue Stelle antritt, freut sich auf viele neue Gesichter. Doch die neue Direktorin – Chefin von rund 300 Mitarbeitenden – startete während der Pandemie. „Sehr viele Menschen waren pandemiebedingt regelmäßig NICHT im Landtag. Das hat es mir schwer gemacht, die Mitarbeitenden schneller und unmittelbarer kennenzulernen. Ich bin gerne mittendrin bei den Leuten“, blickt Christine Werner zurück. Sie habe versucht, viele Einzelgespräche zu führen und sich Zeit genommen für das Kennenlernen ohne Veranstaltungen und Feste. Es war sehr schwierig, ihren Ansprüchen an die Kommunikation mit den Mitarbeitenden gerecht zu werden. In besonderer Erinnerung ist der Direktorin ihre erste Plenarsitzung – „ein ganz besonderer Moment, die Sitzung von meinem Platz hinter der Präsidentin zu erleben“. Die Abgeordneten saßen coronakonform verteilt im ganzen Plenarsaal – auch auf der Besuchertribüne. Alle trugen Maske. „Das war schon eine große Herausforderung, alle von meinem Platz aus zu erkennen.“

#AUGENBLICK 03

Es sind vielfältige Aufgaben, die zurzeit auf der Agenda der Direktorin stehen. „Ein Megaprojekt ist die Digitalisierung hier im Haus“, berichtet Christine Werner. Für die Abgeordneten werde derzeit eine Cloud-Plattform eingerichtet, die sich noch in der Pilotierungsphase befindet. Im Sommer 2023 wird damit begonnen, die Medientechnik in den Sitzungssälen auszubauen. Livestreams sollen dann aus allen Gremiensitzungen möglich werden. Außerdem soll es künftig ein Sitzungsmanagementtool geben, welches es dem Plenar- und Ausschussdienst ermöglicht, seinen Service nahezu komplett digital anzubieten. Die E-Akte ist weitestgehend etabliert. „Das ganze Haus soll papierlos werden“, betont Werner. Ein weiteres größeres Projekt ist die Auditierung „Familie und Beruf“. Schon bald stehen Strategieworkshops an, in denen mit den Mitarbeitenden herausgearbeitet werden soll, „was wir erreichen wollen und was umsetzbar ist. Ziel ist das Siegel FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Diese Zertifizierung soll bis zum Frühjahr 2024 abgeschlossen sein. Auch das Thema „Klimafreundlicher Landtag“ wird beachtet.



Im Plenarsaal: Christine Werner (r.) unterstützt Präsidentin Aras bei der Sitzungsleitung.

#EINBLICK 05

Wer Christine Werner begegnet, spürt, dass hier jemand ist, der für den Landtag „brennt“. Sie sagt, dass es für sie die richtige Entscheidung war, zum Landtag zu wechseln. „Ich fühle mich hier in jeder Hinsicht gefordert, aber auch gefördert. Die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen ist von Konstruktivität, Vertrauen und Fairness geprägt. Meine erfahrenen Abteilungsleiter haben mich mit ihrer ganzen Kompetenz von Anfang an maßgeblich unterstützt.“ In den letzten eineinhalb Jahren habe sie „wahnsinnig viel gelernt, auch über mich selbst“.

Der Landtag ist ein komplett anderes Arbeitsfeld als das, „was ich bislang kennengelernt habe. Es ist wahnsinnig bunt, lebendig, abwechslungsreich, manchmal auch ein bisschen „fou“, sagt die Direktorin und lacht. Die Zusammenarbeit mit Landtagspräsidentin Aras sei sehr inspirierend. Werner schätzt ihren Ideenreichtum und findet es immer wieder bereichernd, sich mit ihr auszutauschen. Christine Werner stellt sich gerne noch mal neuen Herausforderungen – von denen hat sie im Landtag von Baden-Württemberg genug.



Direktorinnen und Direktoren der Landesparlamente bei ihrer Konferenz in der Villa Hammerschmidt, Bonn, Anfang Mai.

#WEITBLICK 04

Es ist Christine Werner ein wichtiges Anliegen, das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch stärker im Landtag zu implementieren. Dabei geht es nicht nur ums Energiesparen, es müssen auch ökologische Arbeitsweisen und Arbeitsstrukturen geschaffen werden. Praxistests laufen momentan in Bezug auf Desk- und Roomsharing, ein Weg hin zu neuen Arbeitswelten. „Viele Mitarbeitende nutzen unser Homeoffice-Angebot. Wir wollen weiterhin großzügige Regeln haben. Wir müssen deshalb daran denken, Büroräume wirtschaftlicher und ökologischer zu nutzen.“ Das Referat Information und Kommunikation ist hier das erste Pilotreferat und testet, wie das funktionieren kann, welche Absprachen nötig sind und wie die Büroräume ausgelastet werden. Es wird aber auch grundsätzlich den folgenden Fragen nachgegangen „Wie viel Homeoffice verträgt eine Einheit?, Wie geht man mit den Mitarbeitenden um, die nicht ins Homeoffice können?, Was macht Arbeitnehmer/-innen zufrieden?, Was hält sie im Landtag? „Der Kampf um die besten Leute hat schon begonnen“, sagt die Direktorin. Deshalb hat der Landtag einen Employer-Branding-Film auf den Weg gebracht. „Wir präsentieren uns als attraktiver Arbeitgeber, der wir nunmal sind“, betont Christine Werner. Ergänzt wird der Film mit einzelnen Recruiting-Filmen über die Bereiche, in denen Personal fehlt, etwa in der IT. Die Direktorin weiß um die Wichtigkeit der sozialen Netzwerke: „Wir müssen auf allen Kanälen sichtbar werden, damit die Leute überhaupt auf die Idee kommen, sich bei uns zu bewerben.“



Wir stellen vor: das Haushaltsreferat

„Wir zahlen nicht nur ein paar Rechnungen aus“

Wer die Landespresse verfolgt, kennt die Schlagzeilen aus dem April 2023: „Massive Probleme im Zahlungsverkehr des Landes nach IT-Reform“. Im Referat II/1 – Haushalt des Landtags von Baden-Württemberg indessen läuft es rund. Referatsleiterin Kerstin Besser (3. v. l.) und ihre Kolleginnen und Kollegen (v. l. n. r.): Sabine Kürzel, Markus Bellm, Claudia Arnold, Angela Maier, Jasmin Sentek, Georg Wolf und Marina Opielka haben die Einführung des neuen Haushaltsmanagementsystems mit Bravour gemeistert. „Wir konnten von Anfang an zahlen“, freut sich Kerstin Besser und ergänzt bescheiden: „Der Landtag gehört auch zu den kleineren Einheiten.“

Das IT-Projekt RePro hat in den letzten Monaten Kräfte gebunden. „RePro war und ist ein Riesenprojekt“, sagt die Referatsleiterin. Am Anfang stand die Einführung eines neuen Haushaltsmanagementsystems. Ziel war, unter anderem medienbruchfreie Geschäftsprozesse und Auszahlungen zu erreichen. Mit den Neuerungen wurden auch schon Vorbereitungen für den europäischen Doppik-Standard getroffen. „Dadurch haben sich die Geschäftsprozesse insgesamt geändert“, erläutert Besser. Viele Pro-

zesse mussten referatsintern vorbereitet werden, alles noch im Hintergrund. Innenaufträge wurden überprüft, Finanzstellen geändert, Sachkonten aufgrund der geänderten Numerik überarbeitet. „Alles ist nun elektronisch abgebildet, also medienbruchfrei“, ergänzt Markus Bellm, Sachgebietsleiter Haushalt der LpB und der Bürgerbeauftragten, Vermögensrechnung. Was früher mit einem Kugelschreiberstrich erledigt wurde, werde nun im System dargestellt. Ende 2022 wurden die Kolleginnen und Kolle-



Das Haushaltsreferat in Zahlen

- Seit **Oktober 2021** ist Kerstin Besser Referatsleiterin
- Das HH-Referat ist überwiegend weiblich: die Referatsleiterin, fünf Mitarbeiterinnen und zwei Mitarbeiter beackern die **vier Sachgebiete** Grundsatzangelegenheiten, Haushaltsrecht; Haushalt des Landtags, Fraktionsmittel, Zahlstelle; Haushalt der LpB und der Bürgerbeauftragten, Vermögensrechnung; Steuer-, Abgaben- und Vergaberecht, Rechnungsverwaltung
- Im Jahr 2022 wurden rund **6.500 Buchungsbelege** verarbeitet
- Für 2023 – ohne Corona-Einschränkungen – werden rund **7.500 Belege** erwartet
- Rund **1.000 Schulungsstunden** durchliefen die Mitarbeitenden für die Umstellung des SAP-Systems – neben der täglichen Arbeit
- Rund **2.000 Geschäftspartner** hat der Landtag
- Das Haushaltsvolumen im Jahr 2023 beläuft sich im Einzelplan 01 auf rund **128 Millionen Euro** und im Kapitel 0101 Landtagsverwaltung auf rund **107 Millionen Euro**.

gen der Landtagsverwaltung geschult. „Nicht jeder muss mit SAP arbeiten, wir haben auch die neu eingeführte E-Akte genutzt“, so Bellm. Doch auch in der E-Akte mussten Prozesse vorbereitet werden wie Verantwortlichkeiten, Genehmigungsschritte und Bearbeitungsfortführung, viele Fleißarbeiten. „Insgesamt läuft es“, betont Kerstin Besser und lobt ihr Team, das sich mit hohem Einsatz, Engagement und gegenseitiger Motivation und Hilfsbereitschaft der Neuerungen angenommen hat. „Wenn es sein musste, haben wir bei den Projektverantwortlichen immer und immer wieder nachgefragt, bis es für uns gepasst hat“, fasst sie zusammen.

Das Projekt RePro wurde gestemmt neben dem umfangreichen Alltagsgeschäft von II/1, etwa der Aufstellung des Haushaltsplans zum Jahresende, sodass der Landtag ihn auch verabschieden kann und er zum 1. Januar gilt. Bis Mitte März muss die Rechnungslegung des Vorjahres ans Finanzministerium übersandt werden. Darauf baut dann die Landeshaushaltsrechnung auf. „Grob gesagt ist das der Kassensturz“, erklärt Kerstin Besser. Im Sommer folgt dann die mittelfristige Finanzplanung, in der die Ausgaben der nächsten fünf Jahre geplant werden.

Selbstverständlich, dass das Haushaltsteam auch immer gesetzliche Veränderungen auf dem Schirm haben muss, etwa die Umsetzung einer EU-Richtlinie. „Früher war es so, dass die öffentliche Hand nur in Ausnahmefällen für Leistungen Umsatzsteuer berechnen musste“, berichtet Markus

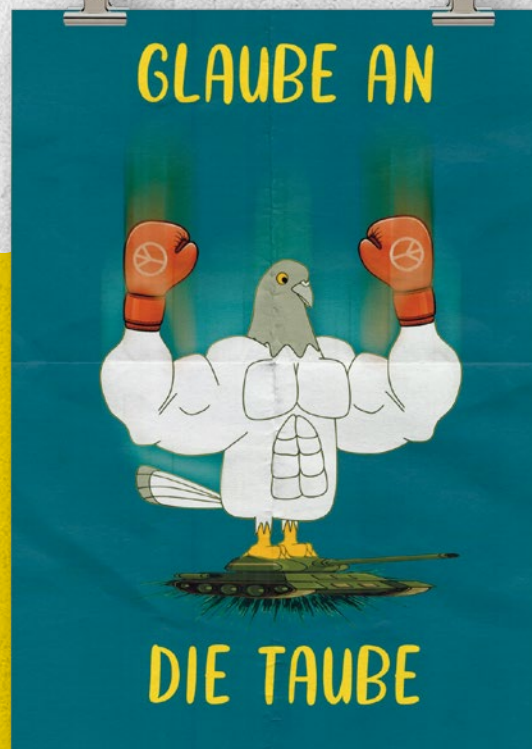
Bellm. „Der Paragraph 2b UStG sagt jetzt, dass auch die öffentliche Hand, wenn sie wie ein Wirtschaftsunternehmen agiert, umsatzsteuerpflichtig ist.“

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Aufgabe, liegt im Bereich des Vergaberechts. Jedes Referat muss irgendwann etwas beschaffen oder eine Dienstleistung ausschreiben. „In der Tat befassen wir uns nicht nur mit klassischen Beschaffungen, sondern im Haus werden auch viele Dienstleistungen benötigt“, wie Marina Opielka darlegt. Sie ist seit 2021 im Team und berät die Referate im Haus bei Vergabeverfahren. Es gibt viele Ausnahmeregelungen und Sondertatbestände. „Auch im Landtag gibt es viele Sonderfälle“, weiß Opielka. Bei der Vergabe ist lösungsorientiertes Arbeiten gefragt. „Wir wenden das Vergaberecht gewissenhaft an, schließlich sind es ja Steuergelder, die wir ausgeben“, betont Marina Opielka.

„Oft wird nicht gesehen, was wir im Haushaltsreferat alles machen. Jeder denkt: ‚Ich habe ja nur ein paar Rechnungen und II/1 zahlt sie aus.‘ Aber wir machen viel, viel mehr, als nur ein paar Rechnungen auszuzahlen“, betont Kerstin Besser. Das Referat Haushalt hat Berührungspunkte mit jedem Referat im Haus. „Egal, was im Landtag gemacht wird, ob ein neuer Untersuchungsausschuss eingesetzt wird oder es eine weitere Veranstaltung gibt oder ob Beschaffungen anstehen. Am Ende sind wir immer mit davon betroffen, weil alle diese Entscheidungen letztlich auch Kosten verursachen, die im Haushalt einzuplanen sind und die wir dann begleichen.“



Ein Reim, der im Kopf bleibt: „Sei nicht dumm, sonst macht's BUMM“ von Cora Sonnenmoser, Ferdinand-von-Steinbeis-Schule Ulm.



Schülerwettbewerb 2023: Plakate für den Frieden

Simon-Elias Lederer vom Zentrum für Gestaltung Ulm hat den Slogan „Glaube an die Taube“ kreiert.

Am 24. Februar 2022 startete der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Es herrscht wieder Krieg in Europa – das beschäftigt auch die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Im Rahmen des **65. Schülerwettbewerbs** des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) wurden **711 Plakate** zum Thema „Frieden in Europa“ eingereicht. Aus diesen Arbeiten hat die Plakatjury die beeindruckendsten, berührendsten und kreativsten Plakate ausgewählt. Insgesamt 15 Schülerinnen und Schüler konnten einen ersten Preis erringen. Eine Auswahl der preisgekrönten Friedensplakate zeigen wir auf dieser Doppelseite.



Die Fachjury bei der Auswahl der erstplatzierten Plakate in der Landeszentrale für politische Bildung.



Andre Leite Pimenta von der Gutenberg-Schule Reutlingen stellt Frieden und Krieg in Europa als Brettspiel dar.



Mit der Darstellung eines russischen und eines ukrainischen Soldaten fordern Jana Kühn und Larissa Krist von der Realschule Spaichingen: „Make Peace“.

Der Schülerwettbewerb

Der Schülerwettbewerb des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung will die Neugier auf Politik wecken und ein kritisches Engagement für die Demokratie fördern. Nach dem Motto „komm heraus, mach mit.“ werden Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren von Landtagspräsidentin und Schirmfrau Muhterem Aras aufgerufen, zu verschiedenen politischen Themen Stellung zu nehmen. In diesem Jahr haben rund 2.400 Schülerinnen und Schüler aus Schulen aus ganz Baden-Württemberg Einzel- und Gruppenarbeiten eingereicht, darunter neben Plakaten auch Umfragen, Erörterungen und Facharbeiten, Reportagen, Briefe, Reden, Comics und Gedichte.

„Ich bedanke mich bei allen Schülerinnen und Schülern für ihre kreativen und bewegenden Beiträge sowie bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg für die gute Zusammenarbeit“, betonte die Landtagspräsidentin.



„Umarmen hilft“, weiß Emely Tragner von der Astrid-Lindgren-Schule in Willstätt-Hesselhurst.



Bürgerbeteiligung des Landtags

Einsatz für eine krisenfeste Zukunft in Staat und Gesellschaft



Corona-Pandemie, der Angriffskrieg gegen die Ukraine oder Naturkatastrophen wie die Flut im Ahrtal – die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Krisen viele Bereiche betreffen können. Und in allen Fällen sind Staat und Gesellschaft betroffen und gefordert. Doch wie krisenfest ist die baden-württembergische Gesellschaft aufgestellt? Und wie können sich Staat und Gesellschaft noch besser auf künftige Krisen und Katastrophen vorbereiten? Mit diesen und vielen weiteren Fragen haben sich Erwachsene, Jugendliche und Kinder im Rahmen eines Beteiligungsformats der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ befasst.

Die Bürgerinnen und Bürger begleiteten dabei die Arbeit der Enquetekommission, in der Abgeordnete des Landtags sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ebenfalls der Frage nachgehen, wie in Baden-Württemberg Staat und Gesellschaft zukunftssicher gemacht werden können. Damit auch die Meinungen aus der Bevölkerung in den Prozess einfließen, hatte der **Landtag am 9. März 2022** beschlossen, dass sich im Rahmen einer Bürgerbeteiligung Erwachsene, Jugendliche und Kinder mit der Frage beschäftigen sollen, welche Maßnahmen nötig sind, um die Resilienz (Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit) von Staat und Gesellschaft für mögliche künftige Krisen und Gefahrenlagen zu stärken.

Bürgerinnen und Bürger erarbeiten Empfehlungen ans Parlament



einen Prozess mit, der unser Land krisenfester machen soll, sondern auch einen Prozess, der unser Land demokratischer macht. Für beides gilt allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern mein aufrichtiger Dank“, sagte Aras.

Das Bürgerforum bestand aus 30 Frauen und 32 Männern im Alter von 16 bis 65 Jahren, die aus allen vier Regierungsbezirken stammen. Sowohl bei den Frauen wie auch bei den Männern war die Gruppe der 45- bis 65-Jährigen mit 32 Prozent bzw. 33,6 Prozent am größten. Die kleinste Gruppe stellten die 16- bis 25-Jährigen

Zunächst nahm das Bürgerforum im **Oktober 2022** seine Arbeit auf. In sechs Sitzungen befassten sich die Bürgerinnen und Bürger mit den Handlungsfeldern Gesundheit, Wirtschaft, Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Krisenvorsorge und erarbeiteten für diese Bereiche Handlungsempfehlungen. Teilweise nahmen Abgeordnete an den Treffen teil und tauschten sich mit den Bürgern aus. Bei der Abschlussveranstaltung im Januar 2023 im Landtag beschlossen die Teilnehmenden ihre Forderungen an das Parlament. Landtagspräsidentin Muhterem Aras betonte bei dem Treffen die Bedeutung der Bürgerbeteiligung für die Transparenz politischer Entscheidungen. „Sie gestalten nicht nur

mit 16 Prozent bzw. 11,4 Prozent dar. Insgesamt 20 Teilnehmende des Bürgerforums haben einen Migrationshintergrund: bei den Frauen 33,3 Prozent und bei den Männern 33,8 Prozent. Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger wurden so ausgewählt, dass sie etwa bei Bildungsabschlüssen und Einkommen die Bevölkerung repräsentieren. Der Vorsitzende der Enquetekommission, Alexander Salomon, hob ebenfalls die Bedeutung des Bürgerforums für den demokratischen Prozess hervor. „Die Politik in unserem demokratischen System ist auf breite Beteiligung, unterschiedliche Blickwinkel und vielfältige Erfahrungen unserer Bürgerinnen und Bürger angewiesen.“





Krieg und Inflation machen Jugendlichen Angst

Das Jugendforum nahm mit einer Auftaktveranstaltung im **Januar 2023** in Böblingen seine Arbeit auf. In den darauffolgenden Wochen tauschten sich die 70 Jugendlichen regelmäßig aus. Vor allem die Anzahl der Krisen beschäftigt die jungen Menschen stark. Angst machen ihnen gegenwärtig vor allem Kriege, eine aus ihrer Sicht fehlende konsequente Klimapolitik und die Inflation.

Die Jugendlichen sind der Ansicht, dass sie nicht einfach in die Fußstapfen ihrer Eltern treten können, um deren Lebensstandard zu erreichen, sondern einen neuen Weg einschlagen müssen, der durch

viele Unsicherheiten geprägt ist. Dies bestärkt sie in ihrer Forderung, an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden und Verantwortung im Krisenmanagement zu übernehmen. So wollen sie sich beispielsweise beim Sanitätsdienst an Schulen für Notfälle einbringen und in den Katastrophenschutz einbezogen werden. Zudem fordern die jungen Menschen den Ausbau der Digitalisierung an Schulen und Universitäten. Darüber hinaus sollen Lehrende wie Lernende gut auf Online-Unterricht vorbereitet werden. Allgemein drängen sie auf eine bessere psychologische Versorgung von Menschen in Krisensituationen.



Aras: Politische Veränderung braucht Mut

Bei der Abschlussveranstaltung im **März 2023** im Parlament dankte Muhterem Aras den Jugendlichen für deren großes Engagement. „Respekt, dass ihr mitmacht, mitmischst und mithelfst, unsere Gesellschaft krisenfester zu machen“, sagte Aras. Es gehöre Mut dazu, selbst politische Veränderung herbeizuführen und mitzugestalten. „Ihr habt die Power dazu und einige Möglichkeiten, etwas zu bewegen, im Kleinen wie im Großen“, sagte Aras.



Im **Februar und März** fand außerdem eine Kinderbeteiligung in Schwäbisch Gmünd und Neubulach statt, an der rund 60 Kinder teilnahmen. Die Schülerinnen und Schüler berichteten zum Beispiel von ihren Erfahrungen mit Krisen in der Familie oder davon, welche Auswirkungen der Krieg mitten in Europa auf sie hat. Auch geflüchtete Kinder aus der Ukraine beteiligten sich.

Die in dem Beteiligungsformat engagierten Kinder wünschen sich zum Beispiel spezielle Kinder-Politikerinnen und -Politiker, die sich gezielt um die Wünsche und Sorgen von Kindern kümmern. Die Empfehlungen aus dem Bürgerforum, dem Jugendforum und der Kinderbeteiligung wurden am 26. Mai 2023 der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ präsentiert und übergeben.





Liken, teilen, posten, streamen und tröten

Liken, teilen, posten, streamen und seit Kurzem sogar tröten (jawohl!!): Auch das gehört zum Alltag im Landtag von Baden-Württemberg.

Das **/Team LandtagBW** ist in den sozialen Netzwerken sehr aktiv und informiert Bürgerinnen und Bürger inzwischen auf fünf Kanälen über Neues aus dem Landesparlament. Auf Instagram, Facebook, YouTube, Twitter und Mastodon wird nicht nur über die nächsten Sitzungstermine informiert. Die Community wird über die vielen Veranstaltungen auf dem Laufenden gehalten, sieht, welche spannenden Personen im Landtag zu Gast waren, und lernt, wie das Parlament und seine Verwaltung funktionieren.

/Team LandtagBW – dahinter steckt das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtags. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten die Arbeit im Landtag medial mit Fotos und Videos, Storys von spannenden Ereignissen, Livestreams aus den Sitzungen. Und sie moderieren die Kommentarbereiche auf den verschiedenen Plattformen.

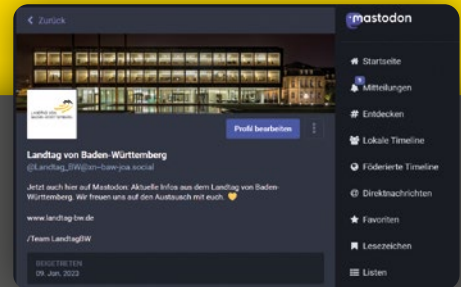


@Landtag_BW – jetzt auch auf Mastodon

Der Landtag von Baden-Württemberg hat Anfang 2023 sein Social-Media-Angebot erweitert und ist nun auch auf dem datenschutzkonformen Mikroblogging-Dienst Mastodon vertreten. Bei Mastodon handelt es sich um ein dezentrales Netzwerk aus verschiedenen Servern, das ohne kommerzielle Ziele betrieben wird. Datenschutzproblematische Drittstaatentransfers können so vermieden werden. Der Landtag greift auf den durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI) betriebenen Server „bawü.social“ zurück.

„Mit dem Auftritt in Mastodon kommen wir den Bedürfnissen von Nutzerinnen und Nutzern nach, die einen besseren Schutz persönlicher Daten und vor ausufernder Hassrede wollen. Demokratie lebt von zivilisierter Debatte, auch in sozialen Medien. Mastodon hat sich dieses Prinzip auf die Fahne geschrieben“, betonte Landtagspräsidentin Muhterem Aras zum Start des Landtags-Accounts.

Bürgerinnen und Bürger, Journalistinnen und Journalisten sowie andere Interessierte können dem Landtag von Baden-Württemberg auf https://bawü.social/@Landtag_BW folgen.



Veranstaltungen und Begegnungen

Eine Auswahl – mehr auf www.landtag-bw.de

12.05.2023 ↓

„Demokratie ist das Beste, was wir haben!“, davon zeigt sich Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei der Veranstaltungsreihe **„Demokratie in Bewegung“** des Landtags von Baden-Württemberg in Freiburg überzeugt. Aras und mehr als 100 Gäste, darunter auch einige Abgeordnete, wandern auf den Spuren der ersten Demokratiebewegung des Südwestens, der

Badischen Revolution 1848, von den Gedenksteinen am Jägerbrunnen (Günterstal) zum Dortu-Mausoleum (Alter Wiehriefriedhof). „Unser Format verbindet Bewegung mit Begegnung. Gemeinsam machen wir uns auf einen historischen Weg, um über die Demokratie von heute zu sprechen“, so Landtagspräsidentin Aras.



08.05.2023 →

Jugendliche aus ganz Baden-Württemberg treffen sich auf Einladung von Landtagspräsidentin Muhterem Aras im Landtag mit Schülerinnen und Schülern aus Frankreich, Italien, Spanien und der Ukraine. „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ – so lautet das Motto der **Internationalen Europa-Jugendveranstaltung** im Landesparlament. „Der Krieg in der Ukraine hat uns gezeigt, wie kostbar und verwundbar Frieden und Freiheit in der Europäischen Union sind. Gerade heute, am 78. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, sollten wir uns mahnend erinnern und gleichzeitig alles dafür tun, jungen Menschen bessere Möglichkeiten einzuräumen, an dem gemeinsamen Friedensprojekt Europa möglichst frühzeitig und aktiv mitzuarbeiten“, erklärt die Präsidentin. Nicolas Knoblauch, diesjähriger Landesgewinner des Wettbewerbs der Europäischen Bewegung, liefert zum Auftakt mit einem Vortrag seines Gedichts „Geist des Friedens“ einen Impuls für gemeinsame



Diskussionen der Jugendlichen zusammen mit Abgeordneten des Landtags und des Europäischen Parlaments. Miteinbezogen werden auch die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas, die europaweit von Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern erarbeitet wurden. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von Ezé Wendtoin. Mit seiner Musik baut er Brücken zwischen Menschen und Kulturen. Seine Interpretation der Europahymne eröffnet das Treffen im Landtag.

27.04.2023 →

Gemeinsam Politik gestalten: Unter diesem Motto kommen rund 200 Menschen mit und ohne Behinderungen im Landtag zusammen. Der **„Tag der Menschen mit Behinderungen“** wird vom Landtag in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE behinderter Menschen Baden-Württemberg e.V. veranstaltet. An vier Thementischen für Bildung, Gesundheit, selbstbestimmtes Wohnen ohne Barrieren und Mobilität treffen die Teilnehmenden auf Politikerinnen und Politiker, um sich auszutauschen und miteinander zu diskutieren.





25.04.2023 ←

In einem sehenswerten **Duell der Fußballmannschaften des Landtags von Baden-Württemberg und des Landesamts für Besoldung und Versorgung (LBV)** kann das Landtagsteam das Spiel mit 6 : 2 für sich entscheiden. Die Partie wird auf dem Gelände des SV Rot 1945 e. V. in Stuttgart ausgetragen. Für den Landtag sind Abgeordnete sowie Mitarbeitende aus Abgeordnetenbüros und der Verwaltung im Einsatz, die nach einer Pausenführung von 2 : 0 das beachtliche Schlussergebnis einfahren können. Auf eine Revanchepartie freuen sich beide Teams.

23.04.2023 →

Die **Gedenkskulptur „Der Schrei“** von Robert Schad wird von Landtagsvizepräsident Daniel Born in Biberach eingeweiht. Sie erinnert an das „Lager Lindele“, ein Kriegsgefangenen- und Interniertenlager im Zweiten Weltkrieg. Born spricht bei der Einweihung über Erinnerungskultur: „Genau darum muss es immer wieder gehen und darum geht es auch heute: sich irritieren und aufrütteln zu lassen von der Erinnerung und genau damit das ‚Nie Wieder!‘ zu begründen, das ein so wichtiger Leitsatz für unsere Demokratie geworden ist.“



31.03.2023 ←

Stellung beziehen, überzeugend argumentieren, aber auch fair und sachbezogen streiten: Das steht beim großen Landesfinale des **Schülerwettbewerbs „Jugend debattiert“** im Plenarsaal des Landtags auf dem Programm. Insgesamt acht Schülerinnen und Schüler aus zwei Altersgruppen kämpfen in inhaltlich spannenden und sprachlich ausgefeilten Debatten um den Einzug in die Bundesqualifikation. Schirmfrau und Landtagspräsidentin Muhterem Aras bedankt sich bei allen Teilnehmenden und engagierten Lehrkräften.

25.03.2023 →

Zur **Langen Nacht der Museen** öffnet auch der Landtag seine Pforten. Unter dem Motto #bunt #lebendig #füralle erleben rund 4.000 Kunstbegeisterte, Kulturinteressierte und Musikfans ein vielfältiges Angebot. Statt kontroverser Debatten und Sitzungen übernehmen abwechslungsreiche, mitreißende und preisgekrönte Kunst und Kultur mit Musik, Poetry-Slam und Ausstellungen eine Nacht lang das Haus. Insgesamt sind mehr als 60 Museen, Galerien sowie Industrie- und Kulturdenkmäler in dieser besonderen Nacht in Stuttgart erlebbar.



22.03.2023 →

In Konstanz setzt der Landtag die von Landtagspräsidentin Muhterem Aras initiierte Gesprächsreihe „**WERTSACHEN**“ fort. „Wie geht Leben und Wirtschaften in Anbetracht der Klimakrise?“. Diese Frage steht im Mittelpunkt der Veranstaltung mit Podiumsdiskussion und Publikumsrunde im historischen Konzilgebäude am Seeufer. „Unsere Verfassung verpflichtet uns Politikerinnen und Politiker, nachhaltig zu handeln“, betont Aras. „Wenn wir über Klimaschutz sprechen, dann sprechen wir zugleich über den Schutz der Freiheit unserer Kinder, Enkel und Urenkel.“



09.03.2023 ←

Die **Sieben im Süden – Arbeitsgemeinschaft der Freilandmuseen Baden-Württemberg** präsentiert sich in der Eingangshalle des Landtagsgebäudes in Stuttgart. Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Abgeordnete besuchen den Infostand. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt die Museen nach außen und will sie als Kulturanbieter, Bildungsorte und Kooperationspartner im ländlichen Raum weiter etablieren und unter anderem dazu beitragen, historisches Erbe zu bewahren. Sie ziehen jedes Jahr rund 700.000 Besucherinnen und Besucher an.

08.03.2023 →

Heute ist **Internationaler Frauentag**: Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Parlamentarierinnen kommen zum Auftakt der Plenarsitzung zu einem spontanen Gruppenfoto zusammen. Im Anschluss folgt TOP 1: eine frauenpolitische Debatte. Am Abend wird der Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen“ gezeigt. Die Produktion aus dem Jahr 2020 von Regisseur Torsten Körner erzählt die Geschichte der Frauen der Bonner Republik, die sich mutig und unerschrocken ihr Recht auf demokratische Beteiligung erkämpften.





14.02.2023 →

Rund 200 Jugendliche beteiligen sich am **Planspiel Junges Europäisches Parlament (JEP!)** im Landtag von Baden-Württemberg. Die Schülerinnen und Schüler schlüpfen dabei in die Rolle von Europa-Abgeordneten und diskutieren in Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen über den europäischen Green Deal, mit dem die 27 EU-Mitgliedsstaaten klimaneutral gemacht werden sollen. Das gemeinsam mit dem Verband Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg e.V. organisierte Planspiel findet seit 10 Jahren im Landtag statt.



11.02.2023 ←

Mit einem großen Fest im Parlament feiern der Landtag von Baden-Württemberg und der **Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg das 30-jährige Bestehen der jugendpolitischen Organisation.** „Die Jugendgemeinderäte sind ein Meilenstein in der Erfolgsgeschichte von aktiver Jugendbeteiligung. Und sie sind in dieser Menge noch immer eine baden-württembergische Besonderheit, auf die wir sehr stolz sein können“, sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrem Grußwort.

27.01.2023 →

„Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist in diesem Sinne auch ein Nachdenken darüber, was wir aus unserer Vergangenheit lernen“, sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei der **Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus** vor rund 250 Gästen im Landtag von Baden-Württemberg. Bei der zentralen Gedenkfeier im Haus des Landtags wird in diesem Jahr insbesondere der Personen gedacht, die gegen die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben.



20.01.2023 ←

Die **Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg** feiert ihr **50-jähriges Bestehen.** Im Neuen Schloss in Stuttgart findet der Jubiläumsfestakt unter dem Motto „Vielfalt“ statt. Landtagspräsidentin Muhterem Aras gratuliert zum runden Geburtstag und dankt allen Freiwilligen und insbesondere den rund 33.000 Kindern und Jugendlichen der Jugendfeuerwehren im Land für ihr Engagement: „Ihr bekommt wichtige Leitsätze mit an die Hand gegeben, die nicht nur im Verein gelten, sondern auch in einer demokratischen Gesellschaft.“



18.01.2023

Rund 30 Studierende der Hochschule der Medien kommen für die Eventreihe **CONMEDIA** in den Landtag in Stuttgart. Das Thema der Veranstaltung lautet in diesem Jahr „#FastFeed – Politik gefangen im Algorithmus?“. Die Studierenden aus dem Studiengang Digital- und Medienwirtschaft und dem Master Electronic Media stellen mit ihrem journalistischen Projekt die Wechselwirkungen zwischen Politik und Social Media in den Mittelpunkt. Die Gespräche, unter anderem mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras, werden per Livestream auf den YouTube-Kanal des Landtags übertragen.

18.12.2022

Das achttägige jüdische **Lichterfest Chanukka** hat begonnen. Erstmals feiern die Israelitischen Religionsgemeinschaften sowie die Kirchen in Württemberg und Baden diesen Tag mit einem gemeinsamen Festakt. Auch Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Vizepräsident Daniel Born nehmen an der Zeremonie im Kongresszentrum in Pforzheim teil. „Jüdische Traditionen sind ein tief verwurzelter Teil deutscher Geschichte und deutscher Kultur. Das wollen wir gemeinsam sichtbar machen“, sagt Präsidentin Aras in ihrer Rede.



13.12.2022

Im Landtag wird die **Ausstellung „1948“** eröffnet. „Damit unsere Demokratie stark bleibt, braucht sie den Austausch zwischen und die Verständigung über unterschiedliche Sichtweisen und Positionen“, sagt Landtagsvizepräsident Daniel Born in seinem Grußwort. „Bei aller Unterschiedlichkeit von Meinungen und Empfindungen brauchen wir eine Basis gemeinsamer Fakten und gesicherter Grundlagen.“ Die Ausstellung wurde im Jahr 2018 zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels entworfen und versucht, die Gründung in den historischen Zusammenhang zu setzen.





23.11.2022 ↑

Was ist eigentlich aus den **Forderungen** geworden, die auf dem **Jugendlandtag 2021** an die Abgeordneten gerichtet wurden? 80 Jugendliche fragen noch einmal engagiert nach. In mehreren Diskussionsrunden zu den Themen Digitalisierung, Mobilität, Bildung, Klimaschutz und Beteiligung treffen sich die 14- bis 21-Jährigen erst in Kleingruppen in den Ausschusssälen und dann zur großen Abschlussdebatte im Plenum. Dabei kommen sie mit mehr als 20 Abgeordneten der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen ins Gespräch.

10.11.2022 ↓

Starkes Signal für Baden-Württemberg: Der Landtag hat einstimmig beschlossen, dass der Südwesten zum Freiheitsraum für LSBTQIA+-Personen wird. Das heißt: Das Land verpflichtet sich, einerseits Maßnahmen zum Schutz der Rechte von LSBTQIA+-Personen zu fördern und andererseits strukturelle Diskriminierung zu sanktionieren. Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Vizepräsident Daniel Born freuen sich mit den Abgeordneten Oliver Hildenbrand, Isabell Huber, Florian Wahl und Alena Trauschel sowie mit Minister Manne Lucha.



10.11.2022 ←

ArbeiterKind.de informiert im Landtag über seine Arbeit. Die Organisation ermutigt Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne Hochschulerfahrung dazu, als Erste in ihrer Familie zu studieren. 6.000 Ehrenamtliche engagieren sich bundesweit in 80 lokalen ArbeiterKind.de-Gruppen, um Studierende der ersten Generation auf ihrem Weg bis zum erfolgreichen Studienabschluss und Berufseinstieg zu unterstützen. Landtagspräsidentin Muhterem Aras schaut am Rande des Plenums am Infostand vorbei und bedankt sich bei den Engagierten für ihren Einsatz.

08.11.2022 →

Die **Landesverbände von NABU und BUND und der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV)** werden im Landtag empfangen. Landtagspräsidentin Muhterem Aras bedankt sich für das große ehrenamtliche Engagement für den Natur- und Umweltschutz in Baden-Württemberg. „Sie stehen für eine Bewegung, die seit Jahrzehnten davor warnt, was nun nicht mehr zu leugnen ist“, betont Aras mit Blick auf die Weltklimalage. „Was aber Hoffnung macht, sind gemeinsame Bestrebungen, demokratische Anstrengungen, das Ruder herumzureißen“, so die Präsidentin.





12.10.2022 ↓

In einem vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, von der Universität Tübingen und vom Förderverein Schwäbischer Dialekt finanzierten Projekt haben Prof. Dr. Hubert Klausmann und Dr. Mirjam Nast eine **Wanderausstellung** konzipiert, die im Landtag von Baden-Württemberg zu sehen und zu hören ist. „Sie zeigen: Dialekte bedeuten Tradition, bedeuten Identität und sind wichtiger Bestandteil unserer Heimat in Vielfalt“, so Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei der Begrüßung der Gäste.



02.11.2022 ↑

Mit rund 200 Gästen feiern der Landtag von Baden-Württemberg, die Stadt Karlsruhe und die Stiftung Forum Recht **das 200-jährige Bestehen des Badischen Ständehauses** und die Errungenschaften der badischen Vorkämpferinnen und Vorkämpfer für die demokratischen Rechte und Freiheiten von heute. „Das Ständehaus ist ein zentraler Ort der badischen, unserer gemeinsamen baden-württembergischen und der deutschen Demokratiegeschichte“, betont Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrer Impulsrede. In Baden lägen die Grundsteine der deutschen Demokratie.



26.09.2022 ←

Die **Generalkonsulin der Tschechischen Republik in München, Ivana Červenková**, kommt zu ihrem Antrittsbesuch in den Landtag von Baden-Württemberg. Empfangen wird sie von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart in seinem Amtszimmer. Begleitet wird die Generalkonsulin von Honorarkonsul Markus Kurt Heinlein. Der Konsularbezirk des Generalkonsulats in München umfasst die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

27. + 28.07.2022 →

Landtagspräsidentin Muhterem Aras besucht im Rahmen ihrer diesjährigen Gedenkstättenreise Erinnerungsorte im südlichen Odenwald und an der Bergstraße – und betont deren Bedeutung für eine offene, vielfältige Gesellschaft ohne Ausgrenzung. „Gedenkstätten erinnern an die Schrecken der Vergangenheit, damit wir als Gesellschaft heute den Mechanismen von Hass, Hetze und Ausgrenzung konsequent entgegengetreten“, sagt Aras. Zu den Stationen der Reise in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung zählen die KZ-Gedenkstätte Neckarelz, der Maria-Zeitler-Pfad der Johannes-Diakonie Mosbach, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg sowie die ehemalige Synagoge und der jüdische Friedhof in Hemsbach. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Generationswechsel beim ehrenamtlichen Personal der Gedenkstätten. „Ich bin den Ehrenamtlichen unendlich dankbar, dass sie diese wertvolle Arbeit so lange auf sich genommen haben“, sagt die Landtagspräsidentin.





20.07.2022 ←

Die **Biosphärengebiete Schwarzwald und Schwäbische Alb** sind mit ihrer Kampagne „Verrückt auf Morgen“ mit einem Informationsstand zu Gast im Landtag. In Baden-Württemberg liegen zwei der 18 von der UNESCO anerkannten deutschen Biosphärengebiete. „Biosphärengebiete fördern Wirtschaftsformen, Naturschutz, Forschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung ebenso wie internationale Kooperationen und das Miteinander von Mensch und Natur“, so Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

09.07.2022 →

Mehrere Tausend Menschen besuchen das **Bürgerfest** des Landtags. Von 11 bis 17 Uhr gibt es im Parlament ein unterhaltsames Programm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Gäste nutzen die Gelegenheit, die Volksvertretung einmal von innen erleben zu können. Die Abgeordneten stellen sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger, die Fraktionen zeigen ihre Arbeits- und Sitzungsräume. Dazu gibt es ein buntes Angebot auf den Bühnen des SWR und der privaten Radios mit Kabarett, Musik und Zauberei. „Ich bin sehr froh, dass das Lebenselixier unserer Demokratie – die persönliche Begegnung, der persönliche Austausch – heute so eindrucksvoll in den Adern unseres Parlaments pulsiert“, sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Der Landtag gehöre an diesem Tag ganz den Bürgerinnen und Bürgern. In den Räumen der Fraktionen warten Erfrischungen, Spiele und intensive Gespräche. Die Fraktionen sind auch auf den Bühnen aktiv mit Musikeinlagen, Ratespielen und den besten Tipps für Fahrradschrauber. Und es bietet sich ein Schaufenster für das Ehrenamt – mit zwei Lawinenhunden als heimlichen Stars des Tages. Politisch wird es auch: bei der Elefantenrunde mit den Fraktionsvorsitzenden. Ebenso bei den vielen Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern mit Abgeordneten. Es wird leidenschaftlich diskutiert.



02.07.2022 ←

Rund 80 Kinder im Alter von acht bis 14 Jahren aus dem ganzen Land kommen zum **5. Kindergipfel im Landtag** zusammen. „Beim Kindergipfel werdet ihr an verschiedenen Stationen spielerisch erfahren, was der Landtag ist und wie Politik funktioniert“, verrät die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Petra Häffner. Auch Abgeordnete sind an den Stationen anzutreffen und stehen den Kindern Rede und Antwort. Landtag und Landesjugendring organisieren den Kindergipfel bereits zum fünften Mal.

24.05.2022 →

Zu ihrem **50-jährigen Bestehen** lädt die **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)** zu einem Festakt in den Landtag ein. Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnet die Jubiläumsveranstaltung mit einem Grußwort. Sie sagt: „Politische Bildung ist eine Grundvoraussetzung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie hilft uns, die demokratischen Spielregeln unseres Zusammenlebens mitzugestalten.“ Bei einem Podiumsgespräch gibt es Impulse zu der Frage, wie eine demokratische Debattenkultur gelingen kann.





Sitzungsplan

Juli – Dezember 2023



Scannen Sie den QR-Code, um den Sitzungsplan 2024 aufzurufen.

Im August finden keine Sitzungen statt.

	JULI 2023	SEPTEMBER 2023	OKTOBER 2023	NOVEMBER 2023	DEZEMBER 2023
■ Ständiger Ausschuss	1 Sa	1 Fr	1 So	1 Mi	1 Fr
■ Innenausschuss	2 So	2 Sa	2 Mo ①	2 Do	2 Sa
■ Finanzausschuss	3 Mo	3 So	3 Di	3 Fr	3 So
■ Bildungsausschuss	4 Di ■	4 Mo	4 Mi	4 Sa	4 Mo
■ Wissenschaftsausschuss	5 Mi ■ ■ ■ ■ ■	5 Di	5 Do	5 So	5 Di ■
■ Umwelt- und Energieausschuss	6 Do ■ ■ ■ ■ ■	6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Mi ■ ■ ■ ■ ■
■ Wirtschaftsausschuss	7 Fr ○	7 Do	7 Sa	7 Di ■	7 Do ○
■ Sozial- und Integrationsausschuss	8 Sa	8 Fr	8 So	8 Mi ■	8 Fr ○
■ Verkehrsausschuss	9 So	9 Sa	9 Mo	9 Do ■	9 Sa
■ Landwirtschaftsausschuss	10 Mo	10 So	10 Di ■	10 Fr	10 So
■ Landesentwicklungs- und Wohnungsausschuss	11 Di ■ ■	11 Mo	11 Mi ■	11 Sa	11 Mo
■ Europaausschuss	12 Mi ■ ■ ■ ■ ■	12 Di ■	12 Do ■	12 So	12 Di ■ ■
■ Petitionsausschuss	13 Do ■ ■ ■ ■ ■	13 Mi ■	13 Fr	13 Mo	13 Mi ■ ■ ■ ■ ■
□ Präsidium	14 Fr ○	14 Do ■	14 Sa	14 Di ■	14 Do ■ ■ ■ ■ ■
■ Plenum	15 Sa	15 Fr	15 So	15 Mi ■ ■ ■ ■ ■	15 Fr ○
■ Fraktionen	16 So	16 Sa	16 Mo	16 Do ■ ■ ■ ■ ■	16 Sa
○ Reserviert für Sitzungen der Ausschüsse, Sondergremien und Fraktionen	17 Mo	17 So	17 Di ■	17 Fr ○	17 So
① Informationswoche	18 Di ■	18 Mo	18 Mi ■ ■ ■ ■ ■	18 Sa	18 Mo
	19 Mi ■	19 Di ■ ■	19 Do ■ ■ ■ ■ ■	19 So	19 Di ■
	20 Do ■	20 Mi ■ ■ ■ ■ ■	20 Fr ○	20 Mo	20 Mi ■
	21 Fr	21 Do ■ ■ ■ ■ ■	21 Sa	21 Di ■ ■	21 Do ■
	22 Sa	22 Fr ○	22 So	22 Mi ■ ■ ■ ■ ■	22 Fr
	23 So	23 Sa	23 Mo	23 Do ■ ■ ■ ■ ■	23 Sa
	24 Mo	24 So	24 Di ■ ■	24 Fr ○	24 So
	25 Di	25 Mo	25 Mi ■ ■ ■ ■ ■	25 Sa	25 Mo
	26 Mi	26 Di ■	26 Do ■ ■ ■ ■ ■	26 So	26 Di
	27 Do	27 Mi ■ ■ ■ ■ ■	27 Fr ○	27 Mo	27 Mi
	28 Fr	28 Do ■ ■ ■ ■ ■	28 Sa	28 Di ■	28 Do
	29 Sa	29 Fr ○	29 So	29 Mi ■	29 Fr
	30 So	30 Sa	30 Mo	30 Do ■	30 Sa
	31 Mo		31 Di		31 So

Impressum

Der LANDTAGSSPIEGEL wird herausgegeben von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg.

Redaktion
Willi Reiners (verantwort.)
Bettina Schreitmüller
Marco Piljic
Constanze Loser

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Entsprechendes gilt für die Beiträge der Fraktionen.

Layout & Design
unger+ kreative strategien GmbH
www.ungerplus.de

Herstellung
DHW – Druckhaus Waiblingen
www.dhw.de

Gedruckt auf chlor- u. säurefreies gebleichtes Papier

Fotos

- © Annette Cardinale [S. 08 (o. re.)]
- © Deutsche Presse-Agentur, dpa [S. 17 (o.), 46 (o.)]
- © Dominique Brewing [S. 64 (u. li.)]
- © Fabio Schneck [S. 07 (o. re.)]
- © Florian Achberger [S. 58 (Mi. re.)]
- © Fraktion AfD [S. 14, 15]
- © Fraktion CDU [S. 08, 09]
- © Fraktion FDP/DVP [S. 12, 13 (o.)]
- © Fraktion Grüne [S. 06, 07 (u. li.)]
- © Fraktion SPD [S. 10, 11]
- © Hauptstaatsarchiv Stuttgart [S. 19 (o.)]
- © iStock [S. 13 (u.)]
- © Jan Potente [S. 48 (o.)]
- © Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [S. 52, 53 (Plakate)]
- © Landtag von Baden-Württemberg [S. 46 (Porträt), 47 (u.), 52 (u. li.), 58 (o. li.), 59 (Mi. li., u. re.), 60 (Mi. li.), 61 (Mi. li., Mi. re., u. li.), 62 (Mi. re., Mi. li.), 63 (o. li., Mi. li., u. re.), 64 (o. li.)]
- © Landtag NRW/Bernd Schälte [S. 49 (o. re.)]
- © LTBW/Andreas Kaier [S. 16 (u. li.)]
- © LTBW/Julian Rettig [S. 22, 49 (Mi.)]
- © LTBW/Leif Piechowski [Titel, Inhalt (Mi. re., Mi. li.), S. 01, 02 (Mi.), 03 (o.), 05 (u.), 20 (u. li.), 21, 45, 50, 51, 54, 57 (o., Mi. li., u. re.), 58 (Mi. li., u. re.), 59 (o.), 60 (o. re., Mi. re.), 61 (o.), 62 (o. li.), 63 (Mi. re.), 64 (Mi., u. re.)]
- © LTBW/Max Kovalenko [S. 60 (u. re.), 62 (u. re.)]
- © picture alliance/abaca/Roses Nicolas [S. 47 (o. li.)]
- © picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Thomas Kienzle [S. 05 (o.)]
- © picture-alliance/dpa/Christoph Schmidt [S. 17 (u. re.)]

- © picture-alliance/dpa/Fabian Sommer [S. 16 (u. re.), 17 (u. li.)]
- © picture-alliance/dpa/Heinrich Sanden [S. 20 (u. re.)]
- © picture-alliance/dpa/Marijan Murat [Inhalt (o. li.), S. 18 (o. re.)]
- © picture alliance/Geisler-Fotopress/Robert Schmiegel [S. 47 (o. re.)]
- © picture alliance/ZB/euroulftbild.de/Werner Riehm [S. 04]
- © Privat [S. 48 (Mi.)]
- © Staatsministerium Baden-Württemberg [S. 40]
- © stock.adobe.com/FedotovAnatoly [S. 03 (u.)]
- © Thomas Rebel [S. 55]
- © Uni Stuttgart [S. 16 (o. li.)]

Der LANDTAGSSPIEGEL kann kostenlos angefordert werden bei der

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
E-Mail: landtagspressestelle@landtag-bw.de

Texte im Internet
Im Internet steht der LANDTAGSSPIEGEL als barrierefreies PDF-Dokument zur Verfügung: www.ltbw.de/informationsmaterial

Redaktionsschluss
12. Mai 2023 (Mantel)

© 2023 Landtag von Baden-Württemberg

Weitere Informationen



→ **Volkshandbuch**

Das Volkshandbuch zur 17. Wahlperiode mit Fotos und Kurzbiografien der Abgeordneten, einem Auszug aus der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtags

→ **Willkommen im Landtag**

Kurz gefasster Überblick über Aufgaben und Organisation des zentralen Verfassungsorgans Baden-Württembergs

→ **Grundgesetz/Landesverfassung**

Taschenbuch

→ **Reise in den Landtag**

Kinderbroschüre

Max und Bea sollen einen Aufsatz zum Thema Politik/Landtag in Baden-Württemberg schreiben. Gemeinsam mit einem Außerirdischen und dessen Raumschiff unternehmen die Kinder eine nächtliche Reise in den Landtag.

→ **Das Petitionsrecht**

Faltprospekt

→ **Weg der Erinnerung**

Flyer mit Informationen über fünf Stuttgarter Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Diese Publikationen können *kostenlos* angefordert werden beim

Landtag von Baden-Württemberg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
E-Mail: post@landtag-bw.de

Bestellmöglichkeit im Internet:

www.ltbw.de/Informationsmaterial



→ **Internet**

Homepage des Landtags (einschließlich Live-Übertragung von Plenardebatten und Mediathek):
www.landtag-bw.de



→ **Aktuelle Sitzungstermine**



→ **Anmeldung zu Besuchen**

Landtag von Baden-Württemberg

Besucherdienst
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-2009, Telefax: 0711 2063-142402
E-Mail: bsd@landtag-bw.de



→ **Landtagsfilm**

Der Film erklärt in vier Kapiteln Aufgaben und Organisation des Landtags und vermittelt einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten.

